



BMF

**BUNDESMINISTERIUM
FÜR FINANZEN**

Bericht der Bundesregierung

Budgetbericht 2007/2008

Budgetbericht

2007/2008

Bericht der Bundesregierung gemäß § 13 BHG
mit dem Teil des Arbeitsbehelfes zum BFG 2007 und BFG 2008
gemäß § 34 Abs. 3 Z 1 bis 3 BHG

Vorwort

Das Bundeshaushaltsgesetz verpflichtet in § 13 die Bundesregierung, einen Bericht über Lage, Rahmenbedingungen und Entwicklung des Bundeshaushaltes sowie der außerbudgetären Finanzierungsvorhaben zu verfassen. Er hat insbesondere über die Erfüllung des Budgetprogrammes Aufschluss zu geben.

Der Budgetbericht wird vom BMF erstellt, der diesen der Bundesregierung gemeinsam mit dem Entwurf des Bundesfinanzgesetzes vorlegt. Die haushaltsleitenden Organe haben für die Erstellung des Budgetberichts betreffenden Unterlagen aus ihrem Aufgabenbereich dem Bundesminister für Finanzen zur Verfügung zu stellen.

Informationen über den Gesamthaushalt, über das öffentliche Defizit und die Verschuldung nach Maastricht-Kriterien, über die wirtschaftliche Lage und voraussichtliche Entwicklung (§ 34 Abs. 3 Z 1 bis 3 BHG) sind im Budgetbericht enthalten.

Der Budgetbericht wird gleichzeitig mit dem Entwurf des Bundesfinanzgesetzes und des Stellenplans nach der Beschlussfassung durch den Ministerrat dem Parlament übermittelt.

Inhalt

1. BVA-E 2007 und BVA-E 2008 im Überblick	5
2. Budgetpolitische Ausrichtung	8
3. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen	10
4. Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen des Bundeshaushaltes	11
4.1 BVA-E 2007	11
4.2 BVA-E 2008	19
4.3 Budget 2006 – Vorläufiger Erfolg	25
5. Budgetpolitische Schwerpunkte	36
5.1 Personalausgaben	36
5.2 Bildung und Wissenschaft	37
5.3 Forschung und Entwicklung	39
5.4 Sozialausgaben	41
5.5 Öffentliche Abgaben	45
5.6 Verwaltungsreform	47
5.7 Haushaltsrechtsreform	49
5.8 Initiative: Verwaltungskosten senken	50
5.9 Finanzausgleich	52
5.10 Privatisierungen	53
6. Ausgliederungen des Bundes	54
7. Finanzbeziehungen zu anderen öffentlichen Haushalten	60
7.1 Transferzahlungen des Bundes an Länder und Gemeinden	60
7.2 Transferzahlungen des Bundes an die Sozialversicherung	60
7.3 Finanzbeziehungen zum EU-Haushalt	63
8. Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen des Gesamtstaates	66
9. Außerbudgetäre Finanzierungen	70
Anhang: Übersichten	74

1. BVA-E 2007 und BVA-E 2008 im Überblick

Die Bundesvoranschlagsentwürfe für 2007 und 2008 sind auf eine schrittweise Rückführung des Gebarungsausganges im Bundeshaushalt ausgerichtet. Gleichzeitig wird durch verstärkte Zukunftsinvestitionen in Forschung, Bildung, Wissenschaft und Infrastruktur das Wachstumspotential der österreichischen Wirtschaft erhöht werden.

Im BVA-E 2007 sind im allgemeinen Haushalt Ausgaben von 69,57 Mrd. € und Einnahmen von 65,71 Mrd. € vorgesehen (siehe Tabelle 1). Der veranschlagte administrative Nettoabgang beträgt 3,86 Mrd. € oder rund 1,45% des Bruttoinlandsprodukts und liegt damit unter dem des Jahres 2006 (vorl. Erfolg 2006: 4,42 Mrd. € oder rund 1,7% des BIP). Die Ausgaben des BVA-E liegen um 1,3% unter dem vorläufigen Erfolg 2006, die Einnahmen um 0,6%. Der Ausgleichshaushalt sieht für

2007 Ausgaben von 87,53 Mrd. € vor. Die Einnahmen im Ausgleichshaushalt betragen 91,39 Mrd. €. Der Einnahmenüberhang entspricht dem geplanten administrativen Abgang.

Der BVA-E 2008 weist im allgemeinen Haushalt Ausgaben von 69,87 Mrd. € und Einnahmen von 66,91 Mrd. € aus. Das ergibt einen Abgang von 2,96 Mrd. € oder rund 1,07% des BIP. Die Ausgaben sind um 0,4% höher veranschlagt als für 2007. Die Einnahmen steigen um 1,8%. Im Ausgleichshaushalt 2008 sind die Ausgaben mit 77,81 Mrd. € präliminiert. Die Einnahmen des Ausgleichshaushalts sind mit 80,77 Mrd. € budgetiert. Der Überschuss in Höhe von 2,96 Mrd. € entspricht wieder dem Abgang im allgemeinen Haushalt.

In der Darstellung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung betrug das Maastricht-Defizit des Bun-

Tabelle 1 Eckwerte des BVA-E 2007 und BVA-E 2008
in Mio. €

	2006 BVA	2006 vorl. Erfolg	2007 BVA-E	2008 BVA-E
Allgemeiner Haushalt				
Ausgaben	66.171,9	70.519,0	69.573,8	69.868,9
Einnahmen	60.360,2	66.102,5	65.712,0	66.909,2
Abgang	5.811,7	4.416,5	3.861,8	2.959,6
Ausgleichshaushalt				
Ausgaben	50.100,6	39.089,8	87.530,3	77.813,2
Einnahmen	55.912,3	43.506,3	91.392,1	80.772,9
Überschuss	5.811,7	4.416,5	3.861,8	2.959,6
in % des BIP				
administrativer Abgang	2,3	1,7	1,4	1,1
Maastricht-Defizit des Bundes ¹⁾	2,2	1,5	1,3	1,2
Maastricht-Defizit des Staates ¹⁾	1,7	1,1	0,9	0,7
Öffentliche Verschuldung ¹⁾	63,1	62,2	61,2	59,9

¹⁾ BMF

des 2006 1,5% des BIP. Dieses soll 2007 auf 1,3% und 2008 weiter auf 1,2% des BIP sinken. Unter Einbeziehung der übrigen öffentlichen Körperschaften soll das gesamtstaatliche Maastricht-Defizit von rund 1,1% des BIP im Jahr 2006 auf 0,9% im Jahr 2007 und 0,7% im Jahr 2008 sinken und ist damit niedriger als im Regierungsprogramm vorgesehen. Die gesamtstaatliche Verschuldungsquote kann damit von 62,2% des BIP im Jahr 2006 auf 61,2 % im Jahr 2007 und 59,9 % im Jahr 2008 sinken.

Trotz der restriktiven Ausgabenpolitik, die in den moderaten Ausgabensteigerungen klar zum Ausdruck kommt, werden in den Budgets 2007 und 2008 die Ausgaben für die zukunftsorientierten Bereiche Forschung und Entwicklung, Bildung und Wissenschaft, soziale Absicherung und Familie sowie für die Infrastruktur deutlich erhöht:

- Für den Bereich Forschung und Entwicklung stehen neben den Mitteln aus den bisherigen Forschungsoffensiven in Höhe von 295 Mio. € 2007 zusätzlich 40 Mio. € und 2008 80 Mio. € zur Verfügung.
- Für den Bereich Bildung werden 2007 zusätzlich 50 Mio. € und 2008 145 Mio. € eingesetzt. Diese Mitteln werden für die Senkung der Klassenschülerzahlen in den 1. Klassen der Volksschulen, Hauptschulen, Polytechnischen Schulen und der AHS-Unterstufe, für „Lebenslanges Lernen“, diverse Fördermaßnahmen und Erhöhung der Schülerbeihilfen verwendet.
- Die Universitäten erhalten 2007 um rund 172 Mio. € mehr als im Jahr 2006. Dieser Betrag wird 2008 nochmals um 25 Mio. € erhöht.
- Die Mindestpensionen wurden bereits per 1. Jänner 2007 auf 726 € monatlich (14-mal im Jahr) erhöht. Diese Anhebung ist in den beiden Budgets mit je 118 Mio. € veranschlagt. Insgesamt stehen 2007 für die soziale Absicherung 185 Mio. € zusätzlich zur Verfügung; 2008 sind es 260 Mio. €.
- Im Bereich der Familienförderung wird 2007 die monatliche Beitragsgrundlage für Kindererziehungszeiten rückwirkend ab 2006 erhöht. Für Geburten ab 1. Jänner 2008 erfolgt eine Flexibilisierung des Kindergeldes, um den Eltern eine Wahlfreiheit zwischen zwei Varianten zu ermöglichen. In Zukunft kann neben der bisherigen Leistung von monatlich 436 € über einen Zeitraum von 36 Monaten das Kinderbetreuungsgeld auch über einen Zeitraum von 18 Monaten in Höhe von monatlich 800 € in Anspruch genommen werden. Gleichzeitig wird der Zuschlag zur Familienbeihilfe für das 3. Kind und jedes weitere Kind angehoben. Ebenso wird die Zuverdienstgrenze erhöht.
- Im Bereich der Pflege steht die Sicherung der Qualität und eine an den Bedürfnissen der Betroffenen orientierte und leistbare Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen an erster Stelle.
- Die aktive Arbeitsmarktpolitik ist ein wichtiges Element einer umfassenden und koordinierten Strategie zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit und Schaffung neuer Beschäftigung. Daher hat die Bundesregierung den Mitteleinsatz auf hohem Niveau verstetigt. In den Jahren 2007 und 2008 werden für aktive und aktivierende Arbeitsmarktpolitik jährlich rund 1,8 Mrd. € eingesetzt, und zwar vorwiegend bei beruflicher Aus- und Weiterbildung, Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen sowie Lohnkostenzuschüsse zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt.
- Die Ausgaben für Umwelt (Kapitel 61) werden 2007 gegenüber 2006 um fast 100 Mio. € aufgestockt und 2008 noch einmal um 27 Mio. € gegenüber 2007.
- Mit der Anhebung der Mineralölsteuer setzt die Bundesregierung wirtschaftliche Anreize zu einem sparsamen Ressourcenverbrauch. Gleichzeitig soll ein Teil des Mehraufkommens an Steuermitteln zur Finanzierung der Infrastruktur (ÖBB, ASFINAG) verwendet werden.
- 2007 fallen die ersten Raten für die Eurofighter an. Inklusive der Betriebskosten sind für die Eurofighter 2007 467 Mio. € und 2008 250 Mio. € zusätzlich veranschlagt.
- Die Schwerpunkte der Einsparungen liegen auf einer restriktiven Personalpolitik und einer äußersten Zurückhaltung bei den gestaltbaren Ermessensausgaben. Der Personalstand soll kontinuierlich sinken, indem der natürliche Abgang nur sehr beschränkt nach besetzt wird. Die Planstellen werden 2007 um 833 und 2008 um 631 Stellen gekürzt, beide Jahre zusammen also um 1.464 Planstellen. Eine allfällige Gehaltsanpassung für 2008 wurde wie auch in der Vergangenheit üblich nicht budgetiert. Weiters sollen die Ausgaben für Nebengebühren in der Dynamik eingebremst werden. Die geplante Ressour-

Personalverknappung erfordert eine Verbesserung der Personalbewirtschaftung des Bundes und die Unterstützung des Personaleinsatzes im Rahmen sich verändernder Aufgabenstellungen des Bundes. Die Bundesregierung beabsichtigt daher eine zentrale, koordinierende Einrichtung zu schaffen, die insbesondere Aufgaben der Personalvermittlung im gesamten Bundesbereich übernehmen wird. Weiters wird die Verwaltungsreform vorangetrieben.

2. Budgetpolitische Ausrichtung

Die Budgetpolitik der Bundesregierung orientiert sich an den Zielsetzungen, wie sie im Regierungsprogramm für diese Legislaturperiode festgelegt sind. Besondere Schwerpunkte sind:

- Erzielen eines ausgeglichenen Haushalts über den Konjunkturzyklus
- Forcieren von Investitionen in den Bereichen F&E, Infrastruktur, Bildung und Universitäten sowie Soziales für mehr Wachstum und Beschäftigung
- Fortsetzen der Strukturreformen im Bereich der öffentlichen Verwaltung, der Wettbewerbspolitik und des Arbeitsmarktes, um die dadurch erzielten Einsparungen in Form einer zukünftigen Steuerreform an die ÖsterreicherInnen weiterzugeben.

Die Regierung will damit nicht nur internationalen Herausforderungen gerecht werden, sondern auch die stabilitäts- und wachstumsorientierte Budgetpolitik der letzten Jahre fortsetzen. Dieses Programm erfordert erhebliche Umschichtungen im Budget und kann nur mittelfristig bewerkstelligt werden.

Bis Ende 2009 soll für den Gesamtstaat (Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungsträger) wieder ein nahezu ausgeglichener Haushalt erreicht werden. Dabei sollen die Haushalte der Länder und Gemeinden einen Überschuss von rund 0,5% des Bruttoinlandsprodukts erwirtschaften und die Sozialversicherungsträger sollen ausgeglichen sein.

Mit diesem Konsolidierungspfad kann der öffentliche Schuldenstand in Relation zum Bruttoinlandsprodukt bereits 2008 auf unter 60% gesenkt werden.

Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, die Budgetverbesserungen vor allem durch globale Ausgabenreduktionen und einer strikten Ausgabendisziplin herbeizuführen. Daneben sind Reformmaßnahmen notwendig, um die Ausgabendynamik nachhaltig zu bremsen und die Qualität der Ausgaben zu verbessern. Zudem gilt es, Rationalisierungsreserven in der öffentlichen Verwaltung zu nutzen und die Eigen- und Erfolgsverantwortlichkeit der Ressorts durch eine Haushaltsrechtsreform zu stärken.

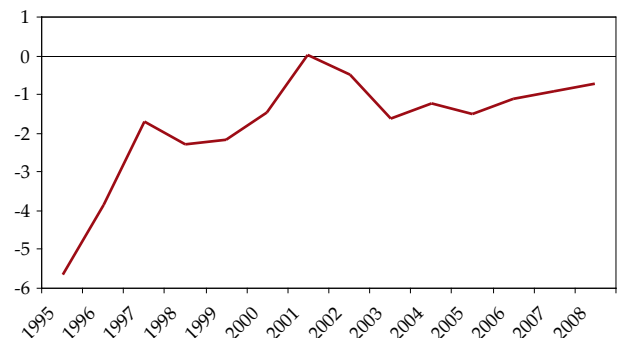
Die Konsolidierungserfolge der Vergangenheit zeigen deutlich, dass eine nachhaltige Stabilisierung des Bundeshaushaltes durch ein starkes Wirtschafts- und

Beschäftigungswachstum wesentlich erleichtert wird. Die Budgetpolitik wird daher wie die Steuerpolitik verstärkt auf die Unterstützung des Strukturwandels ausgerichtet. Es gilt, Forschung und Entwicklung zu fördern, die Qualifikationen der österreichischen Bevölkerung und ihre Integration in den Arbeitsmarkt zu erhöhen sowie die Infrastruktur weiter auszubauen. Nur so kann Österreich, das in den vergangenen Jahren überdurchschnittlich hohe Produktivitätsfortschritte verzeichnen konnte, weiterhin hochwertige stabile Arbeitsplätze sicherstellen. Weiters ist es ein wichtiges Anliegen der Bundesregierung, Österreichs bewährtes System sozialer Sicherheit und Fairness weiter auszubauen, der Armutsgefährdung wirksam zu begegnen und die hohe Lebens- und Umweltqualität in Österreich zu erhalten.

Das Regierungsprogramm sieht in diesen prioritären Aufgabenbereichen eine entsprechende Aufstockung der budgetären Mittel vor:

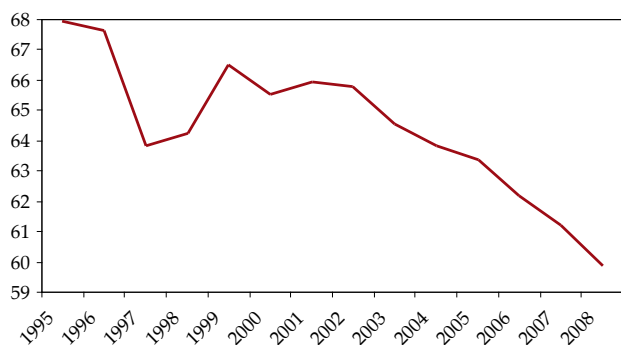
- Die bestehenden Budgets für Forschung und Entwicklung werden um insgesamt 800 Mio. € aufgestockt. Damit kann die Forschungsquote, die derzeit bei 2,43% liegt, bis 2010 auf 3% steigen.
- Die jährlichen Bildungsausgaben werden um bis zu 200 Mio. € erhöht, insgesamt um 575 Mio. €.
- Die Universitäten erhalten für die Basisausstattung und Infrastruktur jährlich um über 200 Mio. € mehr an Mitteln; insgesamt 1 Mrd. €. Dies entspricht

Entwicklung des gesamtstaatlichen Maastricht-Defizits in % des BIP



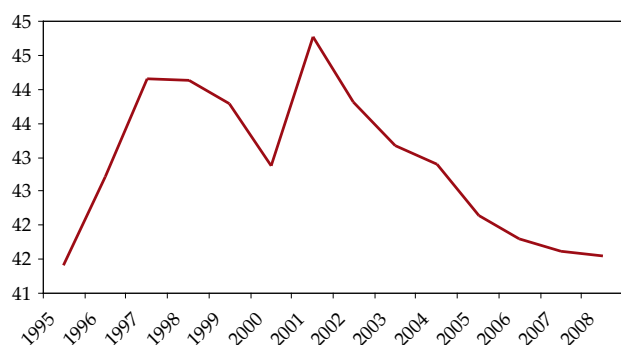
Quelle: BMF

Entwicklung des Schuldenstandes in % des BIP



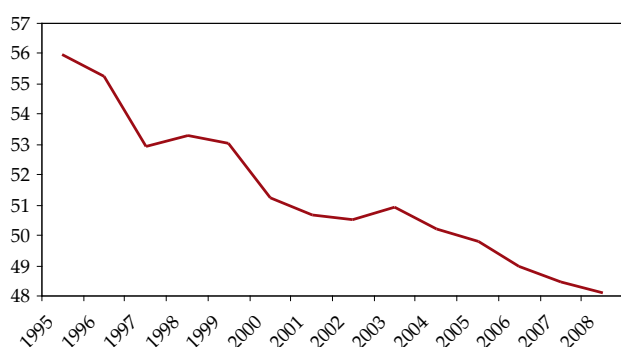
Quelle: BMF

Entwicklung der Steuer- und Abgabenquote in % des BIP



Quelle: BMF

Entwicklung der gesamtstaatlichen Ausgaben in % des BIP



Quelle: BMF

einem Zuwachs von über 10% im Jahr 2007 gegenüber 2006.

- In den Ausbau von Schieneninfrastruktur und des hochrangigen Straßennetzes sollen in dieser Legislaturperiode rund 10,5 Mrd. € investiert werden.

- Die Mittel für die soziale Sicherheit und Armutsbekämpfung werden in dieser Legislaturperiode insgesamt um 1,2 Mrd. € erhöht.
- Die Sondermittel für aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in Höhe von jährlich über 200 Mio. € werden beibehalten.
- Mehr Mittel für Umwelt- und Klimaschutz und Errichtung eines Energie- und Klimaschutzfonds.

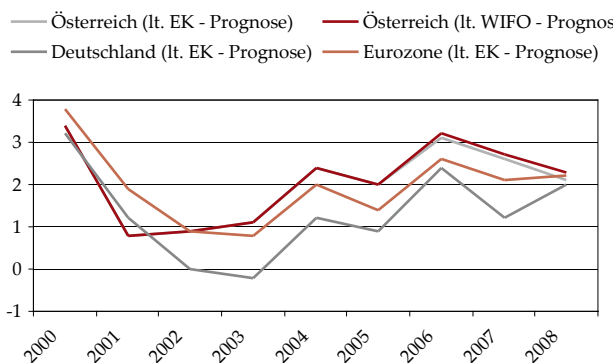
Ende dieser Legislaturperiode soll eine Steuerreform mit einer spürbaren Entlastung der SteuerzahlerInnen und der Wirtschaft durchgeführt werden. Es soll ein modernes Steuersystem entstehen, das den Wirtschaftsstandort Österreich, Wachstum und Beschäftigung, Kaufkraft und Inlandsnachfrage fördert sowie die Steuer- und Abgabenlast fair verteilt. Bis dahin soll die Abgabenquote des Bundes stabil bleiben. Stabilität der Abgabenquote bedeutet allerdings nicht, dass zweckmäßig und erforderlich erscheinende Änderungen am bestehenden Steuersystem unterbleiben sollen. So z.B. bringt das KMU-Förderungsgesetz 2006, das seit 1. Jänner 2007 in Kraft ist, steuerliche Erleichterungen für Kleinunternehmer. Die Mineralsteuer soll Mitte 2007 geringfügig erhöht und die KFZ-Steuer für LKWs im Gegenzug gesenkt werden.

Mit den Entwürfen der Bundesvoranschläge 2007 und 2008 wird dieses Programm konsequent umgesetzt.

3. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Österreichs Wirtschaft zeigte zur Jahreswende 2006/2007 eine erhebliche Dynamik. Diese ist getrieben vom Konjunkturaufschwung in Europa und einer starken Investitionsnachfrage im Inland. Das Wirtschaftsforschungsinstitut WIFO rechnet damit, dass auch 2007 die Binnennachfrage die Konjunktur belebt. Durch Vorzieheffekte im Zuge der Anhebung der Mehrwertsteuer in Deutschland und dem erwarteten „soft landing“ in den Vereinigten Staaten dürfte der Impuls von der externen Nachfrage 2007 etwas schwächer sein. Für das Jahr 2008 rechnet das WIFO, dass die Konjunktur in Europa etwas nachlassen könnte. Dennoch sollte die österreichische Wirtschaft stärker wachsen als der Durchschnitt des Euro-Raums.

Wirtschaftswachstum im internationalen Vergleich jährliche reale Veränderung in %



Quelle: Eurostat (1998 - 2002), EK-Herbstprognose 2006 (2003 - 2008), WIFO, STAT

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Budgets 2007 und 2008 gestalten sich daher durchaus günstig.

Nach einem Anstieg des BIP um real $3\frac{1}{4}\%$ gegenüber dem Vorjahr im Jahr 2006, wird für 2007 ein Wachstum von $2\frac{3}{4}\%$ erwartet. 2008 rechnete das WIFO im Dezember 2006 mit einem Wachstum von $2\frac{1}{4}\%$. Das Institut für Höhere Studien (IHS) rechnet mit einem ähnlichen Verlauf, doch sieht es die BIP-Wachstumsraten 2007 bei $2,6\%$ und 2008 bei $2,4\%$.

Der private Konsum sollte stetig mit real etwa 2% pro Jahr (nominell + $3\frac{3}{4}\%$) wachsen. Eine ungebrochene Expansion sieht das WIFO bei den Bruttoanlagein-

vestitionen. Nach real über $+5\%$ im Jahr 2006 ist für 2007 eine Ausweitung in ähnlichem Ausmaß zu erwarten. Zwar verlangsamt sich der Anstieg der Bauinvestitionen von real 5% auf $3,7\%$, doch wird verstärkt in Ausrüstungen investiert (2006 $+5\frac{1}{2}\%$, 2007 $+6\frac{1}{2}\%$). 2008 schwächt sich das Wachstum beider Investitionskomponenten konjunkturbedingt ab (Bruttoanlageinvestitionen real $+3\frac{1}{2}\%$).

Der Arbeitsmarkt hat 2006 deutlich auf die Konjunkturverbesserung reagiert. Die Zahl der Beschäftigten erhöht sich 2006 um über 50.000, und auch 2007 rechnen die Wirtschaftsforscher mit der Schaffung von rund 40.000 Arbeitsplätzen bzw. einem Zuwachs von $1,3\%$. Im Februar 2007 waren auch aufgrund der milden Witterung über 77.000 Personen mehr in Beschäftigung als im Vergleichsmonat des Vorjahres. Im Jahr 2008 soll der Zuwachs auf $+21.000$ oder $+0,7\%$ abflachen. Obwohl sich das Arbeitskräfteangebot gemäß dem Trend der letzten Jahre weiter beträchtlich erhöhen sollte, dürfte die Arbeitslosigkeit, welche seit März 2006 abnimmt, weiter zurückgehen. 2006 war ein Teil des Rückgangs der Arbeitslosigkeit um 13.400 der Intensivierung der Schulungsmaßnahmen zuzuschreiben. 2007 ist mit einer nachfragegetriebenen Abnahme der Arbeitslosenzahl um rund 10.000 zu rechnen. 2008 würde sich eine weitere, aber kleinere Verringerung ergeben.

Tabelle 2 Wirtschaftliche Eckdaten
Veränderungen gegen das Vorjahr in %

	2006	2007	2008
nominelles Wirtschaftswachstum	4,6	4,4	4,0
reales Wirtschaftswachstum	3,1	2,7	2,3
unselbstständig Beschäftigte	1,7	1,3	0,7
Arbeitslosenquote (EU Abgrenzung)	4,8	4,6	4,5
Verbraucherpreise	1,4	1,6	1,7
Bruttoverdienste je Arbeitnehmer	2,8	2,5	2,5

Quelle: BIP 2006: Statistik Austria, Arbeitslosenquote 2006: Eurostat, WIFO - Dezember-Prognose 2006

4. Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen des Bundeshaushaltes

4.1 BVA-E 2007

Der Bundesvoranschlagsentwurf 2007 weist folgende wesentliche Veränderungen gegenüber dem vorläufigen Erfolg 2006 aus:

Kapitel 10 Bundeskanzleramt

Die Ausgaben des Kapitels 10 Bundeskanzleramt erhöhen sich gegenüber 2006 geringfügig. Zur Förderung und Unterstützung von Frauenförderungen stehen für 2007 8,2 Mio. € zur Verfügung. Für die Bewerbung um die Olympischen Winterspiele 2014 stehen 1,6 Mio. € zur Verfügung.

Darüber hinaus ist für die Fußball-Europameisterschaft 2008 eine Überschreitungsermächtigung von 15 Mio. € vorgesehen. Minderausgaben gegenüber dem vorl. Erfolg 2006 gibt es insbesondere durch den Wegfall des Wahlwerbungskostenbeitrages für die Nationalratswahl 2006 (12,4 Mio. €) und der Mittel für die EU-Ratspräsidentschaft 2006.

Kapitel 11 Inneres

Die Ausgaben im Kapitel 11 Inneres erhöhen sich von 2.132,3 Mio. € (2006) auf 2.151,6 Mio. € (2007). Die Ausgabensteigerung beinhaltet im Personalbereich vor allem die erforderlichen Mehrausgaben aufgrund der Gehaltserhöhung 2007 und des Struktureffekts. Bei den Sachausgaben sind insb. die Investitionen in neue Polizeihubschrauber (24 Mio. €) und in den weiteren Ausbau des Digitalfunknetzes für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (12 Mio. €) sowie die Zusatzmitteln für Ausstattungsverbesserungen und Instandhaltungsmaßnahmen im Bereich der Polizeiinspektionen (+ 7 Mio. €) hervorzuheben.

Kapitel 12 Unterricht und Kultur

Die Gesamtausgaben für Kapitel 12 erhöhen sich von 6.400,6 Mio. € (2006) auf 6.634,4 Mio. € 2007. Der Großteil dieses Anstiegs entfällt auf die Kosten der Gehalts-

erhöhung 2007 und des Struktureffektes.

Für die im Regierungsabkommen beschlossene Bildungsoffensive im Schulwesen stehen 2007 50 Mio. € zur Verfügung. Einer der Hauptmaßnahmen im Bildungsbereich ist die Senkung der KlassenschülerInnen-Höchstzahl von 30 auf 25 als Richtwert ab dem Schuljahr 2007/2008. Weitere geplante Maßnahmen sind der Ausbau der ganztägigen Betreuung, die bessere Integration von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf, Qualitätssicherung an Schulen, freiwilliges Vorschuljahr, „Lebenslanges Lernen“. Die Schülerbeihilfen werden erhöht

Kapitel 13 Kunst

Die Gesamtausgaben im Kapitel 13 steigen von 227,0 Mio. € (2006) auf 228,4 Mio. € (2007). Für das Projekt „Linz Kulturhauptstadt Europas 2009“ sind 2 Mio. € vorgesehen. Die Filmförderung wird von 10,4 Mio. € (2006) auf 12,2 Mio. € (2007) erhöht. Die Bundestheatergesellschaften erhalten wie im Jahr 2006 auch 2007 den Betrag von 133,7 Mio. €.

Kapitel 14 Wissenschaft und Forschung

Die Gesamtausgaben im Kapitel 14 Wissenschaft steigen von 3.324,5 € (2006) auf 3.501,8 Mio. € (2007). Die Gesamteinnahmen gehen von 661,3 Mio. € (2006) auf 633,0 Mio. € (2007) zurück.

Die Universitäten (Träger öffentlichen Rechts) erhalten 2007 insgesamt 2.219 Mio. €. Das sind um rund 172 Mio. € mehr als 2006. Für die Umsetzung der Generalsanierungsoffensive sind 3,7 Mio. € vorgesehen. Für die Hochschulraumbeschaffung sind wie 2006 45,6 Mio. € budgetiert. Die Ausgaben für Hochschulische Einrichtungen betragen für 2007 235,8 Mio. € , um 5 Mio. € mehr als 2006.

Tabelle 3 Gegenüberstellung BVA-E 2007 mit dem vorl. Erfolg 2006 - Ausgaben
in Mio. € (Rundungsdifferenzen)

	2006 vorl. Erfolg	2007 BVA-E	Unterschied
Kap. 01-06 Oberste Organe	176,9	180,3	3,4
Kap. 10 Bundeskanzleramt	440,5	442,4	1,9
Kap. 11 Inneres	2.132,3	2.151,6	19,3
Kap. 12 Unterricht und Kultur	6.400,6	6.634,4	233,8
hievon Zahlungen für Landeslehrer (Aktive)	2.951,0	3.079,3	128,3
Zahlungen an die BIG	309,5	331,1	21,7
Kap. 13 Kunst	227,0	228,4	1,3
Kap. 14 Wissenschaft und Forschung	3.324,5	3.501,8	177,3
hievon Universitäten	2.047,2	2.219,0	171,9
Fachhochschulen	162,2	163,6	1,4
Kap. 15 Soziales und Konsumentenschutz	1.940,7	2.006,8	66,2
hievon Pflegegeld	1.473,6	1.533,0	59,4
Kap. 16 Sozialversicherung	7.354,2	7.450,3	96,1
hievon Bundesbeitrag an Pensionsversicherungsanstalten	6.439,1	6.466,5	27,4
Ausgleichszulagen	856,9	940,9	83,9
Kap. 17 Gesundheit	635,9	665,4	29,5
hievon Zuschuss für Krankenanstalten	427,4	431,7	4,3
Kap. 19 Familie und Jugend	5.891,7	5.961,4	69,7
hievon Leistungen des Ausgleichsfonds f.Familienbeihilfen	5.407,0	5.529,7	122,6
Familienbeihilfen	2.954,0	2.967,5	13,5
Kinderbetreuungsgeld	1.066,1	1.072,7	6,6
Kap. 20 Äußeres	397,7	388,1	-9,6
Kap. 30 Justiz	998,7	1.040,8	42,1
Kap. 40 Militärische Angelegenheiten	1.733,1	2.250,3	517,2
Kap. 50 Finanzverwaltung	1.808,9	1.869,7	60,8
hievon Zoll- und Abgabenverwaltung	585,7	618,8	33,2
Ämter gem. Poststrukturgesetz	843,3	844,3	1,1
Schuldenerleichterungen	35,7	36,0	0,3
Kap. 51 Kassenverwaltung	1.378,1	788,7	-589,4
hievon Rücklagenzuführung	1.077,8	13,0	-1.064,9
Pauschalvorsorge	0,0	498,0	498,0
Kap.52 Öffentliche Abgaben	2,6	2,6	0,0
Kap. 53 Finanzausgleich	4.554,9	4.647,0	92,1
hievon Bedarfszuweisung an die Länder	1.001,6	1.145,2	143,7
Zuschüsse für Wohnbauförderung	1.780,5	1.780,5	0,0
Katastrophen-Fonds	267,2	301,5	34,3
Kap. 54 Bundesvermögen	1.282,3	1.046,6	-235,6
hievon für Haftungsübernahmen (AFG, AFFG ua.)	955,6	741,2	-214,4

Kap. 55 Pensionen	7.039,0	7.187,3	148,3
hievon Pensionen für Hoheitsverwaltung (UT 0)	3.008,1	3.078,0	69,9
Pensionen für Landeslehrer	933,1	941,7	8,6
Pensionen - ÖBB (ohne Pflegegeld)	1.813,7	1.867,8	54,2
Pensionen - Post (ohne Pflegegeld)	1.139,3	1.142,0	2,7
Kap. 58 Finanzierungen, Währungstauschverträge	11.608,8	10.250,1	-1.358,7
Kap. 60 Land-, Forst- u. Wasserwirtschaft	2.318,8	2.255,8	-63,0
hievon Marktordnungsmaßnahmen	1.694,3	1.696,8	2,5
Kap. 61 Umwelt	475,4	574,4	99,0
Kap. 63 Wirtschaft und Arbeit	5.967,7	5.537,7	-430,0
hievon Leistungen nach dem AIVG und KGG	3.683,8	3.535,9	-147,8
sonstige Leistungen im Rahmen der AMP I+II	5.034,2	4.891,3	-143,0
Bundesbeitrag zur Arbeitsmarktpolitik	476,7	183,6	-293,1
Kap. 65 Verkehr, Innovation und Technologie	2.428,9	2.511,8	82,9
hievon Eisenbahninfrastruktur	985,2	1.065,8	80,7
Gesamtausgaben	70.519,0	69.573,8	-945,2

Quelle: Bundesministerium für Finanzen

Tabelle 4 Gegenüberstellung des BVA-E 2007 mit dem vorl. Erfolg 2006 - Einnahmen
in Mio. € (Rundungsdifferenzen)

	2006 vorl. Erfolg	2007 BVA-E	Unterschied
Kap. 52 Öffentliche Abgaben			
Bruttoeinnahmen	60.397,7	63.183,0	2.785,3
Ab-Überweisungen			
Länder, Gemeinden, Fonds etc.	-17.473,4	-18.577,8	-1.104,4
EU-Beitrag	-2.470,0	-2.400,0	70,0
Öffentliche Abgaben-Netto	40.454,2	42.205,2	1.750,9
Sonstige Einnahmen			
Arbeitslosenversicherung	4.402,3	4.574,9	172,6
Sozialversicherung (Kapitel 16)	349,1	17,0	-332,1
Einnahmen des FLAF (2/193)	5.407,0	5.529,7	122,6
hievon Dienstgeberbeiträge	3.713,1	3.850,5	137,4
Gerichtsgebühren	619,1	623,5	4,4
Ersätze der Ämter der Universitäten	641,1	609,3	-31,8
Ersätze der Post- u. Telekom AG:			
für Aktive	834,0	843,5	9,5
für Pensionen	193,5	184,6	-8,9
Ersätze der ÖBB für Pensionen	435,6	438,4	2,8
Pensionsbeiträge von Unternehmen mit Bundesbediensteten	116,4	113,6	-2,7
Rücklagenentnahmen	783,5	559,5	-224,0
EU-Rückflüsse	1.552,3	1.652,6	100,4
Einnahmen aus Kassenbewirtschaftung (Kap. 51)	316,1	359,8	43,8
Siedlungswasserwirtschaft	273,1	286,8	13,7
Dotierung d. Kat.Fonds	267,2	301,5	34,3
OeNB-Gewinnabfuhr	323,6	124,7	-198,9
Veräußerungserlöse aus Liegenschaften	240,8	109,8	-130,9
Veräußerungserlöse	28,1	0,0	-28,1
Einnahmen aus Haftungen (2/547)	766,4	739,4	-27,0
Pensionsbeiträge, Pensionssicherungsbeiträge, Überw. von PV-Trägern	700,5	699,1	-1,4
Finanzschulden und Währungstauschverträge	4.664,5	3.105,5	-1.559,0
Einnahmen aus Kapitalbeteiligungen (ÖIAG, etc)	333,3	330,8	-2,5
Fernmeldebehördliche Gebühren (Kap. 65)	30,4	26,3	-4,1
Übrige Einnahmen	2.370,5	2.276,4	-94,1
Summe Sonstige Einnahmen	25.648,3	23.506,9	-2.141,4
Gesamteinnahmen	66.102,5	65.712,0	-390,5

Quelle: Bundesministerium für Finanzen

Die Fachhochschul-Offensive wird fortgesetzt. Die Fachhochschulen erhalten 163,6 Mio. € (2006: 162,2 Mio. €). Zusätzlich erhalten sie eine Überschreitungs-ermächtigung in Höhe von 18,1 Mio. €. Für die Studienförderung sind 2007 um 2,3 Mio. € mehr budgetiert als 2006, insgesamt stehen damit 2007 180,5 Mio. € zur Verfügung (v.a. für Studienbeihilfen u. Stipendienzuschüsse). Aus der F&E-Offensive stehen im Budget des Kapitels 14 für das Jahr 2007 insgesamt 90 Mio. € zur Verfügung.

Bei den Ämtern der Universitäten verringert sich der Personalaufwand von 618,8 Mio. € 2006 auf 609,3 Mio. € 2007. Daher gehen auch die Einnahmen zurück.

Kapitel 15 Soziales und Konsumentenschutz

Für das Kapitel 15 Soziales und Konsumentenschutz sind im BVA-E 2007 insgesamt 2.006,8 Mio. € veranschlagt (vorl. Erfolg 2006: 1.940,7 Mio. €); dies entspricht einem Anstieg von 66,1 Mio. €. Größter Ausgabeposten in diesem Kapitel ist das Bundespflegegeld. Diese Ausgaben steigen 2007 demografiebedingt um 59,4 Mio. €, von 1.473,6 Mio. € auf 1.533 Mio. €. Die Mittel für Maßnahmen zu Gunsten von Behinderten („Behindertenmilliarde“) werden 2007 um 5 Mio. € aufgestockt. Die Ausgaben bei der Kriegsopferversorgung gehen auf Grund des Rückgangs der Zahl der Versorgungsberechtigten leicht zurück (- 3,5 Mio. €).

Die Einnahmen gehen geringfügig zurück (-16,0 Mio. €). Mindereinnahmen gibt es im Bereich der Pflegevorsorge in Folge niedrigerer Rückzahlungen der Sozialversicherungsträger (-2,4 Mio. €) und im Bereich der allgemeinen Fürsorge infolge des Wegfalls von Rückersätzen von Ausgaben (- 13,8 Mio. €).

Kapitel 16 Sozialversicherung

Die Ausgaben im Jahr 2007 werden sich gegenüber dem Erfolg 2006 um 96,1 Mio. € erhöhen (von 7.354,2 Mio. € auf 7.450,3 Mio. €); das entspricht einer Steigerung um 1,3 %. Bereinigt man den Erfolg 2006 um die darin enthaltenen Nachzahlungen für das Jahr 2005, so beträgt die Steigerung 282,2 Mio. € oder 3,9%. Die Kosten der Pensionserhöhung 2007 in der Höhe von 1,6%, einschließlich Einmalzahlung und außerordentlicher Erhöhung der Ausgleichszulagen-Richtsätze belaufen

sich in der gesetzlichen Pensionsversicherung auf rund 550 Mio. €.

Die Einnahmen gehen von 349,1 Mio. € (2006) auf 17,0 Mio. € zurück. Dieser Rückgang ist auf den Wegfall von Abrechnungsresten von Vorjahren zurückzuführen.

Kapitel 17 Gesundheit

Im Kapitel 17 Gesundheit sind 665,4 Mio. € vorgesehen, um 29,5 Mio. € mehr gegenüber dem vorläufigen Erfolg 2006. Mehrausgaben im Ausmaß von 11,1 Mio. € sind vorgesehen für verstärkte Maßnahmen in der Gesundheitsvorsorge gegen Infektionskrankheiten. Die Zahlungen nach dem Bundesgesetz über Krankenanstalten und Kuranstalten in Folge eines zu erwartenden höheren Umsatzsteuer-Aufkommens steigen um 4,3 Mio. €. Die Ausgaben für sonstige Förderungen im Gesundheitswesen und sonstige Projekte werden um 4,5 Mio. € erhöht. Die AGES erhält 4,1 Mio. € mehr. Ferner ist im Bereich Veterinärwesen ein Mehrbedarf gegeben insbesondere durch die Einführung eines Zentralen Betriebsregisters der tierhaltenden Betriebe (2,8 Mio. €). Für die Intensivierung im Bereich Qualitätsarbeit und e-Health sowie Effizienzsteigerung in den Gesundheitsstrukturen sollen mehr Mittel bereitgestellt werden (2,8 Mio. €).

Kapitel 19 Familie und Jugend

Wesentliche Änderungen gegenüber dem vorl. Erfolg 2006 ergeben sich bei den Pensionsbeiträgen für Kindererziehungszeiten (+ 81,7 Mio. €). Dieser Anstieg ergibt sich daraus, dass die monatliche Beitragsgrundlage rückwirkend ab 2006 valorisiert wird. Weitere Mehraufwendungen ergeben sich bei den Familienbeihilfen (+ 13,5 Mio. €) und beim Kinderbetreuungsgeld (+ 7,8 Mio. €). Die Zahlung an den Reservefonds für Familienbeihilfen zur Bedeckung des erwarteten Abganges des Familienlastenausgleichsfonds ist um 46,8 Mio. € geringer veranschlagt als im vorl. Erfolg 2006.

Kapitel 20 Äußeres

Die budgetierten Ausgaben für das Kapitel 20 Äußeres betragen 388,1 Mio. €. Die freiwilligen Beiträge an internationale Organisationen wurden für 2007 auf 20,7

Mio. € erhöht. Der Österreichischen Gesellschaft für Entwicklungszusammenarbeit (ADA) stehen 2007 5 Mio. € mehr als im Jahr 2006 zur Verfügung. Auch die Aufwendungen der Zentraleitung sowie der Vertretungsbehörden wurden erhöht.

Darüber hinaus sind Überschreitungs-ermächtigungen für Zahlungen an internationale Organisationen (5 Mio. € an Förderungen), für Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit - ADA (5 Mio. €) und für Maßnahmen im Rahmen der ESVP/GASP (4 Mio. €) vorgesehen.

Kapitel 30 Justiz

Die Ausgaben im Kapitel 30 sind für das Jahr 2007 mit 1.040,8 Mio. € veranschlagt. Dies bedeutet gegenüber dem Erfolg 2006 einen Anstieg um rund 42 Mio. €. Erhöht wurden die Mittel für die Vereine für Sachwalterschaft zur Umsetzung des Sachwalterrechts-Änderungsgesetzes, die Mittel für die Opferhilfeeinrichtungen sowie für die medizinische Versorgung für den weiterhin hohen Häftlingsstand.

Kapitel 40 Militärische Angelegenheiten

Mit den für das Jahr 2007 budgetierten Mitteln in Höhe von 2.250,3 Mio. € kann die während des Zeitraums 2005 bis 2012 umzusetzende Heeresreform weitergeführt werden sowie die anteiligen Kaufpreiszahlungen und Betriebskosten für den Eurofighter bezahlt werden. Darüber hinaus ist der Aufbau und die Ausstattung jener Truppeneinheiten für Auslandseinsätze, zu denen sich Österreich gegenüber der Europäischen Union im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik verpflichtet hat, im erforderlichen Ausmaß möglich.

Kapitel 50 Finanzverwaltung

In der Steuer- und Zollverwaltung werden nach einer Phase der Stabilisierung im Jahr 2006 die eingeleiteten Reformmaßnahmen fortgeführt. So wurde per 1. März 2007 die Steuerfahndung (STEUFA) als eigene Dienstbehörde gegründet und die Zollämter werden weiter gestrafft (von 15 auf 9 Zollämter). Darüber hinaus wurden mit Wirksamkeit 1. Jänner 2007 die Agenten der Bundespensionsanstalt (BPA) an die Versiche-

rungsanstalt öffentlich Bediensteter (BVA) übertragen. Als Niederschlag im Kapitel 50 verbleibt das Amt für Bundespensionen. Diese Maßnahmen führen zu weiteren Veränderungen in der Budgetstruktur des Kapitels 50. Unter Berücksichtigung des Bundes-Behindertengleichstellungsgesetzes wird die Modernisierung der von der Finanzverwaltung genutzten Immobilien auf Basis des Generalplans 2010 fortgeführt.

Kapitel 51 Kassenverwaltung

Im Kapitel 51 sind in der Pauschalvorsorge Mittel für Offensiv-Programme der Bundesregierung reserviert und zwar im folgenden Ausmaß:

- F&E: 60 Mio. €
- Soziale Absicherung: 62 Mio. €
- Infrastruktur: 60 Mio. €

Kapitel 52 Öffentliche Abgaben

Die Öffentlichen Abgaben (Kapitel 52) steigen 2007 brutto von 60,4 Mrd. € auf 63,2 Mrd. €, netto von 40,4 Mrd. € auf 42,2 Mrd. €. Infolge der guten Gewinnentwicklung sind bei der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer 2007 deutliche Zuwächse zu erwarten. Diese dürften bei der Körperschaftsteuer wesentlich stärker sein. Bei dieser kann man allein aufgrund der Abschlagszahlungen 2006 und wegen des weit gehenden Wegfalls der Investitionszuwachsprämie bereits 2007 eine Zunahme um rund 0,7 Mrd. € auf 5,5 Mrd. € erwarten. Auch danach sollte sie – v.a. wegen der Umschichtung von Personen- zu Kapitalgesellschaften – stärker steigen als die Einkommensteuer, bei der sich auch die 2006 beschlossenen KMU-Begünstigungen dämpfend auswirken sollten. Die gute Gewinnentwicklung bei gleichzeitig niedrigerer prozentueller Körperschaftsteuer sowie die Kapitalaufstockungen werden voraussichtlich auch zu einer deutlichen Zunahme der Ausschüttungen und damit der Kapitalertragsteuer auf Zinsen (KESt II) führen. Für die Schätzung der KESt II wurde mit einer Zunahme der Veranlagungen in etwa dem der Wirtschaftsentwicklung und mit einer leichten Zinserhöhung im Jahresdurchschnitt gerechnet.

Die Lohnsteuerprognose beruht hauptsächlich auf den WIFO-Prognosen für die Lohn- und Gehaltssumme pro Kopf (Elastizität zwischen 1,8 und 1,9) und für die

Beschäftigung (Elastizität etwas unter 1). Da die durch ein VfGH-Erkenntnis erforderlichen Änderungen noch zu erarbeiten sind, wurde die Erbschafts- und Schenkungssteuer mit Beträgen in etwa der Höhe des Aufkommens 2006 angesetzt. Der Wohnbauförderungsbeitrag wurde mit der prognostizierten Entwicklung der Lohn- und Gehaltssumme fortgeschrieben.

Die Umsatzsteuer wurde – auf Basis des Ergebnisses 2006 – mit der prognostizierten Entwicklung des Inlandskonsums fortgeschrieben. Für die Tabaksteuer wird wegen der geplanten Regelungen gegen Rauchen in Lokalen eine leicht rückläufige Entwicklung angenommen. Als Mengensteuern ist bei Bier- und Alkoholsteuer keine merkbare Dynamik zu erwarten. Bei weiterhin hohen Preisen könnte auch der Mineralölverbrauch stagnieren, die Entwicklung der Mineralölsteuer wird außerdem durch die Ausweitung des Bio-Kraftstoffanteils gedämpft. Die geplante Erhöhung der Sätze für Diesel und Benzin wurde berücksichtigt.

Bei den Gebühren wurden mäßige Steigerungen angenommen, ebenso bei der Energie- und Normverbrauchsabgabe. Die Versicherungssteuer wurde etwa parallel zur wirtschaftlichen Entwicklung fortgeschrieben, bei der motorbezogenen Versicherungssteuer sollte grundsätzlich die Dynamik etwas schwächer sein, da es sich um eine mengenbezogene Steuer handelt. Bei der KFZ-Steuer wurde die geplante Herabsetzung für LKW berücksichtigt. Für die Spielbank- und Konzessionsabgabe wird keine besondere Dynamik erwartet.

Kapitel 53 Finanzausgleich

Die Ausgaben im Kapitel 53 „Finanzausgleich“ steigen von 2006 auf 2007 um rd. 92 Mio. €. Dabei sind zwei gegenläufige Entwicklungen verantwortlich: Zum einen steigen die von den Abgabeneinnahmen abhängigen Transfers an die Länder und Gemeinden parallel zu den im Kapitel 52 veranschlagten Einnahmen, wobei die Bedarfszuweisungen des Bundes an die Länder mit +144 Mio. € die größte Position bilden. Demgegenüber entfällt aber die hohe Belastung des Katastrophenfonds aus der Hochwasserkatastrophe im Sommer 2005, wofür der Großteil der Zahlungen bereits in den Jahren 2005 und 2006 getätigt wurde.

Kapitel 54 Bundesvermögen

Die Gesamtausgaben des Kapitels 54 Bundesvermögen sind 2007 mit 1.046,6 Mio. € budgetiert. 2006 waren es 1.282,3 Mio. €. Der Rückgang 2007 gegenüber 2006 ist insbesondere auf die niedrigeren erwarteten Zahlungen aus der Inanspruchnahme von Finanzhaftungen (Paragraph 1/5470) zurückzuführen (2006: 852,6 Mio. €; BVA-E 2007: 637,0 Mio. €). Auf der Einnahmenseite fallen die erwarteten Einnahmen aus Dividenden hinter dem vorläufigen Erfolg 2006 zurück. So z.B. werden 2007 Dividenden der Oesterreichischen Nationalbank in Höhe von 131,3 Mio. € erwartet; 2006 waren es 330,0 Mio. €. Ebenso werden von der ÖIAG Dividenden in Höhe von 200,0 Mio. € erwartet, 2006 waren es 225,0 Mio. €. Weiters bleiben die Einnahmen aus dem Ausfuhrförderungsgesetz hinter den Einnahmen 2006 zurück.

Kapitel 55 Pensionen

Im Kapitel 55 werden die Ausgaben für die Pensionen der Hoheitsverwaltung, der Landeslehrer sowie der Bahn und Post und sonstiger ausgegliederter Einrichtungen veranschlagt.

Für die Pensionen in der Hoheitsverwaltung des Bundes (UT 0) sind im Jahr 2007 3.078,0 Mio. € veranschlagt (Erfolg 2006: 3.008,1 Mio. €). Der Anstieg ist v.a. auf die Pensionsanpassung 2007 zurückzuführen. Im Bereich der ÖBB kommt es neben der Pensionsanpassung noch zu einem Ansteigen der Pensionistenzahl (rd. 0,4% p.a.). Im Bereich der Postbetriebe ist die Pensionistenzahl trendmäßig rückläufig. Die Pensionen der Österreichischen Bundesbahnen sind im Jahr 2007 mit 1.923,9 Mio. € (vorl. Erfolg 2006: 1.862,0 Mio. €) budgetiert, die Ämter gem. Poststrukturgesetz sind mit 1.172,3 Mio. € veranschlagt (Erfolg 2006: 1.166,9 Mio. €). Weiters ist noch der Bereich Pensionen der Landeslehrer von Bedeutung. Legt man hier die Entwicklung der letzten Jahre zugrunde, steigen die Aufwendungen geringfügig an (BVA-E 2007: rd. 958,5 Mio. €, vorläufiger Erfolg 2006: rd. 949,3 Mio. €).

Insgesamt ist in Kapitel 55 mit einem Mehraufwand von rd. 149 Mio. € für 2007 zu rechnen.

Auf der Einnahmenseite ist mit Mindereinnahmen bei den Beiträgen von Unternehmungen mit Bundesbediensteten (Deckungsbeiträge) zu rechnen.

Kapitel 58 Finanzierungen, Währungstauschverträge

Für die budgetäre Beurteilung des Kapitels 58 Finanzierungen, Währungstauschverträge ist die Nettoposition entscheidend, also die Differenz zwischen Gesamtausgaben und Gesamteinnahmen. Die Fälligkeiten von Finanzierungen in Verbindung mit einem Währungstauschvertrag führen nämlich zu einer entsprechenden Budgetverkürzung, da die Refinanzierung pauschal netto veranschlagt wird. Ebenso führen im sonstigen Aufwand, kapitalmarktpolitisch bedingt, nicht budgetierbare Ausgaben und Einnahmen im Zusammenhang mit der Begebung von Kreditoperationen gegenüber dem vorläufigen Erfolg 2006 zu einer entsprechenden Budgetverkürzung. Die Nettoposition im Kapitel 58 steigt im Jahr 2007 gegenüber 2006 um rund 200 Mio. € von 6,9 Mrd. € auf 7,1 Mrd. €. Dabei gehen die Nettoszinsen geringfügig zurück (-54 Mio. €). Die Erhöhung der Nettogetherbarung des sonstigen Aufwandes ist auf ein höheres zum Teil bereits realisiertes Emissionsdisagio bei der Begebung sowie Aufstockungen von Kreditoperationen zurückzuführen.

Kapitel 60 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft

Die Ausgaben des Kapitels 60 sind mit 2.255,8 Mio. € budgetiert. Für die Umsetzung des Grünen Pakts für die Ländliche Entwicklung stehen 2007 565 Mio. € aus dem EU-Budget zur Verfügung und zusätzlich 340 Mio. € aus Bundesmitteln. Für die Beschleunigung des Ausbaus des Hochwasserschutzes sind insgesamt 160 Mio. € budgetiert; das sind um 37 Mio. € mehr als die bisherigen Jahresbeträge bereinigt um die Mittel zur Abgeltung der Schäden auf Grund der Hochwasserkatastrophe 2005. Für die Sanierung und den Ausbau der land- und forstwirtschaftlichen Schulen wurden die Mittel für Investitionen auf 5,9 Mio. € verdoppelt.

Kapitel 61 Umwelt

Die Ausgaben im Kapitel 61 steigen von 475,4 Mio. € (2006) auf 574,4 Mio. € (2007). Wesentliche Änderungen gegenüber dem vorl. Erfolg 2006 ergeben sich beim JI/CDM-Programm (+ 36 Mio. €), der Siedlungswasserwirtschaft (+ 22 Mio. €), bei der Altlastensanierung (+ 8 Mio. €), bei der Umweltförderung im Inland und Ausland (+ 21 Mio. €) und bei den Förderungen und Auf-

wendungen für umweltpolitische Maßnahmen (+ 8,7 Mio. €).

Im Bereich der Umwelt sollen zusätzliche Maßnahmen für den Klimaschutz der Erreichung des Kyoto-Zieles dienen. Zu diesem Zwecke sind gegenüber 2006 Mehrausgaben bei der Umweltförderung im Inland vorgesehen. Mit diesen Mitteln sollen verstärkt erneuerbare Energieträger gefördert werden. Weitere Mehrausgaben betreffen das österreichische JI/CDM-Programm gemäß den Bestimmungen des Umweltförderungsgesetzes. Damit werden zur Erreichung des österreichischen CO₂-Reduktionszieles Emissionszertifikate aus Projekten, die zur Vermeidung oder Verringerung von Treibhausgasemissionen führen, angekauft. Darüber hinaus werden auch im Bereich der umweltpolitischen Maßnahmen verstärkt klimarelevante Projekte gefördert. Hier wurde mit dem Programm „Klima aktiv: mobil“ eine neue Förderrichtlinie geschaffen. Ziel dieser Richtlinie ist die Vermeidung oder Verringerung von klimarelevanten Gasen im Verkehrs- und Transportbereich.

In der Siedlungswasserwirtschaft können bis zum Jahr 2008 jährlich Förderungen in Höhe von 218 Mio. € zugesagt werden. Dieser Förderungen werden primär als Annuitätenzuschüsse über einen Zeitraum von 25 Jahren gewährt. Gegenüber dem Erfolg 2006 ergeben sich aus den bestehenden Verpflichtungen sowie den Neuzusagen Mehrausgaben von 22 Mio. €. In der Altlastensanierung wird gegenüber dem Erfolg 2006 ein um 8 Mio. € höheres Aufkommen an Altlastenbeiträgen erwartet. Dadurch erhöhen sich auch im selben Ausmaß die Ausgaben für Deponiesanierungsmaßnahmen.

Kapitel 63 Wirtschaft und Arbeit

Das Budget des Kapitels 63 Wirtschaft und Arbeit wird bestimmt durch die Gebarung der Arbeitslosenversicherung. Die Ausgaben im Bereich der Arbeitslosenversicherung (zweckgebundene Gebarung, VA-Titel 1/635) betragen 2006 rund 4,91 Mrd. €. Die Prognose der Ausgaben der Arbeitslosenversicherung zeigt für 2007 einen Rückgang der Ausgaben auf rund 4,78 Mrd. €, infolge des deutlichen Rückgangs der Arbeitslosenquote. Die Mittel für die arbeitsmarktpolitischen Förderungen (VA-Ansatz 1/63516) bleiben konstant am Niveau vom Erfolg 2006 (806,2 Mio. €). Die Leistungen nach dem ALVG gehen entsprechend der Arbeitslosen-

quote zurück. Die Überweisungen an das AMS (VA-Ansatz 1/63578) steigen geringfügig von 287,9 Mio. € auf 299,4 Mio. €.

Aus derzeitiger Sicht ist aufgrund der konjunkturellen Lage im Jahr 2007 in der zweckgebundenen Gebarung der Arbeitsmarktpolitik mit einem Abgang in Höhe von 183,6 Mio. € zu rechnen, welcher aus Mitteln des allgemeinen Haushaltes zu finanzieren ist.

Die Leistungen der Arbeitslosenversicherung werden zum allergrößten Teil über die Arbeitslosenversicherungsbeiträge finanziert. Die Gebietskörperschaften leisten kleinere Beiträge. Allfällige Fehlbeträge sind vom allgemeinen Haushalt des Bundes zu finanzieren. Sie sind zur Gänze zweckgebunden. Im BVA-E 2007 machen die zweckgebundenen Einnahmen der Arbeitslosenversicherung rund 4,77 Mrd. € aus. Davon entfallen rund 4,57 Mrd. € auf die Versicherungsbeiträge und rund 0,18 Mrd. € auf den Bundesbeitrag (Abgangsdeckung). Die Beitragseinnahmen 2007 liegen konjunkturell bedingt um 173 Mio. € über jenen des Vorjahres.

Mehr Mittel stehen auch für die Technologie- und Forschungsförderung zur Verfügung.

Kapitel 65 Verkehr, Innovation und Technologie

Die Ausgaben im Kapitel 65 erhöhen sich von 2.428,9 Mio. € (2006) auf 2.511,8 Mio. € (2007). Aus den F&E-Sondermitteln sind 135 Mio. € direkt im Kapitel 65 budgetiert. Weitere Mittel für F&E finden sich in der Pauschalvorsorge (Kapitel 51). Die Mittel zum Ausbau der Infrastruktur der ÖBB wurden um rund 50 Mio. € erhöht. Die Verkehrsverbände erhalten 2007 zusätzliche Mittel in Höhe von 14 Mio. €. Für den Ausbau der Donau sind im Rahmen des Nationalen Aktionsplans Donauschiffahrt (NAP) Zusatzmittel vorgesehen. Der NAP ist ein wesentliches Projekt zur Attraktivierung des Schiffsverkehrs auf der Donau. Die geplanten Fördermaßnahmen reichen von einer Verbesserung der Schifffahrtsrinne über eine Entwicklung und Implementierung eines Schifffahrtsinformations- und Managementsystems bis hin zu einem verstärkten Ausbau der Häfen zu Dienstleistungszentren.

4.2 BVA-E 2008

Im BVA-E 2008 sind gegenüber dem BVA-E 2007 folgende wesentlich Veränderungen zu verzeichnen:

Kapitel 10 Bundeskanzleramt

Die Ausgaben im Kapitel 10 gehen 2008 geringfügig zurück. Insbesondere die EFRE-Zahlungen verringern sich (-11,2 Mio. €). Weiters fallen die Kosten für die Bewerbung um die Olympischen Winterspiele 2014 (1,6 Mio. €) weg.

Wie im BVA-E 2007 sind auch 2008 Überschreitungsermächtigungen für die Fußball-Europameisterschaft 2008 (15 Mio. € Investitionsförderung, 9 Mio. € Begleitprogramm) sowie für den Bau des Stadions St. Pölten (3 Mio. €) vorgesehen.

Kapitel 11 Inneres

Die Gesamtausgaben für das Kapitel „Inneres“ werden gegenüber dem BVA 2007 geringfügig auf 2.142,9 Mio. € gesenkt (2007: 2.151,6 Mio. €). Gegenüber dem Erfolg 2006 (2.132,3 Mio. €) stellt dies jedoch eine deutliche Steigerung dar, insbesondere unter Berücksichtigung der im Sachaufwandserfolg 2006 enthaltenen Einmal-effekte im Ausmaß von ca. 63 Mio. €.

Hervorzuheben sind die Investitionen in den weiteren Ausbau des Digitalfunknetzes für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (25 Mio. € gegenüber 2006), die zusätzlichen Mittel für Instandhaltungen und Ausstattungsverbesserungen bei den Polizeiinspektionen (ca. 7 Mio. €) sowie die zusätzlichen Mittel für IT-Projekte zur Umsetzung internationaler Verpflichtungen wie Prümer Vertrag und Schengener Informationssystem (ca. 1,6 Mio. €).

Kapitel 12 Unterricht und Kultur

Die Gesamtausgaben für Kapitel 12 Unterricht und Kultur erhöhen sich von 6.634,4 Mio. € (2007) auf 6.729,6 Mio. € (2008). Die Gesamteinnahmen erhöhen sich geringfügig von 73,44 Mio. € auf 74,43 Mio. €.

Für die im Regierungsabkommen beschlossene Bildungsoffensive im Schulwesen stehen für 2008 145 Mio. € zur Verfügung. Die Basisabgeltung der Bundes-

museen wird um 6 Mio. € erhöht, von 90,5 Mio. € auf 96,5 Mio. €.

Kapitel 13 Kunst

Die Gesamtausgaben im Kapitel 13 steigen von 228,4 Mio. € (2007) auf 231,9 Mio. € (2008). Die Basisabgeltung der Bundestheater wird 2008 um 5 Mio. € erhöht, von 134 Mio. € auf 139 Mio. €. Der Bundesbeitrag zum Projekt „Linz Kulturhauptstadt Europas 2009“ beträgt 6 Mio. €. Für Zahlungen an das Österreichische Filminstitut sind 12,6 Mio. € veranschlagt.

Kapitel 14 Wissenschaft u. Forschung

Die Gesamtausgaben im Kapitel 14 Wissenschaft und Forschung steigen von 3.501,8 Mio. € (2007) auf 3.538,8 Mio. € (2008). Die Gesamteinnahmen sinken von 633,0 Mio. € (2007) auf 617,2 Mio. € (2008).

Die ausgegliederten Universitäten erhalten 2008 insgesamt 2.244,5 Mio. €. Das sind um rund 25 Mio. € mehr als 2007. Für die Umsetzung der Generalsanierungsoffensive sind dabei 10,5 Mio. € vorgesehen. Dazu kommen wie bisher Mittel aus der Hochschulraumbeschaffung in Höhe von 45,6 Mio. € sowie F&E Sondermittel (Bsp. Infrastruktur), die den Universitäten direkt zufließen. Die Klinikaufwendungen erhöhen sich von 52,2 Mio. € (2007) auf 66,7 Mio. € (2008). Die Ausgaben für Hochschulische Einrichtungen betragen für 2008 239,8 Mio. €, um rund 4 Mio. € mehr als 2007. Die Fachhochschulen (Fachhochschulentwicklungs-

plan III) erhalten 2008 169,9 Mio. €, um 6,3 Mio. € mehr als 2007. Die Überschreitungsermächtigung beträgt 2008 18,8 Mio. €. Für die Studienförderung wurde 2008 um 5,9 Mio. € mehr budgetiert als 2006, insgesamt stehen damit 2008 182,5 Mio. € zur Verfügung (v.a. für Studienbeihilfen u. Stundenzuschüsse).

Im Budget des Kapitels 14 stehen für das Jahr 2008 insgesamt 90 Mio. € aus F&E Sondermitteln zur Verfügung. Bei den Ämtern der Universitäten verringert sich der Personalaufwand von 609,4 Mio. € 2007 auf 591,4 Mio. € 2008.

Kapitel 15 Soziales und Konsumentenschutz

Im Kapitel 15 Soziale Sicherheit steigen die Ausgaben von 2.006,9 Mio. € (BVA-E 2007) auf 2.061,0 Mio. €. Der Anstieg ergibt sich vor allem aus dem Mehraufwand bei den Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz auf Grund der demographischen Entwicklung der Leistungsbezieher (+ 62,0 Mio. €). Mehr Mittel sind vorgesehen bei den arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen für Behinderte (+ 2,0 Mio. €). Die Versorgungsgebühren sind auf Grund des Rückgangs der Zahl der Versorgungsberechtigten rückläufig (- 8,6 Mio. €).

Kapitel 16 Sozialversicherung

Die Ausgaben erhöhen sich gegenüber dem BVA-E 2007 um 219,3 Mio. €, das entspricht einer Steigerung um 2,9%. Die Kosten der Pensionserhöhung 2008 in Höhe von 1,7%, einschließlich einer Erhöhung der Aus-

Tabelle 5 Gegenüberstellung BVA-E 2008 mit BVA-E 2007 - Ausgaben
in Mio. € (Rundungsdifferenzen)

	2007 BVA-E	2008 BVA-E	Unterschied
Kap.01-06 Oberste Organe	180,3	176,1	-4,2
Kap. 10 Bundeskanzleramt	442,4	429,5	-12,9
hievon regional- und strukturpolit. Maßnahmen	144,3	133,1	-11,2
Kap. 11 Inneres	2.151,6	2.142,9	-8,7
hievon Sicherheitsexekutive	1.481,0	1.489,4	8,5
Kap. 12 Unterricht und Kultur	6.634,4	6.729,6	95,2
hievon Zahlungen für Landeslehrer (Aktive)	3.079,3	3.141,2	61,9
Zahlungen an die BIG	331,1	313,0	-18,2
Kap. 13 Kunst	228,4	231,9	3,5

Kap. 14 Wissenschaft und Forschung	3.501,8	3.538,8	37,0
hievon Universitäten	2.219,0	2.244,5	25,4
Ämter der Universitäten (Budgetverlängerung)	52,2	66,7	14,5
Fachhochschulen	163,6	169,9	6,4
Kap. 15 Soziales und Konsumentenschutz	2.006,8	2.060,9	54,1
hievon Pflegegeld	1.533,0	1.595,0	62,0
Kap. 16 Sozialversicherung	7.450,3	7.669,6	219,3
hievon Bundesbeitrag an Pensionsversicherungsanstalten	6.466,5	6.672,6	206,1
Ausgleichszulagen	940,9	952,3	11,4
Kap. 17 Gesundheit	665,4	679,1	13,7
hievon Zweckzuschüsse nach Krankenanstaltengesetz	431,7	442,1	10,3
Kap. 19 Familie und Jugend	5.961,4	6.024,3	62,9
hievon Leistungen des Ausgleichsfonds f.Familienbeihilfen	5.529,7	5.642,8	113,1
Kap. 20 Äußeres	388,1	388,1	-0,0
Kap. 30 Justiz	1.040,8	1.052,8	12,1
Kap. 40 Militärische Angelegenheiten	2.250,3	2.037,4	-212,9
Kap. 50 Finanzverwaltung	1.869,7	1.872,1	2,5
Kap. 51 Kassenverwaltung	788,7	1.121,3	332,6
hievon Pauschalvorsorge	498,0	823,2	325,1
Kap. 52 Öffentliche Abgaben	2,6	2,6	0,0
Kap. 53 Finanzausgleich	4.647,0	4.855,4	208,4
hievon Katastrophen-Fonds	301,5	319,1	17,6
Bedarfszuweisung an Länder	1.145,2	1.309,7	164,5
Kap. 54 Bundesvermögen	1.046,6	1.026,2	-20,4
hievon Haftungen	741,2	722,1	-19,1
Kap. 55 Pensionen	7.187,3	7.337,3	150,0
hievon Pensionen für Hoheitsverwaltung (UT 0)	3.078,0	3.136,5	58,5
Pensionen für Landeslehrer	941,7	952,5	10,9
Pensionen - ÖBB (ohne Pflegegeld)	1.867,8	1.932,1	64,3
Pensionen - Post (ohne Pflegegeld)	1.142,0	1.149,9	7,9
Kap. 58 Finanzierungen, Währungstauschverträge	10.250,1	9.802,5	-447,6
Kap. 60 Land-, Forst- u. Wasserwirtschaft	2.255,8	2.257,8	2,0
hievon Marktordnungsmaßnahmen	1.696,8	1.698,4	1,6
Kap. 61 Umwelt	574,4	601,6	27,2
hievon Siedlungswasserwirtschaft	312,9	323,7	10,9
Kap. 63 Wirtschaft und Arbeit	5.537,7	5.238,1	-299,6
hievon Arbeitsmarktpolitik I + II	4.891,3	4.769,8	-121,4
Leistungen nach dem AIVG	3.535,9	3.407,1	-128,8
Kap. 65 Verkehr, Innovation und Technologie	2.511,8	2.592,8	81,0
hievon Eisenbahninfrastruktur	1.065,8	1.078,3	12,5
Gesamtausgaben	69.573,8	69.868,9	295,0

Quelle: Bundesministerium für Finanzen

Tabelle 6 Gegenüberstellung des BVA-E 2008 mit BVA-E 2007 - Einnahmen
in Mio. € (Rundungsdifferenzen)

	2007 BVA-E	2008 BVA-E	Unterschied
Kap. 52 Öffentliche Abgaben			
Bruttoeinnahmen	63.183,0	65.880,0	2.697,0
Ab-Überweisungen			
Länder, Gemeinden, Fonds etc.	-18.577,8	-19.340,6	-762,8
EU-Beitrag	-2.400,0	-2.500,0	-100,0
Öffentliche Abgaben-Netto	42.205,2	44.039,4	1.834,2
Sonstige Einnahmen			
Arbeitslosenversicherung	4.574,9	4.667,8	92,8
Sozialversicherung (Kapitel 16)	17,0	18,0	1,0
Einnahmen des FLAF (2/193)	5.529,7	5.642,8	113,1
hievon Dienstgeberbeiträge	3.850,5	3.985,3	134,8
Gerichtsgebühren	623,5	635,9	12,4
Ersätze der Ämter der Universitäten	609,3	591,3	-18,0
Ersätze der Post- u. Telekom AG:			
für Aktive	843,5	832,5	-11,0
für Pensionen	184,6	176,1	-8,5
Ersätze der ÖBB für Pensionen	438,4	441,2	2,8
Pensionsbeiträge von Unternehmen mit Bundesbediensteten	113,6	111,1	-2,5
Rücklagenentnahmen	559,5	490,4	-69,1
EU-Rückflüsse	1.652,6	1.622,7	-29,9
Einnahmen aus Kassenbewirtschaftung (Kap. 51)	359,8	355,3	-4,5
Siedlungswasserwirtschaft	286,8	294,3	7,5
Dotierung d. Kat.Fonds	301,5	319,1	17,6
OeNB-Gewinnabfuhr	124,7	194,2	69,5
Veräußerungserlöse aus Liegenschaften	109,8	80,7	-29,1
Einnahmen aus Haftungen (2/547)	739,4	732,0	-7,5
Pensionsbeiträge, Pensionssicherungsbeiträge, Überw. von PV-Trägern	699,1	703,7	4,7
Finanzschulden und Währungstauschverträge	3.105,5	2.797,5	-308,0
Einnahmen aus Kapitalbeteiligungen (ÖIAG, etc)	330,8	310,8	-20,0
Fernmeldebehördliche Gebühren (Kap. 65)	26,3	26,3	0,0
Übrige Einnahmen	2.276,4	1.826,2	-450,2
Summe Sonstige Einnahmen	23.506,9	22.869,9	-637,0
Gesamteinnahmen	65.712,0	66.909,2	1.197,2

Quelle: Bundesministerium für Finanzen

gleichszulagen-Richtsätze im Ausmaß der Pensionserhöhung belaufen sich in der gesetzlichen Pensionsversicherung auf rund 420 Mio. €.

Kapitel 17 Gesundheit

Im Kapitel 17 Gesundheit steigen die Ausgaben von 665,4 Mio. € auf 679,1 Mio. €. Insbesondere erhöhen sich die Mittel nach dem Bundesgesetz über Krankenanstalten und Kuranstalten in Folge eines zu erwartenden höheren Umsatzsteuer-Aufkommens (10,3 Mio. €). Die Basiszuwendung für die AGES wird um 2,4 Mio. € erhöht. Ebenso steigen die Mittel für die Gesundheitsvorsorge geringfügig um 1 Mio. €.

Kapitel 19 Familie und Jugend

Wesentliche Änderungen gegenüber dem BVA-E 2007 ergeben sich bei den Familienbeihilfen (+36,4 Mio. €) durch eine Erhöhung des Zuschlages für das 3. und jedes weitere Kind sowie einer Anhebung der Einkommensgrenze für den Mehrkindzuschlag. Durch die Flexibilisierung und die Erhöhung der Zuverdienstgrenze beim Kinderbetreuungsgeld für Geburten ab 1.1.2008 ergeben sich Mehraufwendungen von 57 Mio. €. Die Valorisierung der Beitragsgrundlage für die Kindererziehungszeiten in der Pensionsversicherung führt zu Mehraufwendungen von 11 Mio. €. Der Abgang des Familienlastenausgleichsfonds und damit auch die Zahlung an die Reservefonds ist aufgrund höherer Einnahmen um 50 Mio. € geringer veranschlagt.

Kapitel 20 Äußeres

Die Ausgaben des Kapitel 20 Äußeres sind im BVA-E 2008 mit 388,1 Mio. € gleich hoch budgetiert wie im BVA-E 2007.

Kapitel 30 Justiz

Die Ausgaben im Kapitel 30 sind für das Jahr 2008 mit 1.052,8 Mio. € veranschlagt, was gegenüber dem BVA-E 2007 einen geringfügigen Anstieg um rund 12 Mio. € bedeutet. Die Schwerpunkte, die für das Jahr 2007 gesetzt werden, werden auch im Jahr 2008 weiter verfolgt werden. Dies betrifft insbesondere die Bereitstellung weiterer Mittel für die Vereine für Sachwalterschaft,

die ausreichende Vorsorge für die Opferhilfeeinrichtungen für die vermehrte Inanspruchnahme der Prozessbegleitung, die Sicherstellung der medizinischen Versorgung der Haftinsassen und zusätzliche Mittel für Instandhaltungen, bauliche Verbesserungen und Erweiterungen bei den im Bundeseigentum stehenden Justizanstalten.

Kapitel 40 Militärische Angelegenheiten

Die Ausgaben im Kapitel 40 sind für das Jahr 2008 mit 2.037,4 Mio. € veranschlagt. Mit diesen Mitteln kann die während des Zeitraums 2005 bis 2012 umzusetzende Heeresreform weitergeführt werden sowie die anteiligen Kaufpreiszahlungen und Betriebskosten für den Eurofighter bezahlt werden. Darüber hinaus ist der Aufbau und die Ausstattung jener Truppeneinheiten für Auslandseinsätze, zu denen sich Österreich gegenüber der Europäischen Union im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik verpflichtet hat, im erforderlichen Ausmaß möglich.

Kapitel 50 Finanzverwaltung

Im Kapitel 50 Finanzverwaltung sind für das Jahr 2008 1.872,1 Mio. € veranschlagt. Das bedeutet gegenüber dem BVA-E 2007 ein geringfügiger Anstieg von 2,4 Mio. € oder 0,1%.

Kapitel 51 Kassenverwaltung

Wie im BVA-E 2007 sind auch im BVA-E 2008 im Kapitel 51 in der Pauschalvorsorge Mittel für Offensiv-Programme der Bundesregierung reserviert und zwar im folgenden Ausmaß:

- F&E: 100 Mio. €
- Soziale Absicherung: 137 Mio. €
- Infrastruktur: 120 Mio. €

Kapitel 52 Öffentliche Abgaben

Im Kapitel 52 werden 2008 Brutto-Steuerereinnahmen in Höhe von rund 65,9 Mrd. € erwartet. Nettomäßig ist im Kapitel 52 mit einem Aufkommen von rund 44,0 Mrd. € zu rechnen. In der Bruttorechnung bedeutet dies gegenüber dem BVA-E 2007 ein Mehr von rund 2,7 Mrd. € und nettomäßig von rund 1,8 Mrd. €.

Die größten Zunahmen werden erwartet bei der Lohnsteuer (+1,0 Mrd. €), bei der Umsatzsteuer (+0,8 Mrd. €) und bei der Körperschaftsteuer (+0,4 Mrd. €). Die Einkommensteuer soll ebenso wie die Mineralölsteuer um je 0,15 Mrd. € steigen.

Die meisten großen Steuern sind gemeinschaftliche Bundesabgaben, d.h. sie werden zwischen Bund, Ländern und Gemeinden geteilt. Bei einigen Abgaben (Einkommensteuern i.w.S., Umsatzsteuer) sind auch verschiedene Fonds oder Sozialversicherungsträger am Aufkommen beteiligt.

Die Ertragsanteile an Länder und Gemeinden steigen von rund 15,1 Mrd. € (2007) auf 15,7 Mrd. € (2008). Für die Beihilfen gemäß Gesundheits- und Sozialbereichs-Beihilfengesetz (GSBG) werden Aufwendungen in Höhe von rund 1,7 Mrd. € erwartet. Für die Beiträge an den EU-Haushalt (Kapitel 52) wird derzeit von einem Beitrag in Höhe von 2,5 Mrd. € ausgegangen.

Kapitel 53 Finanzausgleich

Die Ausgaben im Kapitel 53 „Finanzausgleich“ steigen 2008 um rd. 208 Mio. €, wofür primär die Steigerungen bei den von den Abgabeneinnahmen abhängigen Transfers an die Länder und Gemeinden verantwortlich sind. Diese entwickeln sich parallel zu den in Kapitel 52 veranschlagten Einnahmen, wobei die Bedarfszuweisungen an die Länder mit +164 Mio. € die größte Position bilden.

Kapitel 54 Bundesvermögen

2008 gehen die Ausgaben des Kapitel 54 verglichen mit dem BVA-E 2007 geringfügig zurück (-20,4 Mio. €), vor allem die Abgeltungen an Donaukraftwerke sinken von 18,5 Mio. € (2007) auf 7,6 Mio. € (2008). Die Einnahmen steigen geringfügig um rund 26 Mio. €. Insbesondere wird bei den Dividenden der OeNB ein Anstieg erwartet.

Kapitel 55 Pensionen

Im Kapitel 55 ist 2008 gegenüber dem BVA-E 2007 mit einem Mehraufwand von rund 150 Mio. € zu rechnen. Die Ausgaben für Pensionen der Hoheitsverwaltung steigen dabei um 59 Mio. € oder um 1,9%. Insgesamt sind für die Pensionen der Hoheitsverwaltung des Bun-

des (UT 0) im Jahr 2008 3.136,5 Mio. € veranschlagt. Für die Pensionen der Österreichischen Bundesbahnen sind im Jahr 2008 1.992,4 Mio. € budgetiert. Dies entspricht einem Anstieg von 68,5 Mio. € oder 3,5%. Die Ausgaben für die Pensionen der Post steigen geringfügig auf 1.180,9 Mio. €. Die Ausgaben für die Pensionen der Landeslehrer steigen von 958,5 Mio. € (BVA-E 2007) auf 970,7 Mio. € (BVA-E 2008).

Die beschlossenen Pensionsreformen wirken dämpfend auf die Dynamik des Pensionsaufwandes. Der BVA-E 2008 geht von einer Pensionsanpassung in Höhe der Inflationsrate aus und von einem Fixbetrag für höhere Pensionen.

Kapitel 58 Finanzierungen, Währungstauschverträge

Der Nettobetrag liegt 2008 unter dem Wert von 2007 (-140 Mio. €). 105 Mio. € entfallen davon auf die Nettozinsen. Die Reduktion der Nettozinsen ist auf die geringeren prognostizierten Refinanzierungszinssätze für fällige Kreditoperationen zurückzuführen, wie bereits im Jahr 2007. Im sonstigen Aufwand führt ein geringerer Budgetabgang und den damit verbundenen geringeren Begebungskosten zu einer Reduktion der Nettogebahrung des sonstigen Aufwandes (- 35 Mio. €).

Kapitel 60 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft

Die Ausgaben bleiben gegenüber dem Bundesvoranschlagsentwurf 2007 in etwa gleich; geringeren Strukturfondszahlungen stehen diverse Erhöhungen z.B. der Zahlungen für die Agentur für Ernährungssicherheit gegenüber.

Kapitel 61 Umwelt

Auch 2007 werden die Mittel für das Kapitel 61 deutlich angehoben (+ 27,2 Mio. € gegenüber 2007). Wesentliche Änderungen gegenüber dem BVA-E 2007 ergeben sich bei der Siedlungswasserwirtschaft (+ 11 Mio. €), bei der Umweltförderung im Inland und im Ausland (+ 6 Mio. €) und beim JI/CDM-Programm (+ 10 Mio. €).

Eines der Hauptziele der Umweltpolitik ist weiterhin die Erreichung des Kyoto-Zieles. Die Umsetzung soll durch zusätzliche Maßnahmen für den Klimaschutz erfolgen. Gegenüber dem BVA-E 2007 sind Mehrausgaben bei der Umweltförderung im Inland

und dem JI/CDM-Programm vorgesehen. In der Siedlungswasserwirtschaft können bis zum Jahr 2008 jährlich Förderungen in Höhe von 218 Mio. € zugesagt werden. Dieser Förderungen werden primär als Annuitätzuschüsse über einen Zeitraum von 25 Jahren gewährt. Gegenüber dem BVA-E 2007 ergeben sich aus den bestehenden Verpflichtungen sowie den Neuzusagen Mehrausgaben von 11 Mio. €.

Kapitel 63 Wirtschaft und Arbeit

Gemäß den aktuellen Wirtschaftsprognosen verbessert sich 2008 die Situation am Arbeitsmarkt erneut. Dementsprechend ergeben die Prognosen in der Gebarung Arbeitsmarktpolitik Verbesserungen gegenüber dem BVA-E 2007. Die Leistungen nach der ALVG gehen zurück, von rund 3,5 Mrd. € (2007) auf rund 3,4 Mrd. € (2008). Die Mittel für die arbeitsmarktpolitischen Förderungen steigen geringfügig. Auch der Verwaltungskostenersatz für das AMS steigt geringfügig. Auf der Einnahmenseite steigen die Einnahmen aus den ALV-Beiträgen. Die zweckgebundenen Einnahmen sind 2008 gleich hoch wie die Ausgaben, sodass für 2008 keine Abgangsdeckung aus dem allgemeinen Budget erforderlich sein sollte.

Kapitel 65 Verkehr, Innovation und Technologie

Die budgetierten Ausgaben im Kapitel 65 steigen von 2.511,8 Mio. € (2007) auf 2.592,8 Mio. € (2008). Die Mittel für Gemeinwirtschaftliche Leistungen steigen um 58 Mio. €. Auch die Mittel für die ÖBB-Infrastruktur werden angehoben.

4.3 Budget 2006 – Vorläufiger Erfolg

Das Budget 2006 wurde von der Bundesregierung bereits im Herbst 2004 gemeinsam mit dem Budget 2005 konzipiert. Im Nationalrat wurde es im Frühjahr 2005 beschlossen. Der BVA 2006 sah im allgemeinen Haushalt Ausgaben von 66,2 Mrd. €, Einnahmen von 60,4 Mrd. € und ein administratives Defizit von 5,8 Mrd. € oder 2,3% des Bruttoinlandsprodukts vor.

Der vorläufige Erfolg weist in administrativer Rechnung im allgemeinen Haushalt Ausgaben von 70,5 Mrd. €, Einnahmen von 66,1 Mrd. € und ein administratives Defizit von 4,4 Mrd. € oder 1,7% des Bruttoinlandsprodukts aus. Das Nettodefizit in administrativer Rechnung fiel somit um rund 1,4 Mrd. € günstiger aus als veranschlagt.

In Darstellung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung betrug das Maastricht-Defizit des Bundes nach vorläufigen Berechnungen des Finanzministeriums rund 3,8 Mrd. € oder 1,5% des Bruttoinlandsprodukts.

Im Vergleich zum Voranschlag wurden die Ausgaben um rund 4,3 Mrd. € und die Einnahmen um rund 5,7 Mrd. € überschritten. Allerdings sind diese Überschreitungen zum Großteil auf verrechnungstechnische „Budgetverlängerungen“ zurückzuführen, das sind solche Transaktionen, die zwar die Ausgaben- und die Einnahmensumme erhöhen, aber den Budgetsaldo nicht verändern und damit zu keiner Verschlechterung der Budgetstruktur führten. Dazu zählen insbesondere die Mehrausgaben und -einnahmen im Kapitel 58 im Zusammenhang mit Finanzierungen und Währungstauschverträge, der Großteil der Abrechnungen aus Vorjahren im Kapitel 16 (Sozialversicherung), die Abgangsdeckungen im Familienlastenausgleichsfonds und in der Arbeitslosengebarung sowie EU-Rückflüsse.

Große Abweichungen betreffen auch die Rücklagegebarung. 2006 wurden rund 1,1 Mrd. € den Rücklagen zugeführt, die künftigen Finanzjahren zugute kommen. Umgekehrt wurden 650 Mio. € mehr den Rücklagen entnommen als budgetiert war.

Ohne die Budgetverlängerungen und die Rücklagegebarung stiegen die Gesamtausgaben nur um 0,9 Mrd. € und die Gesamteinnahmen erhöhten sich um 2,3 Mrd. €. Diese Überschreitungen auf der Ausgabenseite sind zum Großteil auf nach dem Budgetbeschluss gesetzte Maßnahmen oder auf exogene Faktoren zurückzuführen. Innerhalb der nach dem Budgetbeschluss gesetzten Maßnahmen haben vor allem die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen im Rahmen der im Herbst 2005 von der Bundesregierung beschlossenen Beschäftigungsoffensive (rund 0,2 Mrd. €), die Erfordernisse für Personalkostenersätze für Landeslehrer (263 Mio. €), die Mittel für die Beseitigung der Schäden aus der Hochwasserkatastrophe 2005 (136 Mio. €) und die Auf-

stockung der Mittel für Hochwasserschutzbauten (60 Mio. €) beigetragen.

Einsparungen gegenüber dem Voranschlag wurden insbesondere aufgrund der Ausgabenbindung bei bestimmten Ermessensausgaben im Ausmaß von rund 3% oder rund 200 Mio. € erzielt. Die Personalausgaben (UT 0), die sich aus dem Aktivitätsaufwand und dem Pensionsaufwand zusammensetzen, entsprechen per Saldo dem Voranschlag. Der Aktivitätsaufwand wurde dabei geringfügig überschritten (rund 0,2 Mrd. €); der Pensionsaufwand wurde in etwa gleicher Höhe unterschritten v.a. als Folge der moderaten Erhöhung der Pensionen des öffentlichen Dienstes. Darüber hinaus gab es eine Reihe von Mehrausgaben und Minderausgaben, die sich gegenseitig in etwa kompensieren.

Die Verbesserung auf der Einnahmenseite (ohne Budgetverlängerungen und Rücklagengebarung) ist zum Großteil auf die günstigere Konjunktur-entwick-

lung (stärkeres Konsumwachstum, höhere gesamtwirtschaftliche Lohnsumme, höhere Gewinne) zurückzuführen. Die öffentlichen Abgaben (Kapitel 52) liegen brutto um fast 2,1 Mrd. € über dem Voranschlag, netto, d.h. nach Berücksichtigung der Ertragsanteile und sonstigen Ab-Überweisungen um fast 1,6 Mrd. € über dem Voranschlag.

Ebenso wie die Abgaben fielen auch die ALV-Beiträge (+71 Mio. €) und die DG-Beiträge zum Familienlastenausgleichsfonds (+ 26 Mio. €) etwas günstiger als budgetiert aus. Mehreinnahmen gab es insbesondere auch bei den Dividenden (ÖIAG: + 25 Mio. €; E-Wirtschaft: +47 Mio. €, OeNB: + 118 Mio. €), den Einnahmen aus Veräußerungen (+ 113 Mio. €), dem Fruchtgenuss der ASFINAG (+64 Mio. €) und bei Kassenoperationen (Kapitel 51) in Höhe von 219 Mio. €.

Nach Budgetkapiteln gegliedert zeigen die Abweichungen gegenüber dem Voranschlag folgendes Bild:

Tabelle 7 Vorläufiger Gebarungserfolg 2006 - Ausgaben
in Mio. € (Rundungsdifferenzen)

	2006 BVA vorl.	2006 Erfolg	Abw. vom BVA 2006
Kap. 01-06 Oberste Organe	168,4	176,9	8,5
Kap. 10 Bundeskanzleramt	397,7	440,5	42,8
Kap. 11 Inneres	1.884,8	2.132,3	247,5
Kap. 12 Bildung und Kultur	6.023,3	6.400,6	377,3
hievon Zahlungen für Landeslehrer (Aktive)	2.688,5	2.951,0	262,5
Kap. 13 Kunst	226,1	227,0	0,9
Kap. 14 Wissenschaft	3.081,0	3.324,5	243,5
hievon Universitäten	1.724,6	1.779,2	54,6
Klinischer Mehraufwand	131,9	180,1	48,2
Studienförderung	146,6	176,6	30,0
F u. E	0,0	93,1	93,1
Kap. 15 Soziale Sicherheit	1.878,0	1.940,7	62,7
hievon Pflegegeld	1.403,6	1.473,6	70,0
Kap. 16 Sozialversicherung	7.086,2	7.354,2	268,1
hievon Bundesbeiträge an Pensionsversicherungsanstalten	6.187,4	6.439,1	251,7
Ausgleichszulagen	840,7	856,9	16,3
Kap. 17 Gesundheit und Frauen	628,6	635,9	7,3
hievon Zuschuss für Krankenanstalten	411,2	427,4	16,2

Kap. 19 Familie, Generationen, Konsumentenschutz	5.782,9	5.891,7	108,8
hievon Leistungen des Ausgleichsfonds f.Familienbeihilfen	5.325,6	5.407,0	81,4
hievon Familienbeihilfen	2.919,6	2.954,0	34,4
Kinderbetreuungsgeld	1.020,2	1.066,1	45,9
Kap. 20 Äußeres	388,0	397,7	9,7
Kap. 30 Justiz	975,9	998,7	22,8
Kap. 40 Militärische Angelegenheiten	1.810,0	1.733,1	-76,9
Kap. 50 Finanzverwaltung	1.980,3	1.808,9	-171,4
hievon Zoll- und Abgabenverwaltung	626,8	585,7	-41,1
Ämter gem. Poststrukturgesetz	883,3	843,3	-40,0
Schuldenerleichterungen	107,0	35,7	-71,3
Kap. 51 Kassenverwaltung	1.013,6	1.378,1	364,5
hievon Rücklagenzuführung	5,2	1.077,8	1.072,6
Pauschalvorsorge	734,3	0,0	-734,3
Kap.52 Öffentliche Abgaben	2,3	2,6	0,3
Kap. 53 Finanzausgleich	4.341,2	4.554,9	213,6
hievon Bedarfszuweisung an die Länder	924,6	1.001,6	76,9
Zahlungen gem. HWG 2005	0,0	136,0	136,0
Kap. 54 Bundesvermögen	1.134,5	1.282,3	147,8
hievon für Haftungsübernahmen (AFG, AFFG ua.)	890,4	955,6	65,2
Kap. 55 Pensionen	7.283,9	7.039,0	-244,9
hievon Pensionen für Hoheitsverwaltung (UT 0)	3.208,9	3.008,1	-200,8
Pensionen für Landeslehrer	957,2	933,1	-24,1
Pensionen - ÖBB (ohne Pflegegeld)	1.790,6	1.813,7	23,1
Pensionen - Post (ohne Pflegegeld)	1.161,7	1.139,3	-22,5
Kap. 58 Finanzierungen, Währungstauschverträge	9.365,2	11.608,8	2.243,6
Kap. 60 Land-, Forst- u. Wasserwirtschaft	2.113,6	2.318,8	205,2
hievon Marktordnungsmaßnahmen	1.560,3	1.694,3	134,0
Kap. 61 Umwelt	559,5	475,4	-84,1
Kap. 63 Wirtschaft und Arbeit	5.721,8	5.967,7	245,8
hievon Leistungen nach dem AIVG und KGG	3.755,4	3.683,8	-71,6
sonstige Leistungen im Rahmen der AMP I+II	1.132,6	1.350,5	217,9
Bundesbeitrag zur Arbeitsmarktpolitik	415,7	476,7	61,0
Wirtschaftsförderungen	79,3	110,0	30,7
Kap. 65 Verkehr, Innovation und Technologie	2.325,2	2.428,9	103,7
hievon F u. E	0,0	123,0	123,0
Eisenbahninfrastruktur	1.022,5	985,2	-37,3
Gesamtausgaben	66.171,9	70.519,0	4.347,1

Quelle: Bundesministerium für Finanzen

Tabelle 8 Vorläufiger Gebarungserfolg 2006 - Einnahmen
in Mio. € (Rundungsdifferenzen)

	2006 BVA vorl.	2006 Erfolg	Abw. vom BVA 2006
Kap. 52 Öffentliche Abgaben			
Lohnsteuer	17.700,0	18.092,0	392,0
Umsatzsteuer	19.400,0	20.171,1	771,1
Einkommensteuer	2.800,0	2.524,5	-275,5
Körperschaftsteuer	3.800,0	4.833,2	1.033,2
Kapitalertragsteuer auf Zinsen	1.570,0	1.376,4	-193,6
Mineralölsteuer	3.650,0	3.552,7	-97,3
Verkehrssteuern	4.894,0	4.932,9	38,9
Abgabenguthaben	80,0	273,3	193,3
Sonstige Abgaben	4.422,2	4.641,5	219,3
Öffentliche Abgaben-brutto	58.316,2	60.397,7	2.081,5
Ab-Überweisungen: Anteile für Länder, Gemeinden, Fonds etc.	-17.028,5	-17.473,4	-444,9
EU-Beitrag	-2.386,1	-2.470,0	-83,9
Öffentliche Abgaben-netto	38.901,5	40.454,2	1.552,7
Arbeitsmarktpolitik	4.750,1	4.913,4	163,3
hievon Arbeitslosenversicherungsbeiträge	4.331,2	4.402,3	71,1
Bundesbeitrag zur Arbeitsmarktpolitik	415,7	476,7	61,0
Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen	5.325,6	5.407,0	81,4
hievon Dienstgeberbeiträge	3.687,4	3.713,1	25,7
Anteile an öffentl. Abgaben	1.115,8	1.138,8	23,0
Ersatz vom Reservefonds	434,6	465,8	31,1
Gerichtsgebühren	614,4	619,1	4,7
Ersätze d. Universitäten (Bilanzverlängerung)	599,5	641,1	41,6
Bundesbeitrag zur Pensionsversicherung	0,0	291,5	291,5
Lehrlingsausbildungsprämien (Ersatz vom IAF)	75,0	125,2	50,2
Ersätze der Ämter gem. Poststrukturgesetz			
für Aktive	882,4	834,0	-48,4
für Pensionen	185,2	193,5	8,2
Ersätze der ÖBB für Pensionen	453,6	435,6	-18,0
Rücklagenentnahmen und -auflösungen	133,8	783,5	649,7
EU-Rückflüsse (ESF, EFRE, EAGFL)	1.421,5	1.535,8	114,3
Einnahmen aus Kassenbewirtschaftung	96,6	316,1	219,5
Siedlungswasserwirtschaft	275,4	273,1	-2,3
Katfonds; Dotierung (Steueranteile, Zinserträge)	267,4	267,2	-0,2
Abfahren gemäß Kat-Fondsgesetz	4,0	12,4	8,4

OeNB-Gewinnabfuhr	206,6	324,2	117,6
Veräußerungserlöse	20,3	28,1	7,8
Einnahmen aus Liegenschaftsverkäufen	28,1	177,4	149,3
Einnahmen aus Haftungen (AFG, AFFG ua.)	868,8	766,4	-102,4
Pensionsbeiträge, Pensionssicherungsbeiträge und Überweisung von Pensionsträgern	711,6	700,5	-11,1
Finanzschulden und Währungstauschverträge	2.430,4	4.664,5	2.234,1
Einnahmen aus Kapitalbeteiligungen (ÖIAG, BIG, ÖBB, Wohnbaugesellschaften ua.)	292,4	333,3	40,9
Umwelt; Siedlungswasserwirtschaft	312,8	290,7	-22,1
Übrige Einnahmen	1.503,1	1.714,8	211,6
Summe Sonstige Einnahmen	21.458,6	25.648,3	4.189,6
Gesamteinnahmen	60.360,2	66.102,5	5.742,3

Quelle: Bundesministerium für Finanzen

Kapitel 10 Bundeskanzleramt

Die Abweichungen (+ 42,8 Mio. € bei den Ausgaben) betreffen höhere Ausgaben für den EFRE (+8,4 Mio. €), die besondere Sportförderung (+14,8 Mio. €) infolge der Steigerung der Umsatzerlöse der Österreichischen Lotterien sowie die Ausgaben für den Neu- bzw. Ausbau der Stadien in Wien, Klagenfurt, Innsbruck und Salzburg im Zusammenhang mit der Europa Fußballmeisterschaft 2008 (22,0 Mio. €).

Kapitel 11 Inneres

Im Kapitel 11 gab es bei den Ausgaben Überschreitungen iHv 247,5 Mio. €. Davon entfallen 129,7 Mio. € auf die Personalausgaben und 117,8 Mio. € auf den Sachaufwand.

Die Ausgabenüberschreitungen beim Personalaufwand resultieren insbesondere daraus, dass die Bezugserhöhungen für 2005 (2,3%) und für 2006 (2,7%) nicht veranschlagt wurden, und aus dem Anstieg der Mehrleistungsvergütungen aufgrund der EU-Präsidentschaft. Die Mehrausgaben beim Sachaufwand ergeben sich insbesondere aus der Erhöhung des Zivildienstgeldes aufgrund der Zivildienstgesetz-Novelle (rund 11 Mio. €), der Nachzahlung des Verpflegungsgeldes an ehemalige Zivildienstler der Jahre 2001 bis 2005 aufgrund des VfGH-Erkenntnisses (rund 38 Mio. €), der

erhöhten Mittel für die Flüchtlingsbetreuung (rund 50 Mio. €) und des Digitalfunkes.

Kapitel 12 Bildung und Kultur

Im Kapitel 12 gab es auf der Ausgabenseite Überschreitungen iHv 377,3 Mio. €, von denen 119,7 Mio. € auf die Aktivitätsausgaben entfallen und 267,6 Mio. € auf den Sachaufwand, und auf der Einnahmenseite Mehreinnahmen iHv 20,7 Mio. €.

Die Überschreitung bei den Aktivitätsausgaben resultiert aus der Nichtveranschlagung der Kosten der jeweils mit 1. Jänner in Kraft getretenen Bezugserhöhungen im Ausmaß von 2,3% für 2005 und 2,7% für 2006 im BVA 2006. Zum Zeitpunkt der Budgeterstellung war das Ausmaß einer allfälligen allgemeinen Bezugserhöhung für das Jahr 2005 und für das Jahr 2006 nicht bekannt. Die Überschreitung beim Sachaufwand ist größtenteils zurückzuführen auf Mehrausgaben für Personalkostensätze für Landeslehrer: Die Kosten der jeweils mit 1. Jänner in Kraft getretenen Bezugserhöhungen im Ausmaß von 2,3% für 2005 und 2,7% für 2006 waren im BVA 2006 nicht veranschlagt (140,3 Mio. €). Die Erfordernisse für den Ausbau der Tagesbetreuung, die Einführung von Sprachförderkursen für Kinder mit nicht ausreichenden Kenntnissen der Unterrichtssprache, die Abgeltung für klassenführende Lehrer ab 1. September 2006, zusätzliche Lehrerplanstellen

zur Sicherung der Bildungsqualität und die Höhe der sonstigen nötigen Mittel für die Finanzierung der Vereinbarungen der Verhandlungen zum Finanzausgleich waren zum Zeitpunkt der Erstellung des BVA 2006 noch nicht bekannt (insgesamt 119,7 Mio. €). Mehreinnahmen fielen bei den Pauschalersätzen der Länder, bei den Einnahmen der Bundesschulen, infolge Überweisungen von ESF-Mitteln (EU) für Erwachsenenbildungsmaßnahmen und in der zweckgebundenen Gebarung im Bereich des Denkmalschutzes an.

Kapitel 13 Kunst

Im Kapitel 13 Kunst sind die Abweichungen minimal. Die Mehrausgaben (+ 0,9 Mio. €) ergeben sich aus dem Saldo der Art. XIV (I) BFG 2006 Bindungen sowie Rücklagenentnahmen v.a. zur Generalsanierung des Theaters in Josefstadt und für das Österreichische Filminstitut. Die Mindereinnahmen ergaben sich durch geringere Kostenersätze für die Überlassung von Bediensteten (Amt der Bundestheater) aufgrund von Personalreduktionen.

Kapitel 14 Wissenschaft

Im Kapitel 14 liegen die Ausgaben insgesamt um 243,5 Mio. € über dem Voranschlag; die Einnahmen um 37,6 Mio. €.

Beim Personalaufwand ergaben sich Mehrausgaben von 15,7 Mio. €, die vor allem auf den geringeren – als im Bundesvoranschlag angenommenen - Rückgang der Beamten bei den Ämtern der Universitäten zurückzuführen sind.

Die Abweichungen bei den gesetzlichen Verpflichtungen in Höhe von 87,9 Mio. € resultieren aus Mehrausgaben beim Globalbetrag der Universitäten auf Grund der Bezugserhöhungen 2005 und 2006 (54,6 Mio. €) und dem höheren Aufwand für die Studienförderungen (30,0 Mio. €) auf Grund einer gestiegenen Zahl an Studienförderungsanträgen. Mehrausgaben bei den Ermessenausgaben in Höhe von 142,0 Mio. € entstanden im wesentlichen durch die Umsetzung von Projekten im Rahmen der F&E-Offensive der Bundesregierung (110,4 Mio. € Sondermittel auf Empfehlung des Rates für Forschung und Technologieentwicklung), die allerdings aus der Pauschalvorsorge finanziert wur-

de, und Nachzahlungen für den laufenden klinischen Mehraufwand (48,9 Mio. €).

Hauptursache der Mehreinnahmen in Höhe von 37,6 Mio. € sind höhere Refundierungen der Universitäten an den Bund für die Beamten (Ämter der Universitäten).

Kapitel 15 Soziale Sicherheit

Auf der Ausgabenseite des Kapitels 15 wurden im BVA 2006 1.878,0 Mill. € veranschlagt, im Erfolg 2006 wurden 1.940,7 Mill. € ausgegeben; somit ergibt sich ein Überhang von 62,7 Mill. €. Dieser Mehrbedarf ist im Wesentlichen auf die Überschreitungen bei den Leistungen nach dem Bundespflegegesetz (+70,0 Mio. €) zurückzuführen, als Folge eines höheren Zugangs bei den Pflegegeldbeziehern. Demgegenüber war die Inanspruchnahme von Mitteln für Maßnahmen von Behinderten geringer als geplant (BVA: 73,0 Mill. €; Erfolg: 70,6 Mill. €), ebenso die Ausgaben für Kriegesopfer (BVA 242,0 Mill. €; Erfolg: 238,2 Mill. €).

Die Einnahmen im Kapitel 15 sind im Erfolg mit 26,9 Mill. € um 3,4 Mio. € höher ausgefallen als im BVA 2006 veranschlagt (23,5 Mill. €). In diesem Zusammenhang nennenswert sind die Mehreinnahmen beim Pflegegeld aus der Abrechnung von Vorjahren (+ 5,9 Mill. €).

Kapitel 16 Sozialversicherung

Im Kapitel 16 liegen die Ausgaben um 268,1 Mio. € über dem BVA. Davon entfallen rund 186 Mio. € auf die Begleichung von Abrechnungsresten des Jahres 2005, sodass der Nettomehrbedarf rund 82 Mio. € betrug. Dieser Nettomehrbedarf resultiert im Wesentlichen aus der etwas höheren Pensionsanpassung (2,5% statt 2,4% wie im BVA angenommen) und außertourlichen AZ-Erhöhung für Alleinstehende (statt um 2,5 % um 4,1%).

Ebenso fielen die Einnahmen um 336,4 Mio. € höher aus als budgetiert. Diese Mehreinnahmen sind zum Großteil auf die Abrechnung aus Vorjahren zurückzuführen.

Kapitel 17 Gesundheit und Frauen

Auf der Ausgabenseite wurden im BVA 2006 im Kapitel 17 628,6 Mio. € veranschlagt, im Erfolg 2006 wurden

635,9 Mio. € ausgegeben, somit ergibt sich ein Mehrbedarf von rund 7,3 Mio. €. Dieser Mehrbedarf ist im Wesentlichen auf höhere Zweckzuschüsse nach dem Krankenanstalten- und Kurortegesetz zurückzuführen, die auf Basis des Umsatzsteueraufkommens berechnet werden (+16,2 Mio. €; BVA 2006: 411,2 Mio. €; Erfolg: 427,4 Mio. €). Zu Minderausgaben kam es im Veterinärbereich aufgrund einer günstigeren Seuchenlage (-7,6 Mio. €, BVA 2006: 15,3 Mio. €, Erfolg: 7,6 Mio. €).

Die Einnahmen im Kapitel 17 sind im Erfolg 2006 mit 61,7 Mio. € um 4,9 Mio. € höher gewesen als im BVA 2006 veranschlagt (56,8 Mio. €). In diesem Zusammenhang nennenswert sind höhere Einnahmen aus einer Refundierung der AGES aus dem Jahr 2005 (+ 2,9 Mio. €), höhere Überweisungen vom Familienlastenausgleichsfonds (Kapitel 19) für den Mutter-Kind-Pass (+ 2,4 Mio. €) und höhere Einnahmen von der Sozialversicherung der Bauern auf Grund der Abrechnung 2005 des Bundesbeitrages zu Unfallversicherung (+2,1 Mio. €). Gleichzeitig kam es zu Mindereinnahmen bei den Leistungen nach dem Arzneimittelgesetz, da die Einnahmen jetzt der AGES zufließen (- 1,8 Mio. €).

Kapitel 19 Familie, Generationen, Konsumentenschutz

Die Gesamtausgaben waren im Kapitel 19 um rd. 109 Mio. € höher als veranschlagt. Wie schon im Vorjahr ergaben sich Mehrausgaben bei den Familienbeihilfen iHv 34 Mio. €, beim Kinderbetreuungsgeld iHv 49 Mio. € und den Schülerfreifahrten iHv 31 Mio. €. Für Unterhaltsvorschüsse, Wochengeld, Mutter-Kind-Pass-Untersuchungen und Schulbücher ergaben sich Mehrausgaben iHv 32 Mio. €. Durch den höheren Abgang des Familienlastenausgleichsfonds waren dem Reservefonds für Familienbeihilfen um 31 Mio. € mehr zu überweisen als veranschlagt. Bei den Familienbeihilfen begründen sich die Mehrausgaben durch einen Anstieg der Anzahl der Kinder für welche die Leistung erbracht wird. Ebenso ist beim Kinderbetreuungsgeld die Inanspruchnahme höher als angenommen, hier vor allem bei den BezieherInnen des Zuschusses zum Kindergeld. Bei den Schülerfreifahrten war durch die Neustrukturierung des öffentlichen Verkehrs auf Basis des Öffentlichen Personennah- und Regionalverkehrsgesetzes (ÖPNRVG 1999) eine Neugestaltung der Verrechnungstarife ab dem Kalenderjahr 2003 erforder-

lich. Für die letzten Schuljahre wurden nur Akontozahlungen geleistet. Durch die im Jahr 2006 mit mehreren Verbänden erfolgte Einigung über die Höhe der neuen Verrechnungstarife ergaben sich gegenüber den Akontierungen Nachzahlungen für bisher noch nicht endabgerechnete Schuljahre. Die Mehrausgaben bei den Mutter-Kind-Pass-Untersuchungen begründen sich in einer zusätzlichen Untersuchung im 5. Lebensjahr der Kinder, beim Wochengeld und bei den Unterhaltsvorschüssen ergaben sich aus den Abrechnungen der Krankenversicherungsträger bzw. der erkennenden Gerichte Mehrausgaben.

Minderausgaben iHv 57 Mio. € ergaben sich aus der Abrechnung des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger bei den Pensionsbeiträgen für Kindererziehungszeiten und den Schulfahrtbeihilfen iHv 8 Mio. €. In diesem Bereich war die Inanspruchnahme der Leistung deutlich geringer als angenommen. Weitere Minderausgaben iHv 3 Mio. € betrafen den Ersatz für die Heimfahrtbeihilfe für Lehrlinge und geringere Aufwendungen für familien- und seniorenpolitische Aktivitäten.

Die Gesamteinnahmen waren um rd. 81 Mio. € höher als veranschlagt. Mehreinnahmen ergaben sich aus der höheren Überweisung des Reservefonds für Familienbeihilfen zur Abgangsdeckung des FLAF iHv 31 Mio. €, sowie bei den Dienstgeberbeiträgen iHv 26 Mio. € und den Anteilen an der Einkommen- und Körperschaftsteuer iHv 23 Mio. €. Der Rest resultiert aus Mehreinnahmen bei den rückgezahlten Unterhaltsvorschüssen.

Kapitel 20 Äußeres

Im Kapitel 20 wurden die Ausgaben um 9,7 Mio. € überschritten. Mehrausgaben betreffen die Beiträge an internationale Organisationen (5,4 Mio. €) wie den Beitrag zum Budget der Vereinten Nationen sowie die Ausgaben für friedenserhaltende Operationen der Vereinten Nationen, den Auslandskatastrophenfonds (0,6 Mio. €), die Beiträge zu ESVP-Aktionen für Operationen der EU mit militärischen und verteidigungspolitischen Implikationen (1,0 Mio. €) sowie die Auslandsreisen und Übersiedlungskosten (4,6 Mio. €). Minderausgaben entstanden im Bereich der EDV-Ausgaben bei den Vertretungsbehörden (2,4 Mio. €).

Kapitel 30 Justiz

Im Kapitel 30 kam es zu Ausgabenüberschreitungen von 22,8 Mio. €. Davon entfallen 17,9 Mio. € auf den Personalaufwand und 4,9 Mio. € auf den Sachaufwand. Die Überschreitung beim Personalaufwand ist auf die Nichtbudgetierung der Gehaltsrunde 2005 und 2006 sowie erhöhte Mehrleistungsvergütungen zurückzuführen. Bei der Überschreitung beim Sachaufwand handelt es sich um Mehraufwendungen im Bereich des Strafvollzugs aufgrund der gestiegenen Häftlingszahl, insbesondere bei den medizinischen Kosten.

Kapitel 40 Landesverteidigung

Im Kapitel 40 sind die Ausgaben um 76,9 Mio. € niedriger ausgefallen als budgetiert, die zum Großteil den Rücklagen zugeführt wurden. Die Minderausgaben resultieren aus nicht vorhersehbar gewesenen Verzögerungen bei größeren Beschaffungsvorhaben wie z. B. Truppenfunk, Fahrzeuge und Investitionen in Zusammenhang mit der Umsetzung der Heeresreform.

Kapitel 50 Finanzverwaltung

Im Kapitel 50 liegen die Ausgaben um 171,4 Mio. € unter dem Voranschlag. Davon entfallen 62,3 Mio. € auf den Personalaufwand und 109,1 Mio. € auf den Sachaufwand.

Die Minderausgaben beim Personalaufwand sind auf zwei Faktoren zurückzuführen: Durch die neuen Organisationsstrukturen sind in der Finanz- und Zollverwaltung größere Einsparungen entstanden als ursprünglich erwartet. Weiters waren auch im Bereich der Personalämter gemäß Poststrukturgesetz (Post und Telekom) weniger Mittel notwendig als budgetiert (-34 Mio. €). Hier handelt es sich allerdings um Budgetverkürzungen. Diesen Minderausgaben stehen nämlich gleich hohe Mindereinnahmen entgegen. Zu den Minderausgaben im Sachaufwand haben vor allem zeitliche Verzögerungen bei geplanten internationalen Schuldenerleichterungen beigetragen. Zusätzlich sind die Ausfuhrerstattungen geringer ausgefallen als ursprünglich erwartet.

Die Einnahmen fielen um 31,5 Mio. € höher aus als budgetiert. Von Bedeutung sind die höheren Rückerstattungen des Insolvenzausgleichsfonds (IAF) für die

im Kapitel 52 erstatteten Lehrlingsausbildungsprämien (+ 50 Mio. €), die höheren Einnahmen aus Einschmelzerlösen aus zurückgestellten Silbermünzen (+10 Mio. €) sowie Mehreinnahmen aus der Veräußerung bebauter Grundstücke (+16,5 Mio. €). Mindereinnahmen hingegen ergaben sich aus den Ersätzen der Post- und Telekom Austria AG infolge der Minderausgaben bei den zugehörigen Personalältern.

Kapitel 51 Kassenverwaltung

Die Ausgaben im Kapitel 51 liegen um 364,5 Mio. € über dem BVA 2006. Wesentlicher Grund ist die nicht veranschlagte Rücklagenzuführung.

Die Einnahmen liegen um 996,3 Mio. € über dem Voranschlag. Im Vollzug wurden um 649,7 Mio. € mehr Rücklagen entnommen oder aufgelöst als budgetiert. Die EU-Rückflüsse waren um 129,5 Mio. € höher als erwartet. Gegenüber dem BVA 2006 ergaben sich Mehreinnahmen in den Bereichen „Marktordnung“ und „Ländliche Entwicklung“ bei der Landwirtschaft, sowie beim Europäischen Sozialfonds und Europäischen Regionalfonds aus den EU-Strukturfonds. Die Erträge aus der Veranlagung von Kassenbeständen fielen um 219,5 Mio. € höher aus als im BVA vorgesehen.

Kapitel 52 Öffentliche Abgaben

Das Bruttoaufkommen der öffentlichen Abgaben betrug 2006 60,4 Mrd. € und lag damit um ca. 3,2 Mrd. € oder 5,7% über dem Vorjahresergebnis. Die Mehreinnahmen gegenüber dem Voranschlag von fast 2,1 Mrd. € gehen v.a. auf die überraschend hohen Einnahmen bei der Körperschaftssteuer (+1.033 Mio. € gegenüber dem BVA), der Umsatzsteuer (+771 Mio. €), der Lohnsteuer (+392 Mio. €) und der Steuerguthaben (+213 Mio. €) zurück. Mehreinnahmen gab es auch bei der Kapitalertragsteuer I (+163 Mio. €), der Gesellschaftssteuer (unter Kapitalverkehrssteuern, +86) und Zöllen (+85). Mindereinnahmen gab es insbesondere bei der Einkommensteuer (-275 Mio. €), der Kapitalertragsteuer II (-194 Mio. €), der Mineralölsteuer (-97 Mio. €) und Energiesteuern (-91 Mio. €). Auch die Spielbankabgabe (-51 Mio. €), die Versicherungssteuer (-40 Mio. €) und die Erbschaftssteuer (-33 Mio. €) blieben hinter dem Voranschlag zurück.

Die Mehreinnahmen bei der Körperschaftsteuer begründen sich aus der außerordentlich dynamischen Gewinnentwicklung der letzten Jahre, sodass trotz deutlicher – erst 2006 voll wirksamer – Steuersenkung das Aufkommen um mehr als 9% gestiegen ist. Weiters dürfte ein Zusammenhang zu den Mindereinnahmen an der Einkommensteuer insofern bestehen, als wegen der günstigen Besteuerung verstärkt von Personenunternehmen auf Kapitalgesellschaften umgeschichtet werden dürfte. Bei der Umsatzsteuer war zum Zeitpunkt der Veranschlagung mit einer deutlich schwächeren Wirtschaftsentwicklung gerechnet worden; außerdem war damals die Umstellung von Spielbankabgabe (vgl. dortige Mindereinnahmen) auf Umsatzbesteuerung nicht bekannt. Die zu niedrige Veranschlagung bei der Lohnsteuer beruhte im Wesentlichen darauf, dass die damaligen Wirtschaftsprognosen die Entwicklung sowohl der Pro-Kopf-Löhne und – Gehälter als auch der Beschäftigten unterschätzt haben. Die Veränderung der Steuerguthaben ist als Saldogröße kaum zu prognostizieren und ist letztlich auch keine bleibende Einnahme. Die gute Gewinnlage und die günstige Besteuerung der Kapitalgesellschaften hat zu einem starken Anstieg der Kapitalertragsteuer I und der Gesellschaftsteuer geführt. Bei den Zöllen schlägt die dynamische Entwicklung des Außenhandels durch. Weiters scheinen die administrativen Vorteile des österreichischen Zollverfahrens dazu geführt zu haben, dass sich – entgegen den Erwartungen – die Verzollungen nicht in die neuen EU-Mitgliedsstaaten verlagert haben.

Hauptfaktoren für die Stagnation der Einkommensteuer sind die wahrscheinlichen Umschichtungen zugunsten der Kapitalgesellschaften sowie um etwa 150 Mio. € höhere Erstattungen (abzüglich Vorschreibungen, gegenüber 2005) im Zuge der Arbeitnehmerveranlagung und steuerliche Förderungs-Maßnahmen nach der BVA-Erstellung. Bei der Kapitalertragsteuer auf Zinsen war (bereits 2005) mit einem stärkeren Anstieg der Zinsen vom damals sehr niedrigen Niveau gerechnet worden. Bei der Mineralölsteuer hat die Verringerung des Verbrauchs durch die starken Öl- und Treibstoffpreissteigerungen durchgeschlagen. Bei den Energiesteuern waren es hauptsächlich die Rückvergütungen, die höher ausgefallen sind als ursprünglich erwartet. Die Spielbankabgabe wurde im Zuge der Einführung der Umsatzsteuer-Pflicht gesenkt. Bei der

Versicherungssteuer liegt der Grund für die Mindereinnahmen in einer zu hohen Schätzung für 2005. Mit dem deutlichen Rückgang der Erbschafts- und Schenkungssteuer gegenüber den Vorjahren konnte nicht gerechnet werden.

Kapitel 53 Finanzausgleich

Die Ausgaben im Kapitel 53 ergeben sich zum allergrößten Teil aus dem für die Bemessung der einzelnen Finanzausweisungen und Zweckzuschüsse zu Grunde liegenden Steueraufkommen. Die größte Differenz der abgabenabhängigen Transferzahlungen ergab sich bei den Bedarfszuweisungen an die Länder, die vom Aufkommen an Einkommensteuer und Körperschaftsteuer bestimmt sind. Die Bedarfszuweisungen stiegen gegenüber dem BVA 2006 um 77,0 Mio. € auf 1.001,6 Mio. €; budgetiert waren 924,6 Mio. €. Zusätzlich fielen 2006 Zahlungen in Höhe von rd. 136 Mio. € für Schäden infolge der Hochwasserkatastrophe an; diese waren im BVA 2006 mangels Abschätzbarkeit nicht budgetiert.

Kapitel 54 Bundesvermögen

Im Kapitel 54 wurden die Ausgaben um 147,8 Mio. € überschritten. Mehr Mittel in Höhe von 52,6 Mio. € waren für die internationalen Finanzinstitutionen, insbesondere für Zahlungen an die Europäische Entwicklungsbank erforderlich. Der erst im Laufe des Jahres 2006 beschlossene Erwerb der Anteile der BAWAG und des ÖGB an der Oesterreichischen Nationalbank kostete rund 33 Mio. €. Weiters sind Mehrausgaben in Höhe von 65 Mio. € im Zusammenhang mit der Ausfuhrförderung angefallen.

Kapitel 55 Pensionen

Die Ausgaben im Kapitel 55 blieben um 244,9 Mio. € hinter dem BVA zurück. Die Ausgaben für Ruhebezüge von Beamten der Hoheitsverwaltung waren um rd. 150,7 Mio. € (-6,1%) geringer als erwartet. Ausschlaggebend dafür war, dass die Bezieher einer höheren Pension 2006 lediglich einen Fixbetrag in Höhe von 46,88 € erhalten haben, der deutlich unter der allgemeinen Pensionsanpassung in Höhe von 2,5% gelegen ist. Zudem war der Pensionszugang etwas geringer als erwartet. Das selbe Bild bietet sich bei den Versorgungsbezü-

gen. Hier kam es zu Minderausgaben von rd. 21,7 Mio. € (-4,0%). Damit zusammenhängend kam es auch zu Minderausgaben in den Bereichen Dienstgeberbeiträge zur Krankenversicherung, (-20,2 Mio. €; -18,7%), Familien- und Geburtenbeihilfen (-1,0 Mio. €; -14,2%) und Pflegegeld (-2,1 Mio. €; -4,6%).

Ähnliches gilt für die Ruhebezüge für Beamte der ausgegliederten Dienststellen und für die Landeslehrerpensionen, die beide wegen der geringen Fixanpassung hinter dem BVA zurückblieben.

Im Bereich der ÖBB-Pensionen waren die Aufwendungen mit 17,1 Mio. € (+0,9%) höher als veranschlagt, da hier im Gegensatz zu allen anderen Bereichen die Zahl der Bezieher steigt. Im Bereich Post waren die Aufwendungen mit rd. 30,7 Mio. € (-2,6%) geringer als veranschlagt.

Einnahmenseitig kam es insgesamt zu Mindereinnahmen von rd. 30,4 Mio. € (-2,0%). Dies erklärt sich einerseits durch geringere Einnahmen aus Beiträgen und Ersätzen bei Ausgliederungen (geringere Zahl von Beamten) und bei der ÖBB (verstärkte Pensionierungen – analog dazu Mehraufwendungen). Weiters sind auch die Einnahmen aus dem Pensionssicherungsbeitrag geringer ausgefallen als erwartet.

Kapitel 58 Finanzierungen, Währungstauschverträge

Die Ausgaben und Einnahmen im Kapitel 58 liegen zwar um rund 2,2 Mrd. € über dem BVA 2006. Wesentlich für die ökonomische Beurteilung der Ausgaben und Einnahmen im Kapitel 58 ist jedoch ihre Nettosition. Diese hat sich gegenüber dem BVA 2006 nur um 10 Mio. € verschlechtert. Der tatsächliche Erfolg zeigt das Ergebnis realisierter Transaktionen inklusive Swaps. Die Bruttoverrechnung führt daher zur entsprechenden Budgetverlängerung. Beim sonstigen Aufwand führten hauptsächlich höhere Emissionsdisagios zur Überschreitung des BVA-Betrages. Diesen Überschreitungen stehen jedoch Mehreinnahmen aus Emissionsdisagios gegenüber.

Kapitel 60 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft

Die Ausgabenüberschreitungen im Kapitel 60 betragen 205,2 Mio. €. Mehrausgaben gab es vor allem beim Personalaufwand (+13,9 Mio. €), bei den EU-Förderungen „Ländliche Entwicklung“ und „Marktordnung“ (+141,6

Mio. €) und bei den Hochwasserschutzmaßnahmen aus dem Katastrophenfonds (+ 59,6 Mio. €). Minderausgaben gab es vor allem bei Zinszuschüssen für landwirtschaftliche Kredite (-4,8 Mio. €).

Die Einnahmen fielen um 76,6 Mio. € höher aus als budgetiert. Mehreinnahmen gab es vor allem aus dem Katastrophenfonds (+63,5 Mio. €) und aus den Dividenden der Österreichischen Bundesforste AG (+9,8 Mio. €).

Kapitel 61 Umwelt

Die Gesamtausgaben im Kapitel 61 waren um rd. 84 Mio. € geringer als veranschlagt. Die Bindung gemäß BFG 2006 betrug rd. 5 Mio. €. Weitere 9 Mio. € wurden in das Kapitel 60 umgeschichtet. Diese Mittel wurden primär für Maßnahmen des Klimaschutzes zur Errichtung landwirtschaftlicher Biomasseanlagen verwendet.

Minderausgaben ergaben sich bei den zweckgebundenen Gebarungen der Siedlungswasserwirtschaft iHv 22 Mio. € und der Altlastensanierung iHv 18 Mio. €. Weitere Minderausgaben waren beim österr. JI/CDM-Programm iHv 25 Mio. € und bei der Umweltförderung im Inland und im Ausland iHv 3,5 Mio. € zu verzeichnen.

Grundsätzlich ist festzustellen, dass es sich bei den Umweltförderungen (Altlastensanierung, Siedlungswasserwirtschaft und Umweltförderung im Inland und im Ausland) als auch beim JI/CDM-Programm um mehrjährige Projekte handelt. Die Auszahlungen sind jeweils vom Projektfortschritt abhängig. Im Zuge der Umsetzung der einzelnen Projekte kommt es hier immer wieder aus verschiedensten Gründen zu Änderungen gegenüber der ursprünglichen Planung. Zur Siedlungswasserwirtschaft ist anzumerken, dass der im Umweltförderungsgesetz vorgesehene Zusagerahmen in den letzten beiden Jahren nicht mehr vollständig beansprucht wurde. Gegenstand des JI/CDM-Programmes ist zur Erreichung des österr. Kyoto-Zieles der Ankauf von Emissionsreduktionseinheiten aus Projekten, die zur Vermeidung oder Verringerung von Emissionen von Treibhausgasen führen. Hier wurden im Rahmen der dafür vorgesehenen Mittel Verpflichtungen eingegangen, die Fälligkeiten sind jedoch vom Zeitpunkt des Erhaltes der CO₂-Zertifikate abhängig.

Der Rest an Minderausgaben iHv 1,5 Mio. € ergab sich bei den Ersatzvornahmen Altlasten und aus Pro-

jektverschiebungen im Rahmen des Entsorgungsvertrages für radioaktive Abfälle mit dem Austrian Research Center Seibersdorf.

Die Gesamteinnahmen lagen um rd. 15 Mio. € unter dem Voranschlag. Mindereinnahmen ergaben sich im Rahmen der zweckgebundenen Gebarung analog den Minderausgaben bei der Siedlungswasserwirtschaft iHv 22 Mio. €. Mehreinnahmen iHv 5,7 Mio. € ergaben sich aus dem Vorsorgeentgelt für die Lagerung radioaktiver Abfälle aus der Medizin und Forschung sowie iHv 1,3 Mio. € aus Gebühren nach dem Biozid-Produkte Gesetz, Kostenersätzen nach dem Kraftstoffgesetz sowie Transferzahlungen der EU.

Kapitel 63 Wirtschaft und Arbeit

Die Mehrausgaben im Kap. 63 in der Höhe von rd. 245,9 Mio. € sind im wesentlichen auf das Beschäftigungsförderungspaket (+ rd. 204 Mio. €) und auf die Forschungs- und Entwicklungsoffensive (+ 44 Mio. €) zurückzuführen.

Die Mehreinnahmen im Kap. 63 in der Höhe von 127,8 Mio. € begründen sich durch höhere Einnahmen in der Gebarung Arbeitsmarktpolitik (+ 101 Mio. €), einen höheren Bundesbeitrag zur Arbeitsmarktpolitik (+ 61 Mio. €) und höhere Förderzinse/Montangebühren (+ 11 Mio. €). Bei den Erträgen aus Kapitalbeteiligungen (BIG) entstanden Mindereinnahmen in der Höhe von 46 Mio. €.

Kapitel 65 Verkehr, Innovation und Technologie

Für das Kapitel 65 wurden im BVA 2006 2.325,2 Mio. € budgetiert, der vorläufige Erfolg liegt bei 2.428,9 Mio. €. Die Ausgaben des Kapitels 65 übersteigen 2006 also im vorläufigen Erfolg den BVA um 103,7 Mio Euro.

Diese Überschreitung resultiert größtenteils aus Budgetverlängerungen und Umschichtungen, die zwar Mehrausgaben im Kapitel 65 bewirken, aber denen gleichzeitig Mehreinnahmen oder Minderausgaben in anderen Kapiteln gegenüberstehen, also keine Verschlechterung für das Gesamtbudget bedeuten. Darunter fallen die Mehrausgaben iHv rund 64 Mio. € für den Ankauf von Liegenschaften für die ASFINAG, denen ein Fruchtgenussentgelt in gleicher Höhe gegenübersteht (Einnahmen im Kapitel 54). Weitere Mehrausgaben ergaben sich unter anderem für die F&E Offensive

(rund 123 Mio. €), die im BVA als Pauschalbetrag im Kapitel 51 budgetiert waren.

Minderausgaben ergaben sich vor allem aufgrund der 3%igen Bindung der Ermessensausgaben in der Höhe von rund 39 Mio. € sowie Minderausgaben im Bereich des Katastrophen-Fonds in Höhe von rund 39 Mio. €, die teilweise aus Projektverschiebungen resultieren.

Daneben gab es noch eine Reihe von kleineren Mehr- und Minderausgaben, die sich in Summe auf rund 9 Mio. € belaufen.

5. Budgetpolitische Schwerpunkte

5.1 Personalausgaben

Die Personalausgaben stellen im Bundesbudget eine der gewichtigsten Ausgabenkategorien dar. Sie sind der kostenmäßige Ausfluss der vielfältigen Dienstleistungen des Bundes, die von der Gewährleistung der inneren und äußeren Sicherheit bis hin zu einem umfassenden Bildungsangebot reichen. Angesichts des großen Gewichts der Personalausgaben im Budget sind Personaleinsatz und -entlohnung ein zentraler Ansatzpunkt für Verwaltungsreformen im Hinblick auf eine wirtschaftliche, zweckmäßige und sparsame Gestaltung der Staatstätigkeit. In der Tat konnte in den letzten Jahren der Anstieg der Personalausgaben begrenzt werden, weil erstmals über einen längeren Zeit-

raum Personalstellen abgebaut wurden. Über die Personaleinsparungen hinaus wurden weitere Personalmaßnahmen für eine Eindämmung des Anstieges der Aktivitätsausgaben verfügt. Teilweise fielen die Gehaltsanpassungen moderat aus. Mehrdienstleistungen wurden gesenkt. Bei den Landeslehrern wurden äquivalente Maßnahmen durchgeführt.

Verglichen mit dem Jahr 1999 gehen die Aktivitätsausgaben laufend zurück. Dieser Rückgang ist vorwiegend auf Personalreduktionen zurückzuführen, die seit 2000 erfolgt sind. Seit 2000 ist der Personalstand des Bundes um 25.318 MitarbeiterInnen bzw. 14,9% gesunken. Zum einen haben Ausgliederungen, von denen die Universitäten die bedeutendste war, den Personalstand um 12.430 verringert, zum anderen konnte da-

Tabelle 9 Entwicklung der Personalausgaben i.w.S.
in Mio. €

	2004	2005	2006	2006	2007	2008
	Erfolg	Erfolg	BVA vorl.	Erfolg	BVA-E	BVA-E
Personalausgaben (UT 0)	10.233,4	10.472,7	10.774,8	10.818,2	11.093,1	11.169,9
davon Aktivitätsaufwand (UT 0)	7.306,2	7.516,4	7.565,9	7.810,2	8.015,1	8.033,3
Pensionsaufwand (UT 0)	2.927,2	2.956,3	3.208,9	3.008,1	3.078,0	3.136,5
Kostensätze für Landeslehrer	3.707,7	3.862,9	3.679,2	3.918,5	4.055,3	4.128,2
davon Allgemeinbildende Pflichtschulen						
Berufsbildende Pflichtschulen	2.668,7	2.801,8	2.578,5	2.832,3	2.956,5	3.018,3
Land- u. forstwirtsch. Schulen	105,5	111,2	110,0	118,7	122,8	122,9
Pensionen der Landeslehrer	33,4	34,4	33,4	34,4	34,4	34,4
	900,1	915,4	957,2	933,1	941,7	952,5
Sonstige Pensionsleistungen	3.869,7	3.914,7	4.075,0	4.030,9	4.109,3	4.200,8
davon Österr. Bundesbahnen ¹⁾	1.696,2	1.713,8	1.775,6	1.805,2	1.857,8	1.917,1
Post und Telekom Austria AG ²⁾	1.134,0	1.133,7	1.161,7	1.139,3	1.142,0	1.149,9
Sonstige	139,5	151,7	180,4	153,4	167,8	181,3
Summe Personalausgaben i.w.S.	17.810,8	18.250,4	18.529,0	18.767,7	19.257,7	19.498,8

¹⁾ Ohne Pflegegeld und ohne erweiterte Heilbehandlung

²⁾ Ohne Pflegegeld

Quelle: Bundesministerium für Finanzen

rüber hinaus eine erhebliche Reduktion des Personals im Bundesbereich im Ausmaß von 12.880 MitarbeiterInnen bzw. 7,6% erreicht werden. Die Bundeslehrer im Bildungsbereich, die rund ein Viertel der BundesmitarbeiterInnen ausmachen, waren von den personellen Einsparungsvorgaben ausgenommen. Weiters waren Lehrlinge (Lehrlingsoffensive 2004) und Behinderte von den Einsparungen nicht betroffen. Die umfangreichen Personaleinsparungen, die bei voller Aufrechterhaltung von Qualität und Umfang der Leistungen erfolgten, waren nur durch die zahlreichen, im Rahmen des Verwaltungsinnovationsprogramms durchgeführten Projekte möglich.

Bei den Aktivitätsausgaben (UT 0) gab es 2006 eine Überschreitung von 244,3 Mio. €. Diese Überschreitung ist vor allem auf die Gehaltserhöhung 2006 (2,7%) zurückzuführen, die nicht budgetiert war. Bei den Landeslehrern (UT 7) betrug die Überschreitung 263,5 Mio. €. Neben der Gehaltserhöhung und des Struktureffektes waren vor allem die erhöhten Mittel für Tagesbetreuung, Sprachförderung, die Klassenführungsvergütung sowie Sicherung der Bildungsqualität für die Überschreitung verantwortlich.

Im Bundesvoranschlags-Entwurf 2007 sind rund 8,0 Mrd. € für Aktivitätsausgaben für Bundesbedienstete und rund 3,1 Mrd. € für die Kostenersätze für Landeslehrer vorgesehen. Die Aktivitätsausgaben für Bundesbedienstete umfassen auch die Aktivitätsausgaben der aktiven Beschäftigten des Bundes wie auch der Bundesbeamten in den ausgegliederten Unternehmungen des Bundes. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr ist auf die Gehaltserhöhung (+2,35%) und den Struktureffekt (im Durchschnitt rund 1%) zurückzuführen. Die Ausgaben für 2008 sind gleich hoch wie 2007. Wie auch in der Vergangenheit üblich wurde kein Extrabetrag für die Gehaltserhöhung angesetzt, wohl aber ein Struktureffekt.

Unter den Aufgabenbereichen hat der Bildungssektor (Kapitel 12) die größte Bedeutung. Fast ein Drittel der Aktivitätsausgaben entfällt allein auf den Bereich der Bundesschulen. Auch für die innere und äußere Sicherheit (Kapitel 11, Kapitel 30 und Kapitel 40) wird mit einem weiteren Drittel ein beachtlicher Teil aufgewendet. Auf Personalämter der ausgegliederten Einrichtungen (v.a. die Nachfolgeunternehmen der Post und der Universitäten) entfallen rund 10%.

Für 2007 und 2008 ist vorgesehen, durch teilweise Nichtnachbesetzung der durch Pensionsabgang freierwerdenden Planstellen eine weitere Verminderung des Personals vorzunehmen. Gleichzeitig sollen durch Einsparungen im Nebengebührenbereich eine Dämpfung des Personalausgabenwachses erzielt werden.

5.2 Bildung und Wissenschaft

Die Bildungspolitik als Chancenpolitik aber auch als einer der Hauptfaktoren im internationalen Standortwettbewerb stellt für die Bundesregierung einen wesentlichen budgetpolitischen Schwerpunkt dar. Die Ausgaben im Bildungsbereich sind in den Jahren 2005 und 2006 kontinuierlich gestiegen. Die Ausgaben im Kapitel 12 Bildung und Kultur stiegen im Jahr 2006 gegenüber dem Jahr 2005 um 213,4 Mio. € auf 6,4 Mrd. €. Dieser Trend wird auf Basis des Regierungsprogramms im Jahr 2007 nicht nur weiter fortgesetzt, sondern im Zuge einer durch die Bundesregierung initiierten Bildungsoffensive sogar signifikant verstärkt. Für das Kapitel 12 (nunmehr Unterricht und Kultur) sind im Jahr 2007 6,63 Mrd. € und im Jahr 2008 6,73 Mrd. € veranschlagt.

Zur Verbesserung und Weiterentwicklung des Schulwesens sieht die Bundesregierung die Umsetzung zahlreicher Maßnahmen vor. Im Vordergrund steht vor allem die Initiierung einer Bildungsoffensive, für welche im Jahr 2007 50 Mio. € und im Jahr 2008 145 Mio. € zur Verfügung stehen. Da diesen Mehrausgaben eine besonders hohe Priorität beigemessen wird, steht in diesem Zusammenhang die Transparenz des Mitteleinsatzes besonders stark im Vordergrund.

Eine vorrangige Maßnahme zur Steigerung der Unterrichtsqualität sowie des Unterrichtsertrages an Schulen ist die Senkung der KlassenschülerInnen-Höchstzahl von derzeit 30 auf 25 als Richtwert. Erfasst werden Pflichtschulen sowie die Unterstufe der AHS. Ihre Umsetzung beginnt ab dem Schuljahr 2007/08 aufsteigend in der ersten Schulstufe jeder Schulart mit Ausnahme in der Oberstufe.

Als notwendige Begleitmaßnahme einer erfolgreichen Bildungsoffensive ist die Identifizierung und Ausschöpfung vorhandener Effizienzpotentiale im österreichischen Bildungssystem unverzichtbar. Hierzu ist die Einsetzung interministerieller Arbeitsgruppen vor-

gesehen, welche einschlägige Schulreformmaßnahmen erörtern und entsprechende Umsetzungsvorschläge erarbeiten werden. In diesem Zusammenhang steht vor allem die Modernisierung von Schulverwaltung und Schulmanagement im Mittelpunkt. Die im Regierungsprogramm angestrebte Neuorganisation der Schulverwaltung, eine moderne Schulaufsicht, die Schaffung von Bildungsdirektionen, eine Neuordnung bzw. Flexibilisierung der Schulsprengel, die Einführung eines mittleren Schulmanagements sowie der Ausbau der Schulautonomie sollen entscheidend zur genannten Effizienzsteigerung des gesamten Schulsystems beitragen.

Einen weiteren unverzichtbaren Beitrag zur Messung der Effektivität des Einsatzes budgetärer Mittel im Schulwesen und somit zur Ermöglichung einer ergebnisorientierten Steuerung im Sinne des international bewährten und praktizierten Performance-Budgeting liefert die raschestmögliche Fertigstellung der Ausarbeitung der Bildungsstandards sowie deren Implementierung.

Wissenschaft und Forschung tragen entscheidend zur Zukunftsfähigkeit des Landes bei und sind unverzichtbare Voraussetzungen für die Schaffung neuer Arbeitsplätze, die Erhaltung der österreichischen Wettbewerbsfähigkeit sowie nachhaltiges Wirtschaftswachstum. Voraussetzung hierfür sind moderne, autonome Universitäten und hoch entwickelte Forschungseinrichtungen. Deshalb soll vor allem der Erhöhung der AkademikerInnenquote, der Weiterentwicklung des Universitätsgesetzes 2002 - insbesondere Stärkung der Autonomie und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit von Österreichs Universitäten - sowie der Fortsetzung der Fachhochschul-Offensive verstärkt Augenmerk geschenkt werden.

Der größte Mittelanstieg im Kapitel 14 kommt den österreichischen Universitäten zu Gute. 2007 sind für die Universitäten 2.219,0 Mio. € budgetiert. Das bedeutet gegenüber dem vorläufigen Erfolg 2006 ein Anstieg von rd. 172 Mio. €. Für 2008 sind 2.244,5 Mio. € präliminiert. Insgesamt werden den Universitäten im Jahr 2007 deutlich mehr Mittel als bisher zur Verfügung stehen, womit die Profilbildung und qualitative Weiterentwicklung von Forschung und Lehre an Universitäten unterstützt werden.

Ein besonderer Fokus im Wissenschaftsbereich liegt in der Weiterentwicklung der österreichischen

Fachhochschulen. Mit dem Fachhochschulentwicklungsplan III für die Periode 2005 bis 2010 wird der erfolgreiche Weg des zügigen Ausbaus des Fachhochschulsektors und seiner Positionierung in der österreichischen Bildungslandschaft fortgesetzt. Diese Fortsetzung der Fachhochschul-Offensive mit dem Ziel der Stärkung der Fachhochschulen als wichtige Ergänzung des universitären Bildungsangebots bringt für die Förderungen der Fachhochschulen im Jahr 2007 163 Mio. € (+1,4 Mio. € gegenüber den Ausgaben im Jahr 2006) und 2008 169,4 Mio. € (+ 7,8 Mio. € gegenüber 2006) an Budgetmitteln. Mit einer Überschreitungsermächtigung im Bundesfinanzgesetz für weitere 18,1 Mio. € (2007) und 18,8 Mio. € (2008) für Förderungen der Fachhochschulen ist sichergestellt, dass sämtliche vom Bund genehmigte Fachhochschulstudienplätze auch finanziert werden können.

Für die Studienförderung wurde 2007 gegenüber dem Erfolg 2006 um 2,3 Mio. € mehr auf Grund steigender Studierendenzahlen budgetiert. Insgesamt stehen damit 180,5 Mio. € 2007 für v.a. für Studienbeihilfen und Studienzuschüsse zur Verfügung. 2008 wurde für die Studienförderung gegenüber dem vorläufigen Erfolg 2006 um 5,9 Mio. € mehr budgetiert. 2008 stehen damit 182,5 Mio. € für Studienbeihilfen und Studienzuschüsse zur Verfügung. In diesem Zusammenhang ist auch die Überschreitungsermächtigung für Studienförderung im Bundesfinanzgesetz zu sehen, die für die im Regierungsprogramm geplanten Maßnahmen zur Förderung der Studierenden genutzt werden kann.

Neu im Bereich der Budgetierung der Mittel für die Forschungs- und Technologieoffensive der Bundesregierung ist, dass die F&E Sondermittel zum größten Teil in den Budgets der Forschungsressorts budgetiert sind. Für das BMWF finden sich 90 Mio. € sowohl 2007 als auch 2008 aus F&E Sondermitteln im Budget des Kap. 14.

Tabelle 10 Ausgaben für Förderungen
in Mio. € (Rundungsdifferenzen)

	2004 Erfolg	2005 Erfolg	2006 BVA vorl.	2006 Erfolg	2007 BVA-E	2008 BVA-E
Fördermaßnahmen für Industrie und Gewerbe	549,1	502,0	760,3	578,0	709,4	732,3
davon						
Förderungen an kleine und mittlere Unternehmen	61,9	57,2	75,5	65,6	73,4	68,5
Regionalförderung	149,1	119,8	108,6	117,1	145,2	134,0
Forschungs- und Technologieförderung	240,2	221,0	440,4	261,7	346,7	387,1
Förderungen von Maßnahmen für den Umweltschutz	64,2	67,7	91,5	77,8	104,6	101,9
Förderungen von Umstrukturierungsmaßnahmen	0,0	5,3	6,4	20,0	0,0	0,0
Infrastrukturförderung	28,5	26,0	32,7	30,8	33,4	35,4
sonstige Förderungen	5,2	5,0	5,2	5,0	6,0	5,5
Aktive Arbeitsmarktpolitik	792,7	785,1	714,4	927,4	930,0	930,0
Förderungsmaßnahmen für die Landwirtschaft	1.667,6	1.856,8	1.728,7	1.829,6	1.786,9	1.787,5
Agrarische Strukturförderungen ohne EU-Kofinanzierung	83,0	58,7	101,4	80,3	55,5	56,5
Agrarische Strukturförderungen mit EU Kofinanzierung	836,1	858,7	885,6	928,0	893,0	897,2
Marktordnungsmaßnahmen von EU refinanziert	743,1	933,2	735,1	814,9	832,9	828,3
Nationale Marktordnungsmaßnahmen	5,4	6,2	6,6	6,4	5,5	5,5
Insgesamt	3.009,4	3.143,9	3.203,4	3.335,0	3.426,3	3.449,8

Quelle: Bundesministerium für Finanzen

5.3 Forschung und Entwicklung

Der Bereich Forschung und Entwicklung ist ein Schlüsselfaktor für den technologischen Wandel und zählt zu den Hauptfaktoren im internationalen Standortwettbewerb sowie zur Steigerung der Produktivität und des Pro-Kopf Einkommens eines Landes. Technischer Fortschritt ist eine wichtige gesamtwirtschaftliche Wachstumsquelle. Investitionen in Ausbildung, Forschung und Entwicklung sind notwendig, um mittel- bis langfristig positive gesamtwirtschaftliche Effekte, wie erhöhte Produktivität zu generieren. Um solche Effekte national zu erreichen hilft der Bund durch Förderung

von Investitionen im Forschungs- und Entwicklungsbereich mit.

Im Jahr 2006 sind 6,24 Mrd. € für Forschung und experimentelle Entwicklung ausgegeben worden. Die drei wichtigsten Finanzierungsquellen für Österreich sind der Unternehmenssektor mit 45,8%, der öffentliche Sektor mit 36,9%, wobei der Schwerpunkt beim Bund liegt (30,8%), und das Ausland mit 17,0%.

In absoluten Zahlen werden von den gesamten Forschungs- und Entwicklungsausgaben (6,24 Mrd. €) des Jahres 2006, 1,92 Mrd. € vom Bund, 332 Mio. € von den Bundesländern und 70 Mio. € von anderen öffentlichen Finanzierungsquellen (Gemeinde, Kammern, So-

zialversicherungsträger) getragen. Die heimische Wirtschaft finanziert rund 2,86 Mrd. €, das Ausland rund 1,06 Mrd. €.

Für die Jahre 2004-2006 stellte der Bund mit dem Offensivprogramm II insgesamt 600 Mio. € zur Verfügung. Die Sondermittel sind nach folgendem Schlüssel auf die Ressorts aufgeteilt worden: 44 % auf Programmanschläge des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie, 34 % auf das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur und 22% auf das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit. Weitere insgesamt 125 Mio. € wurden in den Jahren 2005 und 2006 aus der Forschungsanleihe bereit gestellt. Damit wurden wichtige Initiativen der Forschungsförderungsgesellschaft, des Wissenschaftsfonds und der Universitäten unterstützt.

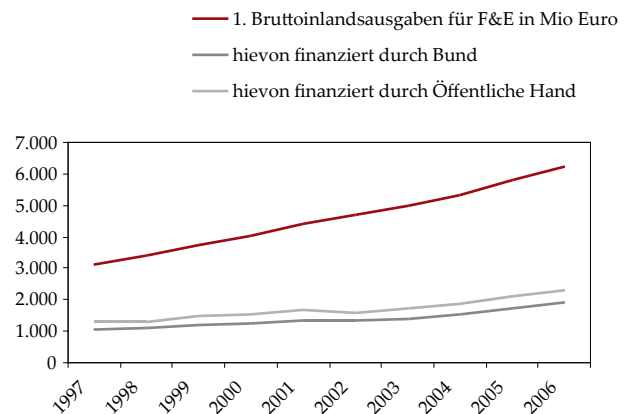
Für 2007 und 2008 werden neben den fortgeschriebenen Sondermittel des Jahres 2006 in Höhe von 295 Mio. € (Offensivmittel und Forschungsanleihe) zusätzliche Mittel in Höhe von 40 Mio. € (2007) und 80 Mio. € (2008) für Forschung und Entwicklung zur Verfügung gestellt.

Neben Mitteln aus dem nationalen Budget stehen seit 2004 zusätzliche öffentliche Mittel aus der Nationalstiftung für Forschung, Technologie und Entwicklung zur Verfügung. Ziel ist es eine nachhaltige, budgetunabhängige, langfristige und strategische Finanzierung österreichischer Initiativen zu ermöglichen. Diese Mittel finanzieren sich aus Mitteln der OeNB und des ERP-Fonds. Im Jahr 2007 werden voraussichtlich 95 Mio. € ausgeschüttet.

Eine weitere Verbesserung der Forschungsförderung wurde 2005 durch die Einführung eines Forschungsfreibetrags bzw. Forschungsprämie für Auftragsforschung erreicht.

Der Erfolg der österreichischen Forschungs- und Technologiepolitik lässt sich anhand der Steigerung der F&E Quote wie folgt zeigen: Die Bruttoinlandsausgaben für Forschung und Entwicklung gemessen am BIP (F&E Quote) stiegen von 1,69 % des BIP im Jahr 1997 auf 2,43 % im Jahr 2006 (*Quelle Statistik Austria*) und liegen somit über dem EU- Durchschnitt (2005:

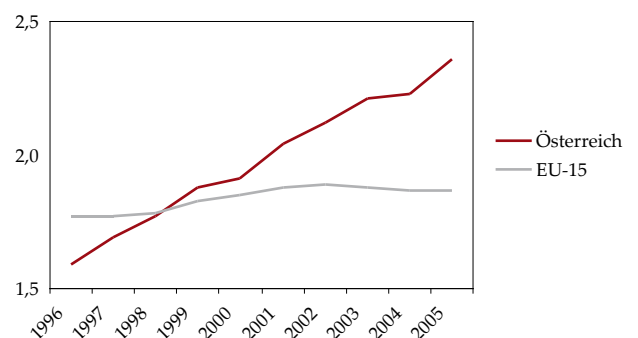
Entwicklung der Bruttoinlandsausgaben für F&E in Mio. €



Stand: 20. April 2006

Quelle: Statistik Austria, Globalschätzung 2006

Bruttoinlandsausgaben für F&E im EU-15 Vergleich in % des BIP



Quelle: Statistik Austria, OECD MSTI 2006-2

EU-25 Durchschnitt 1,77 %, EU-15 Durchschnitt 1,87%). Im internationalen Vergleich haben vor allem die skandinavischen Länder sehr hohe Bruttoinlandsausgaben für F&E, wobei ein relativ hoher Anteil vom Unternehmenssektor getragen wird. Österreich hat die Besonderheit eines relativ hohen Auslandsanteils.

Ein weiterer wesentlicher Schritt zur Verbesserung der österreichischen Forschungsförderungslandschaft ist 2006 mit dem Einzug der wichtigsten Förderinstitutionen in das „Haus der Forschung“ gelungen: die Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) wurde damit von ursprünglich vier an nunmehr einem Standort konzentriert. Zusätzlich unter diesem Dach befinden sich der Wissenschaftsfonds (FWF), die Christian Doppler-Gesellschaft (CDG), die Austrian Cooperative Research (ACR) und die steirische Forschungsgesellschaft Joanneum Research. Mit den damit verbundenen kürzeren Wegen und einer verbesserten Kommu-

nikation zwischen den Einrichtungen wird es gelingen, zusätzliche Synergiepotenziale für die österreichische F&E-Landschaft zu erzielen.

Ein weiterer Meilenstein der österreichischen Forschungs- und Technologiepolitik im Jahr 2006 war die Einigung über die Einrichtung und den Standort eines „Institute of Science and Technology Austria (ISTA)“. Ziel des Institutes ist es Grundlagenforschung auf Spitzenniveau zu betreiben und Nachwuchsforscher in Form von Postgraduiertenstudien (PhD-Programme) auszubilden. Die Finanzierung erfolgt durch den Bund, das Land Niederösterreich, Dritte und eigene Einnahmen des ISTA. Auf europäischer Ebene bewirbt sich Österreich für den Verwaltungssitz des Europäischen Technologieinstituts, das im Jahr 2007 in Brüssel verhandelt wird.

Die politische Verantwortung für die Forschungs-, Technologie- und Innovationspolitik teilen sich das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie, das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit und das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung. Allerdings wurden 2007 einige Kompetenzen neu geordnet: Neue Eigentümer der AWS sind das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA) und das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie (BMVIT). Die Kompetenzen für den FWF, die bisher ausschließlich das BMVIT hatte, teilen sich künftig das BMVIT und das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung (BMWf).

Öffentlichkeit, Politik und Wirtschaft forderten in den letzten zwei Jahren vermehrt Nachweise über die Wirkungserzielung politischer Maßnahmen und Programme im FTI Bereich. Zunehmend rückt in den Vordergrund, dass die Erreichung der 3 % Quote bis 2010 als alleiniges Kriterium für den Erfolg einer F&E-Politik nicht Ziel führend ist. Vorrangig ist vielmehr, den Fokus auf die Wirkung einer Maßnahme auf sozio-ökonomische Effekte zu legen und so einen sorgsam Umgang mit öffentlichen Geldern im Bereich der Forschungspolitik zu erreichen. Ein wichtiges Instrument zur Output-Messung sind Wirkungsanalysen. Hierauf sowie auf Evaluierungen von Förderprogrammen wird künftig ein Schwerpunkt der F&E-Politik des Bundes liegen.

Die österreichische Bundesregierung hat sich neben dem Ziel die Forschungsquote bis 2010 auf 3% zu steigern auch den Schwerpunkt gesetzt, Forschungs- und

Innovationsstrukturen zu verstärken, um das Wachstumsniveau des Landes anzuheben. Österreich soll sich in den nächsten Jahren zunehmend zu einem erstrangigen Forschungsstandort entwickeln und aktiv zum europäischen Forschungsraum beitragen.

5.4 Sozialausgaben

Maßnahmen im Pensionsbereich

Mit 1. Jänner 2007 wurde der Ausgleichszulagenrichtsatz auf 726 € angehoben. Die Langzeitversichertenregelung (die so genannte „Hacklerregelung“) soll bis 2010 verlängert werden. Diese Regelung bewirkt, dass Männer mit 60 Jahren und Frauen mit 55 Jahren abschlagsfrei in Pension gehen können, sofern sie 45 bzw. 40 Beitragsjahre erreichen. Darüber hinaus sollen der bisherige „doppelte Abschlag“ bei der Inanspruchnahme der Korridor pension im Übergangsrecht gemildert und die Kindererziehungszeiten im Pensionskonto besser berücksichtigt werden.

Im Zusammenhang mit der Neubewertung der Kindererziehungszeiten soll geringfügig beschäftigten kindererziehenden Personen die Möglichkeit zur Selbstversicherung in der Kranken- und Pensionsversicherung nach § 19a ASVG eingeräumt werden. Ferner soll sichergestellt werden, dass ein einmal erworbener

Tabelle 11 Berechnungsgrundlagen gesamte Pensionsversicherung
in Mio. €

		2004	2005	2006	2007	2008
Stand an Pensionen (Jahresdurchschnitt)		2.025.740	2.055.972	2.083.039	2.108.393	2.131.703
		+ 0,89%	+ 1,49%	+ 1,32%	+ 1,22%	+ 1,11%
Stand an Pflichtversicherten (Jahresdurchschnitt)		3.231.874	3.276.521	3.327.800	3.364.800	3.394.800
		+ 0,82%	+ 1,38%	+ 1,57%	+ 1,11%	+ 0,89%
Durchschnittspension (jeweils Dezember)	€	773,96	789,85	816,29	835,68	855,28
		+ 2,51%	+ 2,05%	+ 3,35%	+ 2,38%	+ 2,35%
Durchschnittliche Beitragsgrundlage	€	2.049,00	2.087,90	2.136,40	2.189,50	2.243,60
		+ 2,99%	+ 1,90%	+ 2,32%	+ 2,49%	+ 2,47%
Pensionsaufwand		22.293,3	23.005,4	24.040,3	24.932,6	25.799,4
		+ 3,70%	+ 3,19%	+ 4,50%	+ 3,71%	+ 3,48%
Sonstiger Aufwand		2.233,4	2.372,7	2.499,8	2.595,6	2.699,4
		+ 7,12%	+ 6,24%	+ 5,35%	+ 3,83%	+ 4,00%
Summe		24.526,7	25.378,1	26.540,1	27.528,2	28.498,7
		+ 4,00%	+ 3,47%	+ 4,58%	+ 3,72%	+ 3,53%
Pflichtbeiträge		14.406,4	18.825,5	19.457,2	20.160,7	20.841
ab 2005 inkl. ehemaligem Zusatzbeitrag		+ 3,79%	+ 30,67%	+ 3,36%	+ 3,62%	+ 3,37%
Überweisungen aus dem Ausgleichsfonds ab		3.978,8	1.920,8	1.882,8	1.912,9	1.963,0
2005 Ersatzzeitenfinanzierung		+ 2,46%	- 51,72%	- 1,98%	+ 1,60%	+ 2,62%
Sonstige Erträge		237,6	323,9	332,2	333,2	332,3
		+ 7,49%	+ 36,35%	+ 2,55%	+ 0,30%	- 0,27%
Summe		18.622,8	21.070,2	21.672,1	22.406,8	23.135,9
		+ 3,55%	+ 13,14%	+ 2,86%	+ 3,39%	+ 3,25%
Bundesbeitrag		5.863,4	5.744,8	6.252,0	6.519,6	6.790,2
		+ 4,75%	- 2,02%	+ 8,83%	+ 4,28%	+ 4,15%
Ausgleichszulagen		811,5	813,8	855,6	864,7	875,6
		- 24,89%	+ 0,28%	+ 5,13%	+ 1,07%	+ 1,26%

Die Beträge verstehen sich auf Basis der Erfolgsrechnungen der PV-Träger und enthalten keine Abrechnungsreste aus Vorjahren;

2007 und 2008 Schätzwerte.

Quelle: Gutachten der Kommission für langfristige Pensionssicherung 2007. Bundesbeitrag u. Ausgleichszulagen BMF.

Anspruch auf Schwerarbeitspension nicht mehr verloren gehen kann.

Pflegegeld

Mit Wirkung vom 1. Jänner 2005 wurde das Pflegegeld nach dem Bundespflegegeldgesetz (BPGG) um 2 % erhöht. Diese Valorisierung des Pflegegeldes verursacht jährliche Mehrausgaben im Bereich des Bundes in Höhe von rund 30 Mio. €.

Seit 1. Jänner 2006 besteht überdies die Möglichkeit einer begünstigten Selbstversicherung in der Pensionsversicherung für pflegende Angehörige, die einen nahen Angehörigen ab der Pflegegeldstufe 3 betreuen und keine Erwerbstätigkeit ausgeübt haben. Dabei wird der fiktive Dienstgeberbeitrag durch den Bund übernommen. Der selbstversicherte Angehörige hat einen monatlichen Eigenbeitrag in der Höhe von 138,38 € zu leisten.

Das Pflege- und Betreuungsangebot soll entsprechend den Bedürfnissen der betreuenden Menschen differenziert und verbessert, der Zugang und die Leistung soll bundesweit harmonisiert und gewährleistet werden. Dazu wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet, der auch Vertreter von Bund, Ländern und Gemeinden angehören. Mit der Neugestaltung der Pflege sollen dabei Lösungen im Interesse einer bestmöglichen Zufriedenheit der betroffenen Menschen gefunden werden, die alle Bereiche des österreichischen Systems der Pflegevorsorge betreffen.

Weiters vorgesehen ist, durch das Sozialversicherungs-Änderungsgesetz 2007 die sozialversicherungsrechtliche Absicherung pflegender Angehöriger mit Wirkung vom 1. Juli 2007 weiter zu verbessern. Dabei sollen die Beitragsanteile der versicherten Personen im Rahmen der begünstigten Weiter- bzw. Selbstversicherung in der Pensionsversicherung bei der Pflege eines nahen Angehörigen, für einen Zeitraum von längstens 48 Kalendermonaten, ab der Pflegegeldstufe 4 halbiert werden bzw. ab der Pflegegeldstufe 5 gänzlich entfallen.

Das Thema Demenz sowie die Betreuung demenziell erkrankter Menschen stellt eine große Herausforderung für die Zukunft dar. Die Pflege dieses Personenkreises stellt hohe Anforderungen an die Pflegepersonen und ist oftmals psychisch und physisch besonders belastend. Das BMSG führt daher im Zeit-

raum 1. Februar 2007 bis 31. Jänner 2008 das Pilotprojekt „Unterstützung für pflegebedürftige Menschen mit demenziellen Erkrankungen und deren pflegende Angehörige“ in Zusammenarbeit mit der Bundesarbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrt (BAG) und Alzheimer Angehörige Austria durch. Im Rahmen dieses Pilotprojektes soll die Finanzierung von Ersatzpflege für Zeiten der Verhinderung der Hauptpflegeperson von demenziell erkrankten Pflegebedürftigen aus dem Unterstützungsfonds für Menschen mit Behinderung bereits ab Vorliegen der Pflegegeldstufe 1 gefördert werden.

Gesundheitsreform

In den Jahre 2005 und 2006 wurden im Rahmen der Gesundheitsreform 2005 folgende Maßnahmen umgesetzt:

- Einrichtung einer Bundesgesundheitsagentur und von 9 Landesgesundheitsfonds als Instrumente einer gemeinsamen Planung und Steuerung sowie abgestimmter Finanzierung des gesamten Gesundheitswesens. In den genannten Institutionen sind die wesentlichen Akteure und Finanziere des österreichischen Gesundheitswesens vertreten.
- Festlegung des Österreichischen Strukturplanes Gesundheit (ÖSG) in Form einer Leistungsangebotsplanung als Rahmenplanung.

Folgende Maßnahmen sind in den Jahre 2007 und 2008 im Rahmen der Gesundheitsreform 2005 geplant:

- Durchführung gemeinsamer Modellversuche zur integrierten Planung, Umsetzung und Finanzierung der fachärztlichen Versorgung im Bereich der Spitalambulanzen und des niedergelassenen Bereichs.
- Weiterentwicklung des ÖSG und Ergänzung um die Planung weiterer Sektoren des Gesundheitswesens.

Zur Kostendämpfung und Effizienzsteigerung bzw. Steuerung im Gesundheitswesen im Ausmaß von 300 Mio. € werden folgende Maßnahmen gesetzt:

- Forcierung der tagesklinischen Leistungserbringung in Krankenanstalten
- Senkung von Verwaltungskosten und nicht patientenbezogener Ausgaben
- Einsatz neuer Organisationsformen in Krankenanstalten wie Tages-, Wochenkliniken und andere vergleichbare Formen der Leistungserbringung

- Bessere Abstimmung zwischen einzelnen Krankenanstalten sowie dem niedergelassenen Bereich zur Vermeidung von Doppelgleisigkeiten
- Verbesserung der regionalen Gleichmäßigkeit der Versorgung im niedergelassenen Bereich

Die Finanzierung der zusätzlich bereitgestellten 300 Mio. € für das Gesundheitswesen erfolgt durch folgende Maßnahmen:

- Anhebung der Tabaksteuer um 0,18 € pro Packung und Zweckwidmung dieser Mehreinnahmen für das Gesundheitswesen
- Anhebung des Krankenversicherungsbeitrages um 0,1 Prozentpunkt
- Anhebung der Höchstbeitragsgrundlage um 90 €
- Reduzierung der Leistungen der sozialen Krankenversicherung für Sehbehelfe

In der gesetzlichen Sozialversicherung sollen 2007 und 2008 jedenfalls folgende Maßnahmen realisiert werden:

- Anhebung des Krankenversicherungsbeitrages um 0,15 Prozentpunkte
- Deckelung der Rezeptgebühr
- Kostendämpfung bei Arzneimitteln.

Familienlastenausgleichsfonds (FLAF)

Der Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen erbringt einen wesentlichen Beitrag zur Finanzierung der Kindererziehungszeiten in der Pensionsversicherung. Mit dem Pensionsharmonisierungsgesetz 2004 wurden die Kindererziehungszeiten mit Wirkung vom 1.1.2005 neu geregelt. In der Vergangenheit waren vom FLAF für die BezieherInnen vom Karenzgeld bzw. vom Kinderbetreuungsgeld Pensionsbeiträge zu leisten. Beitragsgrundlage war das Karenzgeld bzw. der Ausgleichszulagenrichtsatz. Mit 1.1.2005 sind für alle Personen, die ihr Kind in den ersten 48 Lebensmonaten nach der Geburt tatsächlich und überwiegend im Inland erziehen, Pensionsbeiträge zu leisten. Die Beitragsgrundlage wurde im Gesetz mit 1.350 € normiert. Die Berücksichtigung der Gutschriften auf dem Pensionskonto für Kindererziehungszeiten soll zukünftig von einer wertgesicherten Beitragsgrundlage erfolgen. Die Beitragsgrundlage wird daher rückwirkend ab 2006 valorisiert. Im Jahr 2006 betragen die Gesamtausgaben des FLAF 5.407 Mio. €. Im Jahr 2007 sind durch die Auswirkungen der Änderungen zur Finanzierung der Kinderer-

ziehungszeiten Gesamtausgaben in Höhe von 5.530 Mio. € vorgesehen.

Mit 1. Jänner 2002 wurde das Kinderbetreuungsgeld eingeführt. Diese neue familienpolitische Leistung trat an Stelle des Karenzgeldes und kommt als allgemeine Familienleistung allen Eltern zugute. Für Geburten ab 1. Jänner 2008 erfolgt eine Flexibilisierung des Kindergeldes, um den Eltern eine Wahlfreiheit zwischen zwei Varianten zu ermöglichen. In Zukunft kann neben der bisherigen Leistung von monatlich 436 € über einen Zeitraum von 36 Monaten das Kinderbetreuungsgeld auch über einen Zeitraum von 18 Monaten in Höhe von monatlich 800 € in Anspruch genommen werden. Gleichzeitig wird die Zuverdienstgrenze von 14.600 € auf 16.200 € pro Jahr angehoben.

Mit 1. Jänner 2008 soll der Zuschlag zur Familienbeihilfe für das 3. Kind von 25 € auf 35 €, für das 4. und jedes weitere Kind von 25 € auf 50 € angehoben werden. Das Familieneinkommen als Einkommensgrenze für den Mehrkindzuschlag wird von jährlich 45.000 € auf 55.000 € erhöht. Da die Berücksichtigung der Gutschriften auf dem Pensionskonto für Kindererziehungszeiten auch zukünftig von einer wertgesicherten Beitragsgrundlage erfolgen soll wird diese valorisiert. Die Gesamtausgaben des FLAF sind im Jahr 2007 mit 5.530 Mio. € veranschlagt. Im Budget 2008 sind durch die Steigerungen beim Kinderbetreuungsgeld, bei den Familienbeihilfen und bei den Pensionsbeiträgen für die Kindererziehungszeiten Gesamtausgaben des FLAF in Höhe von 5.642 Mio. € vorgesehen.

Arbeitsmarktverwaltung

Die regionale Beschäftigungs- und Wachstumsoffensive 2005/2006 der österreichischen Bundesregierung unterstützt die Ausschöpfung des Beschäftigungspotenzials der österreichischen Wirtschaft. Ein wesentlicher Eckpfeiler ist die Initiative „Unternehmen Arbeitsplatz“, gesetzlich geregelt im Beschäftigungsförderungsgesetz (BFöG). Mit dem BFöG wurden dem Arbeitsmarktservice Österreich für die Jahre 2006 und 2007 zusätzliche Geldmittel im Umfang von 285 Mio. € für die aktive Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung gestellt. Dadurch wurde im Jahr 2006 ein Rekordbudget für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in Höhe von 1.788 Mio. € erreicht. Im Vergleich zum Jahr 1999 wurde allein das aktive Mittelniveau um rd. 35% erhöht, in

Summe wurde der Gesamtmiteinsatz für aktive und aktivierende Aufwendungen am Gesamtbudget der Gebarung Arbeitsmarktpolitik mehr als verdoppelt.

Die zielorientierte Arbeitsmarktpolitik wird von der neuen Bundesregierung durch Sicherstellung der budgetären Mittel 2006 für die Folgejahre 2007 und 2008 fortgeführt. Dem Arbeitsmarktservice Österreich werden für die Jahre 2007 und 2008 jeweils 845 Mio. € für aktive Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung gestellt. Gemeinsam mit dem Miteinsatz des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit (inklusive der Mittel des Europäischen Sozialfonds) werden rund 930 Mio. € im Jahr 2007 sowie 2008 für aktive arbeitsmarktpoliti-

und Sozialversicherungsabgaben. Die Schwankungen – am stärksten sind diese bei den direkten Steuern – sind auf singuläre Effekte zurückzuführen, z.B. auf die hohen Abschlagszahlungen bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer vor der Einführung der Anspruchsverzinsung (2001) und auf die Steuerentlastungen bei der Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuer im Zuge der beiden Etappen der Steuerreform.

Die Schwerpunkte der beiden Etappen der Steuerreform lagen in der Tarifreform des Einkommensteuertarifs (Substitution des Grenzsteuertarifs durch einen Durchschnittssteuertarif und gleichzeitig durchgängige Senkung des Durchschnittssteuersatzes), in der

Tabelle 11a Miteinsatz für aktive und aktivierende Arbeitsmarktpolitik (AMP)
in Mio. €

	1999	2004	2005	2006	2007	2008
			vorl. Ergebnis		Plan	Plan
aktive AMP	641	793	785	927	930	930
aktivierende AMP	121	747	770	860	858	858
Summe	762	1.540	1.555	1.787	1.788	1.788

Quelle: BMWA

sche Zwecke bereitgestellt.

5.5 Öffentliche Abgaben

Die österreichische Abgabenquote ist seit dem historischen Höchststand im Jahr 2001 (44,8%) kontinuierlich gesunken. Neben den Konjunktur- und Wachstumspaketen führten insbesondere die zwei Etappen der Steuerreform – diese sind mit Jahresanfang 2004 und 2005 in Kraft getreten - zu einer merklichen Verringerung. Für das Jahr 2006 wird deshalb mit einer Abgabenquote von 41,7% gerechnet. Diese sollte in den Jahren 2007 und 2008 nunmehr annähernd gleich bleiben .

Die Zusammensetzung der Abgabenquote ist über die Zeit relativ konstant. Rund ein Drittel der Abgaben entfällt jeweils auf direkte Steuern, indirekte Steuern

stärkeren steuerlichen Förderung von Familien (Erhöhung der Zuverdienstgrenze und der Kinderzuschläge beim Alleinverdienerabsetzbetrag), in der Senkung des Körperschaftsteuersatzes um 9%-Punkte auf 25% und der Einführung der Gruppenbesteuerung, sowie in der steuerlichen Förderung von Eigenkapital durch die begünstigte Besteuerung von nicht entnommenen Gewinnen. Gleichzeitig wurden Umweltabgaben (Erhöhung von Energieabgaben) angepasst und Bagatellsteuern (Schaumweinsteuer) abgeschafft.

Insgesamt führten die Maßnahmen der beiden Etappen zu einer mittelfristigen Senkung der Abgabeneinnahmen um rund 3 Mrd. € pro Jahr. Davon entfallen auf die erste Etappe rund 500 Mio. € und auf die Zweite rund 2.500 Mio. €.

Im Anschluss an die Steuerreform wurden am Ende der letzten Gesetzgebungsperiode wesentliche punk-

Tabelle 12 Öffentliche Abgaben des Bundes
in Mio. €

	2004 Erfolg	2005 Erfolg	2006 BVA vorl.Erfolg	2006 Erfolg	2007 BVA-E	2008 BVA-E
Veranlagte Einkommensteuer	2.818,9	2.539,5	2.800,0	2.524,5	2.700,0	2.850,0
Lohnsteuer	17.118,6	16.930,4	17.700,0	18.092,0	19.000,0	20.000,0
Kapitalertragsteuer auf Zinsen	1.318,1	1.280,5	1.570,0	1.376,4	1.500,0	1.550,0
Körperschaftsteuer	4.470,4	4.418,4	3.800,0	4.833,2	5.500,0	5.900,0
Umsatzsteuer	18.154,9	19.442,0	19.400,0	20.171,1	20.900,0	21.700,0
Zölle	221,5	227,0	170,0	255,5	260,0	270,0
Tabaksteuer	1.317,9	1.339,7	1.400,0	1.408,5	1.400,0	1.350,0
Mineralölsteuer	3.594,0	3.565,3	3.650,0	3.552,7	3.650,0	3.800,0
Stempel und Rechtsgebühren	790,2	798,5	825,0	805,9	830,0	850,0
Energieabgabe	736,2	784,9	760,0	668,6	730,0	750,0
Normverbrauchsabgabe	477,0	486,1	510,0	490,2	520,0	530,0
Motorbez. Versicherungssteuer	1.251,1	1.325,2	1.320,0	1.376,1	1.400,0	1.420,0
Kraftfahrzeugsteuer	166,0	142,8	145,1	141,0	120,0	90,0
Sonstige Abgaben	3.772,3	3.875,8	4.266,1	4.701,9	4.673,0	4.820,0
Bruttoabgaben	56.206,9	57.156,1	58.316,2	60.397,7	63.183,0	65.880,0
Überweisung an Länder, Gemeinden, Fonds u.a.	-16.397,2	-16.804,7	-17.028,5	-17.473,4	-18.577,8	-19.340,6
Beitrag an die EU	-2.149,5	-2.313,7	-2.386,1	-2.470,0	-2.400,0	-2.500,0
Nettoabgaben	37.660,2	38.037,7	38.901,6	40.454,2	42.205,2	44.039,4

Quelle: Bundesministerium für Finanzen

tuelle Anpassungen des Steuerrechts aus gesundheitspolitischen und sozialpolitischen Gesichtspunkten gesetzt, und Maßnahmen zur Förderung der Klein- und Mittelunternehmen ergriffen.

Das KMU-Förderungsgesetz – in Kraft getreten mit 1.1.2007 - sieht für „Einnahmen-Ausgaben-Rechner“ die Einführung eines Freibetrages für investierte Gewinne in der Höhe von 10% des Gewinns – maximal jedoch 100.000 € – pro Jahr vor. Diese Begünstigung ist in Zusammenhang mit der „steuerlichen Begünstigung für nicht entnommene Gewinne“ zu sehen, die im Zuge der ersten Etappe der Steuerreform eingeführt wurde, die jedoch nur Betrieben offen steht, die den Gewinn mittels Betriebsvermögensvergleich ermitteln. Weiters wurde mit dem KMU-Paket ein 3jähriger Verlustvor-

trag für „Einnahmen- Ausgaben-Rechner“ eingeführt und bei der Umsatzsteuer die unechte Steuerbefreiung auf Unternehmen bis zu einem jährlichen Umsatz von 30.000 € ausgedehnt.

Zur Förderung von Forschung und Entwicklung im Bereich kleinerer und mittlerer Unternehmen erfolgte die Ausweitung der steuerlichen Forschungsförderung, - diese wurde bereits in den letzten Jahren schrittweise mehrmals erhöht -, auf in Auftrag gegebene Forschung, um auch Betrieben, die aufgrund der Unternehmensgröße oftmals Forschungs- und Entwicklungsausgaben an Dritte auslagern müssen, die steuerliche Forschungsförderung zu eröffnen.

Nachdem bereits mit 2004 die Pendlerpauschale im Zuge der Steuerreform angehoben wurde, um den

Anstieg der Treibstoffkosten zu kompensieren, war es notwendig, aufgrund der weiter enorm gestiegenen Rohölpreise die Pendlerpauschale und das Kilometergeld ab dem Jahr 2006 nochmals um rund 10% zu valorisieren. Als Beitrag zur Finanzierung der öffentlichen Gesundheitsausgaben erfolgte 2005 eine zweckgebundene Erhöhung der Tabaksteuer.

Das Regierungsprogramm für die laufende Gesetzgebungsperiode sieht die rasche Umsetzung von Maßnahmen zur Finanzierung der Infrastrukturoffensive vor. Neben der geplanten Anhebung der bestehenden Maut für Lastkraftwagen wird mit Mitte 2007 die Mineralölsteuer auf Benzin um 1 Cent/Liter und auf Diesel um 3 Cent/Liter erhöht. Damit wird u.a. auch die steuerliche Diskrepanz zu Nachbarstaaten – insbesondere zu Deutschland und Italien – etwas verringert. Um die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Transportwirtschaft nicht zu verschlechtern, erfolgt darüberhinaus eine Reduzierung der im internationalen Vergleich sehr hohen Kraftfahrzeugsteuer (Budgetbegleitgesetz 2007).

Weitere wichtige Änderungen des Budgetbegleitgesetzes zielen auf eine Verbesserung der Tax Compliance ab. So wird u.a. im Bereich der Umsatzsteuer das Reverse Charge auf den Schrotthandel ausgedehnt um den Steuerbetrug bei innergemeinschaftlichen Lieferungen zu bekämpfen, die Kontrolle bei der Erhebung der Normverbrauchsabgabe verbessert und der Forschungsfreibetrag auf Forschung auf Betriebe innerhalb der EU bzw. des EWR-Raumes eingeschränkt. Insgesamt werden die Änderungen des Budgetbegleitgesetzes zu einem mittelfristigen Mehraufkommen von ca. 210 Mio. € pro Jahr führen.

5.6 Verwaltungsreform

Eine moderne öffentliche Verwaltung ist unabdingbare Voraussetzung für einen erfolgreichen Wettbewerbsstandort und Basis für das notwendige Vertrauen der Bevölkerung in den Staat. Eine kontinuierliche Verwaltungsreform unterstützt diese notwendige Weiterentwicklung einer effektiven und effizienten öffentlichen Verwaltung. Aus budgetärer Sicht sind insbesondere folgende Ziele für eine Verwaltungsreform unumgänglich:

- Budgetkonsolidierung durch Verwaltungsreformmaßnahmen unterstützen
- Unternehmerisches Handeln in der öffentlichen Verwaltung fördern
- Hochqualitative Leistungen für Bürgerinnen und Bürger möglichst kostengünstig bereitstellen.

Seit 1997 haben sich die jeweiligen Regierungen zum Ziel gesetzt durch umfassende Verwaltungsreformen die Aufgaben des Staates noch bürgerorientierter, effizienter und effektiver zu erfüllen. Derzeit kann sich Österreich rühmen, dass seine öffentliche Verwaltung zum europäischen Spitzenfeld zählt. So wurde sie bereits mit zahlreichen Preisen ausgezeichnet. Die vielfältigen Initiativen haben in den letzten Jahren einen erheblichen Modernisierungsschub bewirkt.

2006 konnten in der Bundesverwaltung durch Personal- und Verwaltungsreformmaßnahmen seit dem Jahr 2000 Einsparungen in Höhe von rund 1,5 Mrd. € bzw. ein Personalabbau von rund 10.000 VBÄ erreicht werden.

Die gewollte Ressourcenverknappung erfordert aber eine gezielte Personalentwicklung und ein durchdachtes Personalmanagement, um die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Sektors zu optimieren. Die Ministerien haben entsprechende Schritte gesetzt und eigene Personalentwicklungsprogramme erstellt und Maßnahmen für eine bessere Übereinstimmung von Beruf und Familie gesetzt.

Der effektive Nutzung der modernen Technologie dienen der effizienten Erfüllung der öffentlichen Aufgaben. Die breite Nutzung neuer elektronischer Möglichkeiten in der Verwaltung ermöglicht zahlreiche Vereinfachungen des Verwaltungsablaufs und liefern ein verbessertes Service für die Bürgerinnen und Bürger. Beispielfhaft zu erwähnen sind:

- Seit 2001 wird help.gv.at kontinuierlich ausgebaut und steht als Online Amtshelfer den Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung. Neben grundlegenden Informationen finden sich Formulare zum Download und zunehmend auch die Möglichkeit, Amtswege online abzuwickeln.
- Seit 2003 bietet FinanzOnline den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, ihre Steuerkonten oder ihren Steuerakt abzufragen, ihre Arbeitnehmerveranlagung oder Steuererklärung elektronisch zu übermitteln und Änderungen ihrer persönlichen Daten selbst durchzuführen.

- Mit der Einführung des „ELAK“ 2005 gibt es nun in allen Bundesministerien fast nur mehr Akten in elektronischer Form, die ohne Medienbruch zwischen den Ministerien ausgetauscht werden können. Damit wird die Erledigungsdauer insgesamt verkürzt, die Verfahren beschleunigt und die Leistungsqualität verbessert.
- Die neue Haushaltsverrechnung SAP/R3 startete 2004 und ermöglichte ein effizientes Personal-, Finanz- und Liquiditätsmanagement und eine zeitgemäße Bereitstellung von Controllingdaten. Abläufe wurden vereinfacht, Mehrfacherfassungen verhindert und Änderungen bei den Budgetierungsmethoden werden rasch ermöglicht.

Die traditionelle öffentliche Verwaltungsführung wird zunehmend nach den Grundsätzen des New Public Managements weiterentwickelt. Neben dem Ausbau von Controlling, Evaluation und modernen Berichts- und Managementsystemen sind insbesondere der Ausbau der Flexibilisierungsklausel und die Einführung der Bundes-Kosten-Leistungs-Rechnung zu erwähnen:

- Im Rahmen der Flexibilisierungsklausel wird den Dienststellen des Bundes mehr Spielraum und Verantwortung in Fragen des Budgets, Personal, Organisation und Leistungserstellung ermöglicht. Derzeit sind 15 Flexiorganisationen aktiv. Weitere sind geplant.
- Moderne Kosten- und Leistungsrechnungsinstrumente ermöglichen eine Leistungs- und Ergebnisorientierung. Mit der Einführung der Bundes-Kosten-Leistungs-Rechnung 2005 können Kosten von Leistungen und damit auch Einsparungen und Leistungssteigerungen sichtbar gemacht werden.

Optimierungen der Arbeitsabläufe, der Abbau von Doppelgleisigkeiten, die Vermeidung von Parallelstrukturen und das Erzielen von Skaleneffekten wurde durch zahlreiche Umstrukturierungen möglich. Beispielfähig sind zu erwähnen:

- „Team 04“ führte zur Zusammenlegung von Polizei und Gendarmerie. Ziele waren neben der generellen Erhöhung der Sicherheit und Schlagkraft in der Verbrechensbekämpfung die Beseitigung von Doppelgleisigkeiten, Straffung der Arbeitsabläufe und ein nachhaltiger Bürokratieabbau.
- Die Reform der Finanzverwaltung führte zu einer Neugestaltung und Zusammenführung der ehe-

mals 80 Finanzämter zu 41 Wirtschaftsräumen. Eckpunkte der Reform waren größtmögliche Bürgernähe durch kompetente rasche Beratung und Betreuung sowie ein effizientes Verwaltungsmanagement.

- Eine wichtige Etappe in der Reorganisation der Bezirksgerichte konnte 2005 abgeschlossen werden. Aus Kostengründen und zur Sicherung der Qualität der Rechtssprechung wurden kleine Bezirksgerichte zusammengeführt.
- Durch Einrichtung der BundesbeschaffungsgmbH 2002 wurden die dezentralen Beschaffungsaktivitäten des Bundes gebündelt und standardisiert. Dadurch wird die Einkaufsposition des Bundes optimiert und die Beschaffung schneller und effektiver.
- 2004 wurde die Buchhaltungen des Bundes in der Buchhaltungsagentur zusammengefasst. Die Abwicklung sämtlicher Buchhaltungsleistungen des Bundes durch eine einzige zentrale Agentur erlauben deutliche Effizienzgewinne und Einspareffekte.
- Die Ziele des Projektes „Serviceleistungen im Bund“ sind Einsparungen an Sachaufwand und Personal bei erhöhter Leistungsqualität, Vereinfachung und Beschleunigung von Abläufen, Effizienzsteigerung, Standardisierung und Spitzenausgleich bei einzelnen nicht oft nachgefragten Leistungen und bessere Nutzung der Ressourcen. Insgesamt wurden 12 Projekte identifiziert, die zum Großteil bereits abgeschlossen bzw. weit gediehen sind.

Unter dem Namen „Verwaltungsreform II“ haben am 15.11.2005 die politischen Vertreter von Bund, Ländern und Gemeinden vereinbart, gemeinsam Verwaltungsreformmaßnahmen zu setzen. Dazu zählen:

- Maßnahmen zur Optimierung der Schulverwaltung
- Maßnahmen zur Einsparung von Verwaltungsausgaben im Gesundheitsbereich
- Standardisierung der Personaldaten der Gebietskörperschaften
- Ausbau von Verwaltungspartnerschaften und Kooperationen zwischen Städten, Gemeinden und Bundesländern
- Verbesserung der Zusammenarbeit der Gebietskörperschaften im Bereich E-Government
- Verwaltungsentlastung zugunsten der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie
- Prüfung betr. Tätigwerden der Bundesbeschaffung GmbH für Unternehmen im Eigentum von Ländern und Gemeinden

Die Bundesregierung hat vereinbart, eine einheitliche Rechtsform für den Bundesdienst zu schaffen und eine Nebengebührenreform umzusetzen. Die Konsolidierung des Personalstandes des Bundes wird weiter vorangetrieben. Personalfragen im Zusammenhang mit Reformvorhaben der Bundesregierung werden im jeweiligen Sachzusammenhang diskutiert. Im Rahmen der Budgetverhandlungen 2007 und 2008 wurde das Thema Verwaltungsreformmaßnahmen und deren mögliche Einsparpotentiale behandelt.

Durch die beabsichtigte Staats und Verwaltungsreform soll die innere Struktur der Republik in Bund, Ländern und Gemeinden an die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts angepasst werden. Auf Basis der Arbeiten des Österreich Konvents und des diesbezüglichen parlamentarischen Ausschusses wird eine Expertengruppe zum Thema „Staats und Verwaltungsreform“ konkrete Maßnahmenvorschläge bis Mitte des Jahres erarbeiten. Bis Ende des Jahres werden dann die konkreten Maßnahmen im Parlament beschlossen werden.

Die Bundesregierung hat vereinbart, dass auch das Verwaltungsmodernisierungsprogramm weitergeführt werden wird. In jedem Ressort wird vorerst zumindest ein Modernisierungsprojekt in Angriff genommen. Dieses neue Projekt soll sowohl qualitative Verbesserungen für Bürgerinnen und Bürger und/oder Unternehmen bringen als auch zu Einsparungen führen. Ein weiterer Impuls soll auch im Bereich Qualitätsmanagement etwa in Form von Qualitätsstandards für Behörden gesetzt werden.

Eine weitere Verwaltungsreformmaßnahme hat sich zum Ziel gesetzt, die Personalbewirtschaftung des Bundes zu verbessern und den Personaleinsatz im Rahmen sich verändernder Aufgabenstellungen des Bundes zu unterstützen. Beabsichtigt ist eine zentrale, koordinierende Einrichtung zu schaffen, die insbesondere Aufgaben der Personalvermittlung im gesamten Bundesbereich übernehmen wird. Dazu zählen die individuelle Beratung und Unterstützung sowohl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Stellensuche als auch der Dienststellen mit Personalbedarf.

5.7 Haushaltsrechtsreform

Die unter Koordination des Bundesministeriums für Finanzen und unter Einbeziehung der Parlamentsfraktionen ausgearbeitete Haushaltsrechtsreform soll möglichst rasch dem Parlament zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Sie bedeutet die weitreichendste Änderung des Budgetrechts in der Zweiten Republik und ermöglicht einen massiven Schub für die Verwaltungsreform.

Die 1. Etappe (mögliches Inkrafttreten: 1.1. 2009) sieht vor:

- Neue Haushaltsgrundsätze für Bund, Länder und Gemeinden: Nachhaltig geordnete öffentliche Haushalte und eine Koordinierungspflicht in diesem Sinne. Weiters werden Bund, Ländern und Gemeinden verpflichtet, bei der Haushaltsführung die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern anzustreben (Grundsatz des Gender Budgeting).
- Eine verbindliche mittelfristige Ausgabenobergrenze: Sie gilt rollierend 4jährig für das gesamte Bundesbudget sowie für hochaggregierte Rubriken und steht im einfachen Gesetzesrang. Auch die Ressortbudgets werden mit festgelegt, verbindlich aber nur für das jeweils nächste Jahr. Die automatischen Stabilisatoren werden ins Budget eingebaut, indem konjunkturabhängige Ausgabenbereiche entlang definierter Parameter variabel gehalten werden (in schlechten Zeiten steigen die Ausgabenobergrenzen, in guten Zeiten sinken sie - damit stabilisiert das Budget die Wirtschaftsentwicklung mit).
- Für die Ressorts gibt es wesentliche Verbesserungen: Nicht ausgenützte Mittel verfallen im Regelfall nicht, sondern bleiben den Ressorts (gegen das „Dezemberfieber“); diese Rücklagen sind auch nach den Prioritäten der Ressortleitung einsetzbar und nicht nur für den Zweck, aus dem sie gebildet wurden. Das Budget profitiert dadurch, dass Rücklagen erst finanziert werden, wenn sie entnommen werden, nicht bei ihrer Bildung (somit: Zinersparnis).

Die 2. Etappe (mögliches Inkrafttreten: 1. Jänner 2013) sieht vor:

- Eine völlig neue Steuerung verbindet Ressourcen mit Leistungen. Für die jeweiligen Dienststellen des Bundes werden zu erbringende Leistungen definiert und ein Globalbudget, mittels dem die Leistung er-

bracht wird. Damit wird für die Bürger innen und Bürger nachvollziehbar, was die staatlichen Stellen mit den Steuergeldern leisten und die einzelnen Führungskräfte in der Verwaltung erhalten mehr Bewegungsspielraum bei der Erbringung ihrer Leistungsvorgaben.

- Damit ist eine Abkehr vom Steuerungsmonopol der Kameralistik verbunden. Ein kaufmännisches Rechnungswesen (Cashrechnung, Erfolgsrechnung, Bilanz) wird in die Bundesverwaltung einziehen und die moderne Steuerung der Verwaltung unterstützen.

5.8 Initiative: Verwaltungskosten senken

Die österreichische Bundesregierung verfolgt das Ziel Verwaltungskosten für Unternehmen aus bundesrechtlichen Informationsverpflichtungen bis 2010 um 25% zu senken (Ministerratsbeschluss vom 27. April 2006). Die Initiative entlastet Unternehmen substanziell, schafft Potenzial für Investitionen, erhöht damit die Beschäftigung und stärkt die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Österreich. Wachstum und Beschäftigung bilden auch einen Schwerpunkt im Regierungsprogramm der XXIII. Legislaturperiode, zu dem die Initiative „Verwaltungskosten senken für Unternehmen“ einen wesentlichen Beitrag leistet. Im Ministerrat vom 14. Februar 2007 wurden die nächsten Schritte der Initiative beschlossen: Die Festlegung von Reduktionszielen pro Bundesministerium im Herbst, die Erarbeitung von Maßnahmenplänen zur Erreichung der Reduktionsziele bis Ende des Jahres sowie die Berechnung von Verwaltungskosten für Unternehmen im Rahmen neuer rechtssetzender Maßnahmen.

EU-Ebene

Der Europäische Rat hat beim Frühlingsgipfel am 8./9. März 2007 einen Aktionsplan angenommen, mit dem Ziel, die Verwaltungskosten für Unternehmen in der EU bis 2012 um 25% zu senken. Im Aktionsplan enthalten sind Ausführungen zu Methode, Prioritätsbereichen, organisatorischer Struktur sowie zur Vorgangsweise bei den „fast track actions“. Das sind jene Bereiche, in

denen unmittelbar Maßnahmen zur Senkung von Verwaltungskosten gesetzt werden sollen. Nach Abschluss eines Ausschreibungsverfahrens sollen externe BeraterInnen zwischen Mai 2007 und November 2008 die Informationsverpflichtungen für Unternehmen in EU Verordnungen, Richtlinien und den nationalen Umsetzungsakten erheben, ein erster Fortschrittsbericht soll dem Europäischen Rat 2009 vorgelegt werden.

Die Mitgliedstaaten wurden aufgefordert auf nationaler Ebene konkrete Reduktionsziele festzulegen; derzeit setzen oder planen 17 Mitgliedstaaten Maßnahmen zur Messung und Senkung von Verwaltungskosten.

Fokus der Initiative

Im Rahmen der Initiative werden Verwaltungskosten für Unternehmen aus bundesrechtlichen Informationsverpflichtungen gemessen und mit Hilfe geeigneter Maßnahmen gesenkt. Informationsverpflichtungen auf Grund gemeinschaftsrechtlicher Regelungen werden erfasst, sofern zu ihrer Durchführung und Umsetzung nationale Rechtsakte ergangen sind.

Verwaltungskosten für Unternehmen beziehen sich auf jene Kosten, die in Unternehmen anfallen, wenn sie diesen Informationsverpflichtungen nachkommen.

Unter einer Informationsverpflichtung ist die Pflicht zu verstehen, Informationen zusammenzustellen bzw. bereitzuhalten und diese unaufgefordert oder auf Verlangen einer Behörde, anderen Institutionen oder Personen zur Verfügung zu stellen.

Nicht im Fokus der Betrachtung stehen der beabsichtigte, politische Zweck der Rechtsetzung bzw. deren Ziele: der Regulierungsinhalt und damit verbundene finanzielle und materielle Erfüllungskosten werden nicht bewertet.

Organisation und Zeitplan

An der Initiative sind alle Bundesministerien beteiligt, die Gesamtkoordination liegt beim Bundesministerium für Finanzen. Jedes Bundesministerium ist für die Durchführung der Initiative in seinem Aufgabenbereich verantwortlich.

Mai bis Oktober 2006: Vorbereitungen

- Anfang Mai 2006 wurden eine interministerielle Arbeitsgruppe zur strategischen Gesamtsteuerung eingerichtet.

- Auf Basis der internationalen best-practice Beispiele und in Abstimmung mit allen Bundesministerien wurde ein Handbuch für die Anwendung des Standardkostenmodells in Österreich verfasst.
- Das Ausschreibungsverfahren für die operative Durchführung der Messung der Ausgangsbasis durch BeraterInnen wurde durchgeführt. Es wurden neun Lose ausgeschrieben, wobei das Bundeskanzleramt, das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten, das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung und das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur einerseits sowie das Bundesministerium für Landesverteidigung und das Bundesministerium für Inneres andererseits in je einem Los zusammengefasst wurden.
- Die Bundesministerien haben die Infrastruktur für die Abwicklung der Teilprojekte in ihrem Aufgabebereich eingerichtet.

November 2006 bis Juni 2007: Ausgangsbasis messen

- Seit Anfang November 2006 führen BeraterInnen gemeinsam mit den Bundesministerien die Messung der Ausgangsbasis durch.
- Alle mit Stichtag 31.12.2006 geltenden bundesrechtlichen Rechtsvorschriften, die Informationsverpflichtungen für Unternehmen enthalten, werden erhoben, analysiert und kostenmäßig bewertet.
- Über 500 Rechtsvorschriften wurden identifiziert, die zwischen 5500 und 6000 Informationsverpflichtungen enthalten.
- Die entstehenden Verwaltungskosten für Unternehmen werden im Zeitraum von März bis Mai 2007 anhand von rund 1400 persönlichen Interviews in Unternehmen gemessen.
- Die Ergebnisse der Messung werden Ende Juni 2007 vorliegen.

Herbst 2007: Reduktionsziele festlegen

- Im Herbst 2007 wird auf Grundlage der Ergebnisse der Messung ein gemeinsamer Beschluss für ressortspezifische Reduktionsziele gefasst, der sicherstellt, dass in Summe 25% Reduktion an Verwaltungskosten für Unternehmen bis 2010 erreicht werden kann.
- bis Ende 2007: Maßnahmen definieren
- Bis Ende 2007 bereiten die Bundesministerien Maßnahmenpläne zur Erreichung der ressortspezifi-

schen Reduktionsziele vor und leiten die Umsetzung der entsprechenden Maßnahmen ein.

- Bei den möglichen Maßnahmen unterscheidet man fünf Kategorien:

Vereinfachung, Zusammenführung und Wegfall von Regelungen

Vereinfachung von Prozessen

Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen öffentlichen Stellen

Neue IT-Lösungen und -Dienste

Verbesserung der Informationsaufbereitung sowie der Klarheit und Verständlichkeit der Anleitung

Fortlaufend bis 2010: Maßnahmen umsetzen

- Bei der Umsetzung der Maßnahmen müssen auch die Verwaltungskosten neuer Informationsverpflichtungen berücksichtigt werden. Aufgrund der fixen Reduktionsziele pro Bundesministerium gilt der Grundsatz, dass neue Belastungen nur gegen die zusätzliche Reduktion bestehender Kosten erfolgen können.
- Im Rahmen der finanziellen Auswirkungen rechtsetzender Maßnahmen sollen deshalb in Zukunft die Verwaltungskosten für Unternehmen aus Informationsverpflichtungen mit dem Standardkostenmodell bewertet werden.

Standardkostenmodell-Methode

Das bereits international erprobte Standardkostenmodell ist ein Modell zur Messung von Verwaltungskosten, die Unternehmen durch die Erfüllung von gesetzlichen Informationsverpflichtungen entstehen. Auf Basis von persönlichen Interviews in Unternehmen bietet die Methode eine systematische Berechnung der Verwaltungskosten in Unternehmen. Die Standardkostenmodell-Methode ist geeignet, prioritäre Reformbereiche zur Entlastung von Unternehmen zu identifizieren und das Zusammenwirken zwischen Verwaltung und Wirtschaft zu verbessern. Aufgrund des hohen Grades an Standardisierung lassen sich auch internationale Vergleiche ziehen und Reformbereiche auf europäischer Ebene ableiten.

Ausgangspunkt im Standardkostenmodell ist immer die einzelne Rechtsvorschrift (vgl. nachstehende Abbildung). Durch Addition der Kosten der Verwal-

tungstätigkeiten, der Datenerfordernisse und der Informationsverpflichtungen ergeben sich die Kosten für eine Rechtsvorschrift.

5.9 Finanzausgleich

Die laufende Finanzausgleichsperiode gilt bis Ende 2008, die beiden Bundesvoranschläge 2007 und 2008 sind somit die letzten beiden auf Basis des Finanzausgleichsgesetzes 2005.

Entwicklung der Ertragsanteile und Bedarfszuweisungen

Ein Schwerpunkt der letzten Finanzausgleichsverhandlungen war die Diskussion über die Verteilung der so genannten „Finanzausgleichsmasse“ und die Entwicklung der Ertragsanteile, insb. unter Berücksichtigung der Steuerreformen 2004 und 2005. Als Ergebnis wurde vereinbart, dass Länder und Gemeinden zusätzlich jeweils jährlich 100 Millionen Euro als Finanzzuweisung des Bundes erhalten.

Diese zusätzliche Finanzzuweisung für die Gemeinden diente teilweise als Ausgleich für Mindereinnahmen aus der Reform des abgestuften Bevölkerungsschlüssels, bei dem die Gemeinden bis 10 000 Einwohner durch die Erhöhung des untersten Vervielfachers wesentlich aufgewertet wurden. Gerade kleine Gemeinden profitierten daher aus dem Finanzausgleichsgesetz 2005 ganz besonders.

Wenngleich die Ertragsanteile weiterhin die wichtigsten Einnahmen der Länder und Gemeinden aus dem Finanzausgleich bilden, so gewinnen die Bedarfszuweisungen vor allem für die Länder immer mehr an Gewicht: Mit 1,15 Mrd. Euro (BVA-E 2007) bzw. 1,31 Mrd. Euro (BVA-E 2008) betragen die Bedarfszuweisungen an die Länder bereits rund ein Sechstel der Ertragsanteile. Obwohl die Bedarfszuweisungen an die Gemeinden mit 122 Mio. Euro lt. BVA-E 2007 und BVA-E 2008 dazu vergleichsweise gering sind, kommt ihnen als Ausgleich insb. für die Verschiebungen, die aus der im Finanzausgleich 2005 durchgeführten Änderungen beim abgestuften Bevölkerungsschlüssel resultieren, eine wichtige Funktion zu.

Die Einnahmen der Länder und Gemeinden aus der Summe der Ertragsanteile, Kopfquotenausgleich

Tabelle 12a Entwicklung der Ertragsanteile und Bedarfszuweisungen
in Mio. €

	2004	2005	2006	2007	2008
Länder					
Ertragsanteile	7.059	7.282	7.512	7.970	8.327
Ertragsanteile-Kopfquotenausgleich	103	102	97	105	110
Bedarfszuweisungen	741	890	1.002	1.145	1.310
Summe	7.903	8.274	8.611	9.220	9.747
Gemeinden					
Ertragsanteile	6.253	6.437	6.696	7.091	7.369
Bedarfszuweisungen	19	140	119	122	122
Summe Gemeinden	6.272	6.577	6.815	7.213	7.491

Quelle: Bundesministerium für Finanzen

und Bedarfszuweisungen entwickeln sich in der laufenden Finanzausgleichsperiode ausgesprochen positiv, sodass die teilweise geäußerte Befürchtung, dass die Steuerreform zu einem Einbruch führen könnte, mittlerweile als unbegründet bezeichnet werden können (in Mio. Euro):

Die Steigerung dieser Einnahmen von 2004, also dem letzten Jahr der vorangegangenen Finanzausgleichsperiode, bis 2008 beträgt jeweils – trotz Steuerreform – durchschnittlich rd. 5,4 % jährlich.

Staats- und Verwaltungsreform

Das Regierungsprogramm sieht eine umfassende Staats- und Verwaltungsreform vor, für die von einer Expertengruppe unter Beteiligung der Landeshauptleute von Salzburg und Vorarlberg bis zum 30. Juni 2007 ein Vorschlag vorbereitet werden soll, auf dessen Basis im Parlament Beratungen mit dem Ziel eines Abschlusses bis Ende des Jahres 2007 stattfinden werden.

Im Verhältnis zwischen den Finanzausgleichspartnern werden insb. die beabsichtigte neue Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern, die mögliche Einrichtung von Landesverwaltungsgerichten sowie die vorgesehene Stärkung der Länder und Gemeinden und nicht zuletzt die Verbesserung der interkommunalen Zusammenarbeit erhebliche Auswirkungen auch auf die finanziellen Beziehungen haben und bei den kommenden Finanzausgleichsverhandlungen eine wichtige Rolle spielen.

5.10 Privatisierungen

Der Bund hat im Jahr 2005 seine Anteile an der Flughafen Linz GmbH sowie im Jahr 2006 an der Entwicklungsgesellschaft Aichfeld-Murboden GmbH, der Gemeinnützigen Wohnbaugesellschaft mbH Villach und an der Intercontinental HotelbetriebsgmbH veräußert.

Die Österreichische Industrieholding AG (ÖIAG) hat mit den im Jahr 2005 vorgenommenen Privatisierungen weitere wesentliche Schritte zur Erfüllung des von der Bundesregierung erteilten Privatisierungsauftrags für die vergangene Legislaturperiode gesetzt. Das seitens der Siemens AG Österreich im Dezember 2004 an alle Aktionäre der VA Tech gelegte öffentliche Angebot wurde von der ÖIAG im Jänner 2005 angenom-

men. Im Juli 2005 wurde von der Siemens AG Österreich nach Vorlage der Genehmigung durch die Fusionskontrolle der EU die Übernahme des 14,7 % igen Anteils der ÖIAG an der VA Tech abgewickelt und die VA Tech mit diesem Stichtag zu 100 % privatisiert.

Mit der im August 2005 erfolgten vollständigen Wandlung der Umtauschanleihe auf Aktien der voestalpine wurde der Privatisierungsauftrag hinsichtlich jener Unternehmen, für die eine vollständige Privatisierung vorgesehen war, klar erfüllt. Zu einer weiteren Reduktion des Beteiligungsanteils der ÖIAG kam es auch bei der Telekom Austria AG durch erste Wandlungen der ÖIAG-Umtauschanleihe auf Telekom Austria-Aktien durch Investoren.

Nach dem Privatisierungsauftrag der Bundesregierung vom 1. April 2004 sollte für die Österreichische Post AG in einem ersten Schritt ein strategischer Partner gesucht werden. Für das zu 100 % im Eigentum der ÖIAG stehende Unternehmen wurde im Laufe des Jahres 2005 die Prüfung der strategischen Kooperations- und Beteiligungsmöglichkeiten fortgesetzt. Ergebnis der Prüfungen war, dass einer teilweisen Privatisierung der Österreichischen Post AG über die Börse gegenüber anderen Konzeptvarianten der Vorzug zu geben ist. Die Bundesregierung hat deshalb im Jänner 2006 den seinerzeit erteilten Privatisierungsauftrag ergänzt und die ÖIAG ermächtigt, eine Börseneinführung von bis zu 49 % der Aktien der Österreichischen Post AG zum bestmöglichen Zeitpunkt durchzuführen. In Erfüllung dieses Privatisierungsauftrages erfolgte im Mai 2006 die Abgabe von 49 % der Österreichischen Post AG im Wege eines IPO über die Börse. Im September 2006 wurde die Wandlung bzw. der Verkauf der ÖIAG-Umtauschanleihe unterlegten Telekom Austria AG-Aktien abgeschlossen, wodurch der ÖIAG-Anteil an der Telekom Austria AG auf ca. 25,2 % abgesunken ist.

Aus den Privatisierungen der ÖIAG der Jahre 2000 bis 2006 konnten Veräußerungserlöse von über 6,3 Mrd. € erzielt werden.

Im Beteiligungsportefeuille der ÖIAG befinden sich nach den erfolgten Privatisierungen die Österreichische Post AG (51 %), Austrian Airlines (39,7 %), OMV AG (31,5 %), Telekom Austria AG (25,2 %) sowie die GKB-Bergbau GmbH (100 %).

6. Ausgliederungen des Bundes

Die Ausgliederung von Verwaltungsaufgaben bzw. Verselbständigung von Dienststellen ist auch in den letzten Jahren beim Bund als Mittel der Verwaltungsreform eingesetzt worden. Dabei werden bestehende Aufgaben, die bisher mit verwaltungsnahen Organisationsformen erfüllt werden samt dem bisherigen bundeseigenen Personal in betriebliche Formen (AG, GmbH oder Anstalten öffentlichen Rechts) überführt. Die Aufgabenerfüllung wird im Rahmenprivatwirtschaftlicher Strukturen und Managementpraktiken wahrgenommen bei gleichzeitiger Bindung an den Bund.

Ausgliederungen sind ein wesentliches Element der Reform der staatlichen Aufgabenerfüllung. Sie ermöglichen die Konzentration der staatlichen Leistungen auf Kernaufgaben und sind ein geeignetes Instrument zur Verbesserung der staatlichen Leistungen. Ausgliederungen bewirken Effizienzsteigerungen in der Aufgabenerfüllung und führen zu Budgetentlastungen für den Bund. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass durch Ausgliederungen der für die Weiterentwicklung eines leistungsfähigen Staates erforderliche Veränderungsdruck erreichbar ist.

Neben dem Bestreben nach einer generellen Verwaltungsreform ist ein wichtiger auslösender Faktor für Ausgliederungen ein tief greifender Paradigmenwechsel, der darin liegt, einerseits den öffentlichen Sektor (gemessen an der Staatsausgabenquote) zu reduzieren und andererseits eine grundsätzliche Umstellung von der Hoheitsverwaltung zum Dienstleistungsstaat zu erreichen, um die Gesamtwohlfahrt zu erhöhen. Daneben wirkte die weltweite Liberalisierung als Reformfaktor, insbesondere bei den Bundesbahnen und im Post- und Telekommunikationsbereich.

Die Hauptziele der Ausgliederungen sind insbesondere:

- bedarfsgerechtere und wirtschaftlichere Leistungserbringung,
- Änderung von der Input- zur Outputorientierung
- Erhöhung der Flexibilität für die Leistungserbringung,
- Schaffung von Kostentransparenz,
- Entlastung des Bundeshaushaltes,
- Mobilisierung von gebundenem Bundesvermögen.

Seit dem Jahr 2004 wurden folgende Ausgliederungen durchgeführt:

2004

- Austrian Development Agency (ADA) (GmbH)
- Universitäten (Körperschaft öffentlichen Rechts)
- Buchhaltungsagentur (Anstalt öffentlichen Rechts)

2005

- Bundesamt und Forschungszentrum für Wald (Anstalt öffentlichen Rechts)

- Via Donau-Österreichische Wasserstraßen (GmbH)

2006

- Bundesinstitut für Arzneimittel (PharmMed) (GmbH)

2007

- Bundespensionsamt

Die budgetären Verflechtungen zwischen dem Bundeshaushalt und den ausgegliederten Unternehmen sind in der Regel sehr vielschichtig und meist auf mehrere Budgetkapitel verteilt. Der Grund liegt darin, dass durch das Ausgliederungsgesetz bestehende Einrichtungen aus der Verwaltung des Bundes herausgelöst und bisher vom Bund selbst erbrachte Leistungen einem neu geschaffenen Rechtsträger als Aufgabe übertragen werden. Die dadurch entstehenden Zahlungsströme schlagen sich im Bundesbudget, vor allem im ausgliedernden Ressort, in Abhängigkeit von den Aufgaben der ausgegliederten Einheit unterschiedlich nieder, als

- Ausgaben auf Grund von direkten Leistungsbeziehungen oder
- pauschale Basisabgeltungen auf Grund einer gesetzlichen Verpflichtung oder
- Ausgaben für die Beamten der ausgegliederten Unternehmen in den Personalämtern sowie
- Einnahmen oder Ausgaben aus der Gesellschafterstellung des Bundes.

Dazu kommen die Abrechnungen für Refundierungsverpflichtungen und Pensionsbeiträge für Beamte, Miet-, Pacht- und Fruchtgenussentgelte sowie für die infolge der Ausgliederung vom Bund in Rechnung gestellten Dienstleistungen. Weiters kommen finanzwirksame Vorgänge auf Grund von Verpflichtungen des Bundes oder der ausgegliederten Einheit infolge von

Vermögensübergang hinzu. Bei den Ausgaben für die Personalämter handelt es sich um Budgetverlängerungen, da sie zur Gänze von den ausgegliederten Unternehmen refundiert werden. Die ausgaben- und einnahmensseitigen Zahlungsströme zwischen dem Bund und den ausgegliederten Unternehmungen sind in den Tabellen 13 und 14 dargestellt.

Mit 1. Jänner 2007 wurde das Bundespensionsamt, bisher eine Dienststelle des Bundesministeriums für Finanzen, aus dem Bundeshaushalt ausgegliedert und in die Versicherungsanstalt Öffentlich Bediensteter (BVA) eingegliedert. In der Vollziehung werden nun alle Aufgaben des Bundespensionsamtes von der Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter wahrgenommen.

Die Grundlage dieser verwaltungsorganisatorischen Änderung wurde mit dem Bundespensionsamtübertragungs-Gesetz (BPAÜG), BGBl. I Nr. 89/2006, geschaffen. Aus rechtlicher Sicht ist die BVA an Stelle des Bundespensionsamtes seit dem 1.1.2007 die Pensionsbehörde erster Instanz in allen pensionsrechtlichen Angelegenheiten der Bundesbeamten und der in den Abschnitten X und XI des Pensionsgesetzes 1965 (PG 1965), BGBl. Nr. 340, angeführten Bediensteten, sowie deren Hinterbliebenen und Angehörigen. Die BVA ist für diese Personen auch Entscheidungsträger nach dem Bundespflegegeldgesetz (BPGG) und dem Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz (KGEG).

Mit 1. Jänner 2006 wurden das Bundesinstitut für Arzneimittel sowie Aufgaben des Bundesministeriums

für Gesundheit und Frauen im Bereich der Arzneimittelzulassung, der klinischen Prüfungen von Arzneimitteln und Medizinprodukten ausgegliedert, unter dem Namen Pharm Med-Austria zusammengeführt, und als ein neues Geschäftsfeld in die bestehende Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit (AGES) integriert. Die AGES PharmMed überprüft Medikamente auf ihre Wirksamkeit und Sicherheit und ist für die Zulassung von Arzneimittel und Medizinprodukte verantwortlich. Weiters überwacht sie die Einhaltung des Arzneimittelgesetzes, überprüft die Qualität der Arzneimittel und Medizinprodukte und inspiziert Betriebe und Geräte nach nationalen Gesetzen und internationalen Richtlinien.

Die Reorganisation des Arzneimittelwesens, der Pharmakovigilanz, der Blutsicherheit, des Medizinprodukte- und des Inspektionswesens sowie des Bundesinstituts für Arzneimittel ist somit abgeschlossen.

Das **Bundesforschungs- und Ausbildungszentrum für Wald, Naturgefahren und Landschaft (BFW)** ist eine österreichische multidisziplinäre Forschungs- und Ausbildungsstelle des Bundes für Ökologie, Erhaltung und Nutzung von Naturressourcen (Holz, Trinkwasser) und Schutz vor Naturgefahren. Das BFW wurde mit 1.1. 2005 in eine Anstalt öffentlichen Rechts ausgegliedert. Die behördlichen Aufgaben (z.B. im Pflanzenschutzdienst) wurden im Bundesamt für Wald zusammengefasst. Forschung, Monitoring und Wissenstransfer werden vom BFW wahrgenommen.

Tabelle 13 Ausgaben des Bundes an ausgegliederte Institutionen ¹⁾
in Mio. €

	2006 vorl. Erfolg	2007 BVA-E	2008 BVA-E
Bundesimmobiliengesellschaft (BIG)	498,9	523,4	504,7
Museen und Österreichische Nationalbibliothek	101,5	90,5	96,5
Universitäten ²⁾	2.666,0	2.828,4	2.835,8
Bewährungshilfeorganisationen	29,8	31,3	32,8
Postgesellschaften (vorm. Österr. Post u. Tel.-Verwaltung)	2.010,2	2.016,7	2.014,3
Österreichische Bundesbahnen	3.426,6	3.568,9	3.690,3
Autobahn- und Schnellstraßen-Finanzierungs-AG (ASFINAG)	0,1	0,0	0,0
Finanzmarktaufsichtsbehörde (vorm. Bundeswertpapieraufsicht)	5,7	6,1	6,1
Bundesrechenzentrum GmbH	0,3	0,4	0,4
Österreichische Salinen AG	8,5	8,3	8,7

Bundesbeschaffungs GmbH	4,8	4,8	4,8
Spanische Hofreitschule - Piber GmbH	1,1	1,2	1,2
Statistik Österreich - BA öffentlichen Rechts	57,4	57,4	57,4
VIA - Donau (ehem. Österreichische Donau Betriebs AG)	18,9	22,1	25,1
Bundesversuchswirtschaften GmbH	0,2	0,2	0,2
Österr. Bibliothekenverbund und Service GmbH	1,9	1,7	1,7
Bundestheatergesellschaften	210,3	209,7	215,5
Münze Österreich AG	2,2	2,3	2,4
Österreichische Bundesforste AG	10,2	10,3	10,3
Österreichische Postsparkasse	49,9	70,1	73,7
Ernährungsagentur	80,3	78,5	82,8
Umweltbundesamt GmbH	19,2	19,3	19,4
Tiergarten Schönbrunn GmbH	1,9	2,1	2,1
IAF - Service GmbH	3,1	3,1	3,1
Wr. Zeitung - digitale Publikationen GmbH (vorm. Öst. Staatsdruckerei)	3,7	3,5	3,6
Bundessporteinrichtungen GmbH	6,0	6,3	6,1
BMAA (Austrian Development Agency)(ADA)	91,0	95,8	95,8
Austro Control	9,2	9,4	9,4
ÖFPZ Arsenal GmbH	2,6	2,6	2,6
Buchhaltungsagentur	15,0	15,3	15,3
Bundesamt u. Forschungszentrum f. Wald	21,6	21,9	22,0
Austria Wirtschaftsservice GmbH	0,0	0,0	0,0
Österreichische Bundesfinanzierungsagentur	2,6	2,6	2,5
Diplomatische Akademie	2,1	2,1	2,1
Österr. Institut GmbH	0,7	0,0	0,0
Agrarmarkt Austria (AMA)	0,1	0,1	0,1
Schloss Schönbrunn GmbH	0,0	0,0	0,0
Marchfeldschlösser Revitalisierungs- und Betriebs GmbH	10,8	7,0	7,0
Amt der Bundespensionen	0,0	14,0	14,1

¹⁾ Ausgenommen Leistungsentgelte, jedoch einschließlich BIG-Zahlungen (Mieten und IMB-Immobilien Management Gesellschaft des Bundes)

²⁾ Enthält die Beträge für den Globalbetrag, die Ämter der Universitäten, den Klinischen Mehraufwand und die Hochschulraumbeschaffung sowie aus den F&E-Offensivprogrammen.

Quelle: BMF

Tabelle 14 Einnahmen des Bundes von ausgegliederten Institutionen

in Mio. €

	2006 vorl. Erfolg	2007 BVA-E	2008 BVA-E
Bundesimmobiliengesellschaft (BIG)	68,4	94,3	85,8
Museen und Österreichische Nationalbibliothek	12,9	14,6	14,5
Universitäten	734,8	706,6	687,1
Bewährungshilfeorganisationen	0,0	0,0	0,0
Postgesellschaften (vorm. Österr. Post u. Tel.-Verwaltung)	1.062,3	1.054,5	1.035,0
Österreichische Bundesbahnen	438,4	438,4	441,2
Autobahn- und Schnellstraßen-Finanzierungs-AG (ASFINAG)	71,2	0,1	0,1
Finanzmarktaufsichtsbehörde (vorm. Bundeswertpapieraufsicht)	2,5	2,6	2,6
Bundesrechenzentrum GmbH	0,3	0,4	0,3
Österreichische Salinen AG	0,1	0,2	0,1
Bundesbeschaffungs GmbH	0,1	0,1	0,1
Spanische Hofreitschule - Piber GmbH	1,2	1,2	1,3
Statistik Österreich - BA öffentlichen Rechts	8,2	8,1	8,1
VIA - Donau (ehem. Österreichische Donau Betriebs AG)	7,8	6,8	6,7
Bundesversuchswirtschaften GmbH	0,2	0,3	0,3
Österr. Bibliothekenverbund und Service GmbH	0,2	0,1	0,1
Bundestheatergesellschaften	17,2	18,6	18,6
Münze Österreich AG	0,8	1,2	1,2
Österreichische Bundesforste AG	18,0	18,7	19,6
Österreichische Postsparkasse	32,1	36,1	36,1
Ernährungsagentur	27,8	23,4	23,4
Umweltbundesamt GmbH	4,4	4,2	4,2
Tiergarten Schönbrunn GmbH	0,5	0,5	0,5
IAF - Service GmbH	3,4	3,5	3,4
Wr. Zeitung - digitale Publikationen GmbH (vorm. Öst. Staatsdruckerei)	0,5	0,9	0,9
Bundessporteinrichtungen GmbH	0,5	0,6	0,6
BMAA (Austrian Development Agency)(ADA)	0,4	0,3	0,3
Austro Control	0,0	0,0	0,0
ÖFPZ Arsenal GmbH	3,5	2,9	2,9
Buchhaltungsagentur	17,5	17,8	17,6
Bundesamt u. Forschungszentrum f. Wald	6,3	6,4	6,5
Austria Wirtschaftsservice GmbH	0,0	0,0	0,0
Österreichische Bundesfinanzierungsagentur	0,0	0,0	0,0
Diplomatische Akademie	0,0	0,0	0,0
Österr. Institut GmbH	0,0	0,0	0,0
Schloss Schönbrunn GmbH	0,6	0,0	0,0
Agrarmarkt Austria (AMA)	0,1	0,1	0,1
Austria Wirtschaftsservice GmbH	0,0	0,0	0,0
Amt der Bundespensionen	0,0	2,8	2,8

Quelle: Bundesministerium für Finanzen

Dem BFW obliegt insbesondere:

- die Forschung in den Bereichen Nutzung, Gestaltung und Schutz von Waldökosystemen und Trinkwassereinzugsgebieten, Ökosystemveränderungen und Erhaltung der biologischen Vielfalt, Schutz vor Naturgefahren und Umgang mit Georisiken,
- das diesbezügliche Erhebungs-, Versuchs-, Prüfungs- und Kontrollwesen,
- die Erbringung von damit im Zusammenhang stehenden Dienstleistungen,
- die Aus- und Weiterbildung sowie
- die Unterstützung des Bundesamtes für Wald und die zur Verfügungstellung der notwendigen Ressourcen.
- Im Jahr 2004 wurde die Buchhaltungsagentur des Bundes als Anstalt öffentlichen Rechts errichtet. Die bis dahin bestandenen 32 Buchhaltungen des Bundes wurden zusammengeführt und als Buchhaltungsagentur ausgegliedert. Die Agentur ist nicht auf Gewinn ausgerichtet, aber erbringt ihre Leistungen gegen Entgelt. Aufgabe der Buchhaltungsagentur ist die Führung der Buchhaltung des Bundes für die anweisenden Organe und für die vom Bund verwalteten Rechtsträger unter Anwendung der Haushaltsvorschriften des Bundes, insbesondere des Bundeshaushaltsgesetzes (BHG).

Die Höhe der Entgelte ist aufgrund einer transparenten internen Kostenrechnung unter Zugrundelegung der Prinzipien der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit nach dem Grundsatz der Kostendeckung festzulegen. Die Entgelte für Leistungen werden von der Buchhaltungsagentur nach Anhörung eines Beirates festgelegt und bedürfen der Genehmigung des Bundesministers für Finanzen. Die Buchhaltungsagentur unterliegt auch der Aufsicht des Bundesministers für Finanzen.

Die Ausgliederung bewirkte Synergieeffekte, messbare Abläufe und eine transparente Abrechnung der Dienstleistungen. Die Prozesse wurden standardisiert und vereinfacht. Die Zentralisierung hat Einsparungen beim Personalstand gebracht. Vor der Ausgliederung waren rund 1100 Beamte in den 79 Dienststellen beschäftigt. Diese wurden in die neue Agentur übernommen. 2007 verfügt die Buchhaltungsagentur über rund 600 Mitarbeiter.

Die Buchhaltungsagentur des Bundes ist nun eine einheitlich strukturierte Organisation. Die einzelnen

Kunden (Ressorts und Dienststellen des Bundes) werden im Rahmen von Support- und Servicestäben in der Zentrale in Wien betreut. „Key-Accounts“ verbinden die einzelnen Ressorts und fungieren als zentrale Ansprechstellen. Hierbei steht die Service-Orientierung im Vordergrund. Neben den gesetzlich definierten Leistungen erbringt die Buchhaltungsagentur noch Zusatzleistungen, wie die Aushilfe für Schulen in punkto Rechnungswesen. Durch den Abbau von Administrationsebenen und die Bündelung von Ressourcen konnten Synergieeffekte und Einsparungen erzielt werden.

Vor der Ausgliederung und Umstrukturierung waren die Kosten der einzelnen Prozesse und Arbeitsschritte nicht bekannt. Jede Einheit hatte eine eigene Buchhaltung. Eine durchgängige Leistungsaufzeichnung stand nicht zur Verfügung. Nun wurde ein nachvollziehbares und messbares Leistungsverrechnungs-System implementiert. Die Zeiten für die Leistungsverrechnung wurden verkürzt und werden streng überwacht. Die Abrechnung der Leistungen für die Ministerien erfolgt – ähnlich wie bei der Stromrechnung – in pauschalen Raten und wird am Jahresende verrechnet.

Die **Via Donau-Österreichische Wasserstraßen-Gesellschaft mbH** wurde mit 1. Jänner 2005 vom österreichischen Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie zur Erhaltung und Entwicklung der Wasserstraße Donau gegründet. Die Gesellschaft entstand durch Verschmelzung der Österreichischen Donau-Betriebs AG, der Österreichischen Donau-Technik GmbH, der Via Donau- Entwicklungsgesellschaft mbH für Telematik und Donauschiffahrt sowie der organisationsprivatisierten Wasserstraßendirektion. Via Donau ist eine Wasserstraßenbetriebsgesellschaft zur Erfüllung von Bundesaufgaben im Bereich Wasserstraße und Schifffahrt. Neben den Aufgaben im Bereich der Bundeswasserstraßenverwaltung und der Verkehrsentwicklung werden richtungweisende neue Vorhaben umgesetzt, insbesondere die Konzeption und Abwicklung des Flussbaulichen Gesamtprojektes auf der Donau östlich von Wien sowie der Betrieb des Schifffahrtsinformationssystems DoRIS – Donau River Information Services.

Mit 1.1.2004 hat die **Österreichische Gesellschaft für Entwicklungszusammenarbeit mbH (Austrian Development Agency – ADA)** ihre Tätigkeit aufgenommen. Alleiniger Gründer und Eigentümer ist der Bund, als Eigentümerversorger gegenüber der ADA

fungiert das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten. Die ADA ist als Kompetenzzentrum der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit (OEZA) für die Umsetzung der Programme und Projekte in den Partnerländern der OEZA sowie der globalen Instrumente auf den Gebieten Wirtschaft und Entwicklung, Bildungszusammenarbeit, Humanitäre Hilfe, NRO-Kofinanzierung und Minenaktionsprogramm verantwortlich und verwaltet das operative OEZA-Budget. Die Arbeitsgrundlage der ADA ist das Dreijahresprogramm der Österreichischen Entwicklungspolitik, das vom Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten erstellt wird und die zentralen entwicklungspolitischen Positionen und strategischen Rahmenbedingungen der OEZA definiert. Dahinter steht das Entwicklungszusammenarbeitsgesetz, das Armutsbekämpfung, Sicherung des Friedens und der menschlichen Sicherheit sowie die Erhaltung der Umwelt als Ziele festschreibt. Die ADA arbeitet mit ausgewählten Partnerländern in Afrika, Asien, Lateinamerika, Südost- und Osteuropa zusammen. Die Schwerpunkte der OEZA sind Wasser und Siedlungshygiene, ländliche Entwicklung, Energie, Privatsektorentwicklung, Bildung und Good Governance. Diese Strategie der OEZA, sich auf eine begrenzte Anzahl von Ländern und Themen zu konzentrieren, hat sich gut bewährt und auch international Anerkennung gefunden.

Das größte Unterfangen der letzten Jahre stellt die Ausgliederung sämtlicher **Universitäten** dar. Mit 2004 erhielten alle Universitäten die volle Autonomie. Sowohl was ihr Personal betrifft, als auch für das vom Bund alle drei Jahre zur Verfügung gestellte Globalbudget sind sie nun selbst verantwortlich. Damit ist die Implementierung des Universitätsgesetzes 2002 vollständig abgeschlossen.

80 % der Gesamtbeträge werden fix als „Grundsicherung“ an die Unis vergeben (über Leistungsvereinbarungen), 20 % über ein Formelbudget: Mehr Geld gibt es z.B., wenn

- die Studentenzahl (aktive) steigt
- die Absolventenzahl steigt
- die durchschnittliche Studiendauer verkürzt wird
- mehr Doktoratsstudien abgeschlossen werden
- mehr Einnahmen aus Forschungsprojekten erzielt werden

- sich der Frauenanteil bei Professoren und Doktoranden erhöht und
- die Mobilität der Studenten gesteigert wird.

Die Gewichtung ist dabei folgende:

- Lehre 45%
- Forschung 45%
- Frauenförderung 7%
- Mobilität der Studenten 3%

Die Leistungsvereinbarungen zwischen Bund und Universitäten bestimmen im Voraus die Mittelzuweisungen für die nächsten 3 Jahre. In der Periode 2004–2006 betrug dieser Betrag 1.725 Mio. € (ohne klinischen Mehraufwand, ohne Bezugserhöhung für die öffentlichen Bediensteten und ohne Hochschulraumbeschaffung). Dieser Gesamtbetrag wird für die Periode 2007–2009 um folgende Beträge angehoben:

2007: um 150 Mio. €

2008: um 175 Mio. €

2009: um 200 Mio. €

Zusätzlich wird den Universitäten der laufende klinische Mehraufwand in der Höhe von 189,5 Mio. € (2007), 183,1 Mio. € (2008) und 183,5 Mio. € (2009) gewährt.

45,6 Mio. € erhalten die Universitäten zusätzlich für die Hochschulraumbeschaffung.

Für die Generalsanierungsoffensive stehen für die kommenden 5 Jahre (ab 2007) 500 Mio. € bereit. Die Abrechnung erfolgt über Zuschlagsmieten.

Das Universitätsbudget wird von Bindungen ausgenommen. Der Bundesminister für Finanzen trifft die dafür notwendigen Maßnahmen.

Neben den Zahlungen gemäß Universitätsgesetz erhalten die Universitäten zusätzlich noch Mittel aus der Forschungsförderung (insbesondere FWF und Offensivprogramme) und aus dem privaten Sektor, z. B. für Auftragsforschung oder Stiftungsprofessuren.

7. Finanzbeziehungen zu anderen öffentlichen Haushalten

7.1 Transferzahlungen des Bundes an Länder und Gemeinden

Die finanziellen Verflechtungen zwischen Bund und den Ländern und Gemeinden sind über die gemeinschaftlichen Abgaben (Ertragsanteile) hinaus beträchtlich. Im Jahr 2007 zahlt der Bund an die Länder (ohne Ertragsanteile) rund 9,66 Mrd. € und rund 0,33 Mrd. € an die Gemeinden, zusammen somit rund 10,0 Mrd. € (siehe Tabelle 15). Im Jahr 2007 steigen diese Zahlungen an die Länder auf 9,91 Mrd. € und an die Gemeinden auf 0,34 Mrd. €, in Summe somit rd. 10,25 Mio. €. Das zeigt, dass der Bund zu einem erheblichen Teil Leistungen und Transfers finanziert, die von anderen Gebietskörperschaften erbracht bzw. abgewickelt werden.

Die Schwerpunkte der Transferzahlungen (ohne Ertragsanteile) lassen sich in vier Bereiche gliedern:

- **Bildung:** Dazu gehören vor allem die Zahlungen des Bundes für die Landeslehrer (Aktivausgaben und Pensionsausgaben). In den Bundesvoranschlagsentwürfen 2007 und 2008 sind hierfür jeweils rund 4,1 Mrd. € vorgesehen.
- **Wohnbau, Umwelt und Infrastruktur:** Dieser Bereich umfasst die Investitionsbeiträge des Bundes für Wohnbau, Umwelt und Infrastruktur (jährlich rund 1,8 Mrd. €). Diese Mittel können nun auch für Infrastrukturprojekte und Maßnahmen zur Reduzierung der Treibhauseffekte („Kyoto“) verwendet werden.
- **Krankenanstanen:** Der Bund ist kein Spitalerhalter, leistet allerdings für die Krankenanstanen erhebliche Zuschüsse. Sie reichen vom klinischen Mehraufwand, der den Universitätskliniken zufließt, über Zuschüsse nach dem Krankenanstaltengesetz bis zu den Zahlungen nach dem Gesundheits- und Sozialbeihilfengesetz (GSBG). Insgesamt sind 2007 und 2008 für die Spitäler fast 1,5 bzw. 1,7 Mrd. € vorgesehen.
- **Verkehr:** Dazu zählen die Zahlungen des Bundes in den Bereichen „Straßen“ und „Verkehr“. Der Bund hat den Ländern im Jahr 2002 die Bundesstraßen B

übertragen, diese erhalten seither vom Bund einen Zweckzuschuss. Für den Nahverkehr leistet der Bund Zahlungen an die Länder und Gemeinden, deren Höhe von den Einnahmen aus den gemeinschaftlichen Bundesabgaben abhängt, sowie an die Gemeinde Wien für den U-Bahnbaue (jährlich 109 Mio. €) aufgrund des Schienenverbundvertrages.

Neben diesen vier großen Bereichen leistet der Bund auch noch für verschiedene andere Aufgaben zweckgebundene Transfers (Landwirtschaft, umweltschonende und energiesparende Maßnahmen, Theaterförderung etc.). Hinzu kommen noch die Bedarfszuweisungen gem. § 22 FAG 2005 an die Länder. Diese betragen im Jahr 2007 1.145 Mio. € bzw. im Jahr 2008 1.310 Mio. Euro. Sie sind nicht zweckgebunden und werden vom Bund für die Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung des Gleichgewichts im Haushalt der Länder bezahlt.

7.2 Transferzahlungen des Bundes an die Sozialversicherung

Die Verflechtungen zwischen dem Bundeshaushalt und der Sozialversicherung sind ebenfalls beträchtlich. Bundesmittel sind dabei alle Leistungen des Bundes an die Sozialversicherung. Sie setzen sich aus den Bundesbeiträgen sowie aus Leistungsersätzen zusammen. Bundesbeiträge und Leistungsersätze fließen in alle drei Zweige der gesetzlichen Sozialversicherung, also in Pensions-, Kranken- und Unfallversicherung.

Als wesentlichste Bundesbeiträge an die Sozialversicherung sind zu erwähnen (siehe Tabelle 16):

- **Der Bundesbeitrag in der Pensionsversicherung:** Er ist ein wesentlicher Teil der Finanzierung der gesetzlichen Pensionsversicherung, wird in Kapitel 16 veranschlagt und entspricht der Differenz zwischen Einnahmen (im Wesentlichen Beiträge für Versicherte) und Ausgaben. Im vorläufigen Ergebnis 2006 entfallen 6.439,1 Mio. € auf den Bundesbeitrag zur

Tabelle 15 Die wichtigsten Transferzahlungen des Bundes an Länder und Gemeinden

in Mio. €

	2004 Erfolg	2005 Erfolg	2006 BVA vorl.	2006 Erfolg	2007 BVA-E	2008 BVA-E
Zahlungen an Länder						
Landeslehrer, Aktivausgaben (Kapitel 12 und 60)	2.808	2.947	2.722	2.985	3.099	3.103
Landeslehrer, Pensionsausgaben	914	931	975	949	958	971
Zweckzuschüsse Krankenanstalten (Kapitel 17)	392	412	411	427	432	442
Klinischer Mehraufwand ¹⁾	188	245	199	251	64 (1)	62 (1)
Gesundheits- u. Sozialbereichs-Beihilfengesetz	676	722	730	767	800	835
Kostenersatz für Flüchtlingsbetreuung ²⁾	23	136	68	121	112	111
Investitionsbetrag für Wohnbau, Umwelt, Infrastruktur	1.800	1.800	1.804	1.798	1.800	1.800
Zuschüsse für die Finanzierung von Straßen	556	562	563	563	576	574
Bedarfszuweisung gem. § 22 FAG 2001 (21a FAG)	741	890	925	1.002	1.145	1.310
Ertragsanteile-Kopfquotenausgleich	103	102	108	97	105	110
FinZuw. f. umweltschonende u. energiesp. Maßn.	81	91	87	89	93	98
Finanzzuweisungen in Agrarangelegenheiten	15	15	15	15	15	15
Finanzzuw. in Nahverkehrsangelegenheiten	142	146	149	155	165	174
Zuschüsse für Krankenanstalten	107	115	115	122	124	129
Zuschüsse zur Theaterführung	9	10	9	10	10	10
Zuschüsse für Umweltschutz	7	7	7	7	7	7
Katastrophenfonds	53	78	44	49	49	52
Bundesbeitrag U-Bahnbau Wien	109	109	109	109	109	109
Summe Länder	8.724	9.318	9.040	9.517	9.662	9.910
Zahlungen an Gemeinden						
Finanzkraftstärkung der Gemeinden	90	87	91	91	98	102
Bedarfszuweisung an Gemeinden	19	140	119	119	122	122
Polizeikostenersatz	2	2	2	2	2	2
Finanzzuw. in Nahverkehrsangelegenheiten	66	70	69	69	71	73
Zuschüsse zur Theaterführung	12	12	12	11	11	11
Bedarfszuweisungsgesetz	1	1	1	1	2	1
Katastrophenfonds	18	26	24	16	27	29
Summe Gemeinden	208	339	317	309	333	340
Summe Länder u Gemeinden	8.932	9.656	9.357	9.825	9.996	10.250

¹⁾ Ab dem BVA 2007 wird der laufende klinische Mehraufwand nicht mehr gesondert budgetiert, sondern ist im Gesamtbetrag gem. § 12 UG 2002 enthalten; die Investitionen werden weiterhin getrennt budgetiert

²⁾ Saldo aus den Zahlungen des Bundes an die Länder und der Ersätze der Länder an den Bund

Quelle: Bundesministerium für Finanzen

Pensionsversicherung, 2007 6.466,5 Mio. € und 2008 6.672,6 Mio. €.

- Überweisung der Arbeitslosenversicherung an den Ausgleichsfonds der Pensionsversicherungsträger: Der Ausgleichsfonds der Pensionsversicherungsträger erhält 22,8% von 70% der Bemessungsgrundlage in der Arbeitslosenversicherung. Für nicht dem

personen von Schwerstbehinderten sowie Pensionsbeiträge auf Grund eines Wahl- oder Pflegekindes zu entrichten. Für Pflegepersonen von Schwerstbehinderten sind 2007 und 2008 je 9,8 Mio. € vorgesehen, die Pensionsbeiträge auf Grund eines Wahl oder Pflegekindes sind 2007 und 2008 mit je 0,8 Mio. € budgetiert.

Tabelle 16 Die wichtigsten Transferzahlungen des Bundes an die SV-Träger
in Mio. €

	2004 Erfolg	2005 Erfolg	2006 BVA	2006 vorl.Erfolg	2007 BVA-E	2008 BVA-E
Bundesbeitrag zur gesetzl. Pensionsversicherung ^{*)}	5.863,4	6.059,9	6.187,4	6.439,1	6.466,5	6.672,6
Ausgleichszulagen	811,5	822,1	840,7	856,9	940,9	952,3
Überweisungen aus der ALV	828,7	707,9	707,4	774,4	749,8	720,8
Überweisungen des FLAF	204,3	499,8	504,8	445,9	528,8	539,8
Leistungen nach dem Pflegegeldgesetz	1.350,0	1.421,0	1.403,6	1.473,6	1.533,0	1.595,0
Summe	9.057,9	9.510,7	9.643,9	9.989,9	10.219,0	10.480,5

^{*)} inkl. Abrechnungsreste

Quelle: Bundesministerium für Finanzen

APG unterliegende Bezieher (Geburtsjahrgänge vor dem 1.1.1955) werden 22,8% der Aufwendungen für Arbeitslosengeld, Notstandshilfe und Sonderunterstützung abgegolten. Diese Mittel werden vom Arbeitsmarktservice, das dem Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit untersteht, überwiesen und sind in Kapitel 63 (zweckgebundene Gebarung Arbeitsmarktpolitik) veranschlagt. 2006 wurden 774,4 Mio. € an die SV-Träger überwiesen. Im BVA-E 2007 sind die Überweisungen mit 749,8 Mio. € budgetiert, im BVA-E 2008 mit 720,8 Mio. €.

- Überweisung des Familienlastenausgleichsfonds an den Ausgleichsfonds der Pensionsversicherungsträger: Der Ausgleichsfonds der Pensionsversicherungsträger erhält ab 1.1.2005 die Hälfte des Aufwandes für Zeiten der Kindererziehung in der Pensionsversicherung nach Maßgabe der entsprechenden Bestimmungen des ASVG, GSVG und BSVG. Für 2007 ist dafür ein Betrag von 518,2 Mio. € budgetiert, für 2008 ist ein Betrag von 529,2 Mio. € vorgesehen. Darüber hinaus sind Pensionsbeiträge für Pflege-

- Abgesehen davon gibt es noch Bundesbeiträge im Rahmen der Pensionsversicherung nach dem Heeresversorgungsgesetz 1992 zur Abgeltung der Aufwendungen, die den Pensionsversicherungsträgern aus der Anrechnung eines Wehrdienstes als Zeitsoldat als Ersatzzeit in der Pensionsversicherung entstehen, sowie eine Abgeltung der Kosten für eine versicherte Person, die wegen der Pflege eines behinderten Kindes nicht berufstätig ist, durch den Familienlastenausgleichsfonds. Die Krankenversicherung erhält die Krankenversicherungsbeiträge für Asylwerber in Bundesbetreuung zur Gänze vom Bund, ebenso einen Pauschalbeitrag sowie einen Zusatzbeitrag für jeden Familienangehörigen eines im Präsenzdienst stehenden Versicherten, dessen Beitragspflicht für die Dauer des Präsenzdienstes ruht. In der Unfallversicherung leistet der Bund einen Bundesbeitrag zur Unfallversicherung der Bauern, ebenso wie zur Schülerunfallversicherung wie auch zur Versicherung der Laienrichter und von Mitgliedern freiwilliger Organisationen. Für die BezieherInnen

vom Kinderbetreuungsgeld erhält die Krankenversicherung vom Familienlastenausgleichsfonds einen Krankenversicherungsbeitrag in Höhe von 6,8% des Aufwandes des Kinderbetreuungsgeldes.

Die wesentlichsten Leistungersatz vom Bund an die Sozialversicherung sind:

- **Ausgleichszulagen in der Pensionsversicherung:** Der Bund ersetzt dem Pensionsversicherungsträger den gesamten Aufwand für die Ausgleichszulagen. Damit ist der Aufwand für Ausgleichszulagen im Haushalt der Pensionsversicherungsträger lediglich eine Durchlaufpost. 2006 entfielen rd. 856,9 Mio. € auf den Ersatz der Ausgleichszulagen und auf den Wertausgleich, 2007 rd. 940,9 Mio. € und 2008 rd. 952,3 Mio. € auf den Ersatz der Ausgleichszulagen.
- **Aufwand Pflegegeld:** Den Trägern der gesetzlichen Pensions- und Unfallversicherung wurde mit dem Bundespflegegeldgesetz zwar die Gewährung von Bundespflegegeldleistungen übertragen, dennoch handelt es sich bei diesen um Leistungen des Bundes, die aus Budgetmitteln abzudecken sind. Der Aufwand an Pflegegeld und der entsprechende Anteil an den Verwaltungskosten werden dementsprechend den Pensionsversicherungsträgern aus Bundesmitteln in Form eines Kostenersatzes abgegolten. 2006 waren dies 1.473,6 Mio. €, 2007 sind 1.533,0 Mio. € vorgesehen und 2008 rd. 1.595,0 Mio. €.

Abgesehen davon leistet der Bund u. a. Ersätze an die Krankenversicherung für einen Teil der nachgewiesenen Untersuchungskosten für Jugendlichenuntersuchungen. Weiters ersetzt der Familienlastenausgleichsfonds der Krankenversicherung einen Teil der Aufwendungen für das Wochengeld und für Mutter-Kind-Pass-Untersuchungen.

7.3 Finanzbeziehungen zum EU-Haushalt

Die Finanzbeziehungen Österreichs zum EU-Haushalt in den Jahren 2007 -2013 werden von den Entscheidungen über die Agenda 2007 geprägt, welche ausgaben- und einnahmenseitige Maßnahmen umfasst. Die diesbezüglichen Beratungen fanden in den Jahren 2004 - 2006 statt; diese wurden hinsichtlich der Ausgaben-

seite unter der österreichischen EU-Präsidentschaft erfolgreich abgeschlossen.

Der Finanzrahmen 2007-2013

Mit dem Finanzrahmen 2007 – 2013 wurde der verbindliche mittelfristige Plan der EU-Ausgaben festgelegt. Dieser Finanzrahmen ist Bestandteil der Interinstitutionellen Vereinbarung (IIV 2006) zum Haushaltswesen und wurde im Nachhang zu den Beschlüssen des Europäischen Rates im Dezember 2005 von dem Europäischen Parlament, dem Rat (vertreten durch die österreichische Präsidentschaft) und der Kommission abgeschlossen.

Österreich ist schon vor Beginn der Beratungen über diesen Finanzrahmen gemeinsam mit einigen anderen Mitgliedstaaten dafür eingetreten, dass die Obergrenze für die Gesamtausgaben den Wert von rd. 1 % des BNE nicht überschreiten sollte. Diesen Standpunkt hat Österreich – auch gestützt auf einen diesbezüglichen Beschluss des Ständigen Unterausschusses des Hauptausschusses des Nationalrates in Angelegenheiten der Europäischen Union (V-5 BlgNR 22. GP) – bis zum Schluss der Beratungen aufrechterhalten und letztlich durchgesetzt.

Die IIV 2006 gibt die Ausgabenobergrenzen für die jährlichen Haushalte 2007 bis 2013 vor. Insgesamt wurden für 2007-2013 Ausgaben iHv 864,3 Mrd. € (Verpflichtungsermächtigungen, Preise 2004) festgelegt (zu lfd. Preisen: 974,8 Mrd. €); d.s. rd 1,05 % des Bruttonationaleinkommens der EU27 und bedeutet deutliche Anhebung der Mittel gegenüber der Finanzperiode 2000-2006 .

Der Finanzrahmen 2007-2013 sieht ein beträchtliches Wachstum der Mittel für Investitionen in die Zukunft vor: unter anderem in den Bereichen Forschung und Entwicklung, transeuropäische Netze, Bildung und Ausbildung. Gleichzeitig ist es gelungen, das EU-Haushaltsvolumen insgesamt so zu begrenzen, dass die Förderung stabilitätsorientierter Fiskalpolitiken in den EU-Mitgliedstaaten durch die Weichenstellungen zum Gemeinschaftshaushalt glaubwürdig unterstützt wird.

Tabelle 17 EU-Beiträge und Rückflüsse ¹⁾
in Mio. €

	2004 Erfolg	2005 Erfolg	2006 BVA	2006 vorl.Erfolg	2007 BVA-E	2008 BVA-E
EU-Beiträge ²⁾						
Brutto-Zahlungen ³⁾	2.150	2.314	2.386	2.470	2.400	2.500
Rückflüsse						
EAGFL-Garantie/EGFL ⁴⁾	1.173	1.247	1.187	1.294	834	830
ELER ⁵⁾					565	568
EAGFL-Ausrichtung	27	22	20	17	0	0
Europ. Fischereifonds					1	1
Europ. Regionalfonds (EFRE)	132	126	107	115	144	133
Europ. Sozialfonds (ESF)	126	149	107	109	107	90
Europ. Solidaritätsfonds	0	0	0	15	0	0
Rückflüsse Bund	1.458	1.545	1.421	1.551	1.651	1.622
Sonstige ⁶⁾	141	191	191	191	191	191
Rückflüsse insgesamt	1.599	1.736	1.612	1.742	1.842	1.813

¹⁾ administrative Darstellung gemäß Bundeshaushaltsverrechnung

²⁾ siehe BFG, I. Teil, Allgemeine und Kapitel-Erläuterungen

³⁾ brutto: inkl. Einhebungsvergütung der Traditionellen Eigenmittel

⁴⁾ Europ. Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft/ Europ. Garantiefonds f. d. Landwirtschaft

⁵⁾ Europ. Landwirtschaftsfonds f. d. Entwicklung des ländlichen Raums

⁶⁾ sonstige Rückflüsse fließen nicht über den Bundeshaushalt;

bis 2005 EK; ab 2006 Schätzung des BMF

Quelle: Bundesministerium für Finanzen

Auf dem Weg zu einem neuen Eigenmittelbeschluss

Mit den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom Dezember 2005 wurden auch einnahmenseitige Maßnahmen festgelegt; hiernach soll insbesondere der Rabatt für das Vereinigte Königreich im Zeitraum 2007 -2013 deutlich reduziert werden (- 10,5 Mrd. €). Für Österreich wurden die bestehenden Erleichterungen bei der Finanzierung des VK-Rabattes beibehalten; darüber hinaus wurden einigen Mitgliedstaaten, darunter auch Österreich, weitere Finanzierungserleichte-

rungen eingeräumt. Der neue Eigenmittelbeschluss soll für ein Inkrafttreten Anfang 2009 von allen Mitgliedstaaten rechtzeitig ratifiziert und mit 1.1.2007 rückwirkend angewendet werden.

Auf dieser Basis hat die Kommission einen Entwurf für einen neuen Eigenmittelbeschluss vorgelegt. Die Beratungen konnten bisher auf Grund des Widerstandes des VK gegen den Kommissionsentwurf noch nicht abgeschlossen werden.

Im Ergebnis wurde mit den Beschlüssen zur Agenda 2007 für Österreich erreicht:

- Erhebliche Erhöhung des EU-Budgets in für Österreich wichtigen Politikbereichen (TEN, Forschung und Entwicklung, Bildung)
- Sicherung der hohen Rückflüsse im Bereich der Ländlichen Entwicklung
- Im Bereich der Strukturfonds: Sonderdotierung für die österreichischen Grenzregionen (+150 Mio. €)
- Erleichterungen bei der Finanzierung des EU-Budgets.

Tabelle 18 Rückflüsse aus den EU-Strukturfondsprogrammen
in Mio. €

	EFRE	ESF	EAGFL	FIAF	gesamt
Periode 1994-1999	443	578	612	2	1.634
Periode 2000- 2006 (bis Ende 2006)	666	678	80	4	1.428
2007 (BVA-E)	144	107	0	0	251

Quelle: Bundesministerium für Finanzen

8. Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen des Gesamtstaates

Wichtige Kennzahlen in der internationalen Beurteilung der Budgetpolitik sind die Anteile der Ausgaben und Einnahmen des Staates (Bund, Länder, Gemeinden, Sozialversicherungsträger und sonstige öffentliche Einrichtungen) am Bruttoinlandsprodukt. Damit lässt sich feststellen, ob der Abbau des Defizits von der Ausgaben- oder Einnahmenseite herkommt. Wie aus der Tabelle 19 hervorgeht, sinkt die Ausgabenquote 2007 und 2008 etwas stärker als die Einnahmenquote. Das bedeutet also, dass die Konsolidierung von der Ausgabenseite herrührt. Bei den Einnahmen wird die Steuer- und Abgabenquote, das sind die Steuern und Abgaben in Relation zum Bruttoinlandsprodukt, weiter zurückgehen, nämlich von 41,8% (2006) auf 41,6% (2007) und 41,5 (2008).

Im Zusammenhang mit der Budgetkonsolidierung hat die Defizitquote, das ist der Anteil des öffentlichen Finanzierungssaldos oder des Maastricht-Defizits am Bruttoinlandsprodukt, besondere Bedeutung erlangt. Das gesamtstaatliche Maastricht-Defizit für das Jahr

2006 beträgt nach den Berechnungen des Bundesministeriums für Finanzen -1,1% des Bruttoinlandsprodukts. Im Jahr 2007 wird das gesamtstaatliche Maastricht-Defizit auf rund -0,9% des BIP zurückgehen. Für 2008 wird es auf rund -0,7% des BIP zurückgehen.

Eine weitere wichtige Kennzahl für die Beurteilung des Erfolges der Budgetpolitik ist die öffentliche Verschuldungsquote. Die Verschuldungsquote beziffert die Staatsverschuldung gemessen am Bruttoinlandsprodukt. Die Bruttoschulden umfassen die kurz-, mittel- und langfristigen Schulden sowie die Mittel, die der Bund für Unternehmungen, an die er zu 100 Prozent beteiligt ist, aufgenommen hat (Rechtsträgerfinanzierung). Die Entwicklung zeigt, dass die öffentliche Verschuldungsquote sinkend ist. 2001 betrug sie 66,0% des Bruttoinlandsprodukts, 2006 62,2% und 2008 sollten es 59,9% werden.

Zur Konsolidierung der öffentlichen Finanzen tragen auch die Länder und Gemeinden entsprechend dem innerösterreichischen Stabilitätspakt bei. Beide

Tabelle 19 Gesamtwirtschaftliche Indikatoren zur Budgetentwicklung
in % des BIP

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Staatsausgaben	50,7	50,5	50,9	50,2	49,8	49,0	48,5	48,1
Staatseinnahmen	50,7	50,0	49,3	49,0	48,3	47,9	47,6	47,4
Steuern und Abgaben (Staat + EU)	44,8	43,8	43,2	42,9	42,1	41,8	41,6	41,5
Öffentliches Defizit (Maastricht)	0,0	-0,5	-1,6	-1,2	-1,5	-1,1	-0,9	-0,7
davon								
Bundessektor	-0,7	-1,1	-1,9	-1,4	-1,8	-1,5	-1,3	-1,2
Landessektor (ohne Wien)	0,5	0,3	0,2	0,1	0,2	0,2	0,2	0,3
Gemeindesektor (inkl. Wien)	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Sozialversicherungsträger	-0,0	-0,0	-0,1	-0,1	-0,1	-0,0	-0,0	0,0
Verschuldungsquote (Maastricht)	66,0	65,8	64,6	63,8	63,4	62,2	61,2	59,9

Quelle: Statistik Austria (bis 2005; Stand Oktober 2006); BMF (ab 2006)

Gebietskörperschaftsebenen erzielen in der Maastricht-Rechnung Überschüsse. Für 2007 und 2008 leisten beide Ebenen zusammen einen Überschuss von gut 0,4% des Bruttoinlandsprodukts. Hinsichtlich der Schwerpunktsetzungen bei der Konsolidierung findet sich ein Mix von Einnahmenverbesserungen, linearen Ausgabenkürzungen wie auch nachhaltiger Instrumente wie Prozessoptimierung, Facility Management, Ausgliederungen, Public Private Partnerships.

In der Sozialversicherung wird für 2007 und 2008 mit einem ausgeglichenen Haushalt gerechnet.

Neben der Höhe der Staatsquoten ist ebenso die Zusammensetzung der Ausgaben und Einnahmen von Bedeutung. Für Zwecke der internationalen Vergleichbarkeit werden die Ausgaben und Einnahmen des Staates in der amtlichen Statistik nach dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 1995 (ESVG 95) dargestellt (siehe Tabelle 20 und Tabelle 21). Unter den Staatsausgaben und -einnahmen werden nur die nicht-finanziellen Transaktionen des Staates gemäß ESVG 95 zusammengefasst. Nicht enthalten sind die finanziellen Transaktionen: Erwerb und Verkauf von Beteiligungen; Gewährung von bzw. Einnahmen aus Darlehen, Aufnahme bzw. Tilgung von Schulden.

Rund 69,0 Mrd. € oder über 53% der Staatsausgaben werden 2007 für Sozialleistungen verwendet. 2008 sind es rund 71,3 Mrd. €. Darunter fallen insbesondere die Ausgaben für Pensionen, Familienbeihilfen, Arbeitslosengelder, Unfallrenten, Pflegegelder, Arztleistungen und Medikamente. Die Transferzahlungen an Unternehmungen betragen 2007 rund 14,1 Mrd. € (2008: 14,4 Mrd. €). Diese beinhalten auch die Zuschüsse und Abgangsdeckungen öffentlicher Einrichtungen, die dem privaten Sektor zugerechnet werden wie z.B. die ÖBB und Krankenanstalten. Rund 24,3 Mrd. € (2008: 24,9 Mrd. €) oder 18,7 % entfallen auf den Personalaufwand (Arbeitnehmerentgelt). Die von staatlichen Stellen benötigten Betriebsaufwendungen (Büroaufwand, Instandhaltungen, Mietenzahlungen) machen 2007 rund 12,0 Mrd. € aus, das sind rund 9% der Staatsausgaben. Der Zinsaufwand beläuft sich auf rund 7,4 Mrd. €, das sind 5,7% der Gesamtausgaben.

Auf der Einnahmenseite sind die Steuern und Abgaben die bedeutendsten Positionen. Sie machen fast 90% der Gesamteinnahmen aus. Rund 4% der Gesamteinnahmen entfallen auf Produktionserlöse und etwa

2,7% auf Vermögenseinkommen (Zinsen, Dividenden). Der Rest (3,3%) entfällt auf sonstige Einnahmen.

Tabelle 20 Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo des Staates ¹⁾
in Mrd. €

	2004	2005	2006	2007	2008
Einnahmen					
Produktionserlöse	4,81	5,01	5,08	5,21	5,32
Produktions- und Importabgaben	34,33	35,22	36,40	37,65	38,81
Einkommen- und Vermögensteuern	31,65	31,52	33,19	34,75	36,34
Sozialbeiträge (inkl. unterstellte Sozialbeiträge)	37,89	39,38	40,57	41,98	43,49
Vermögenseinkommen	3,26	3,44	3,52	3,49	3,49
Transfers	3,58	3,75	4,05	4,25	4,39
Summe Einnahmen	115,54	118,32	122,81	127,33	131,85
Ausgaben					
Vorleistungen	10,32	10,96	11,44	11,97	12,66
Arbeitnehmerentgelt	21,87	22,74	23,54	24,26	24,93
gezahlte Steuern	0,47	0,49	0,51	0,51	0,50
Summe Sach- und Personalaufwand	32,66	34,19	35,49	36,73	38,09
Monetäre Sozialleistungen	44,42	45,59	47,10	48,69	50,18
Soziale Sachleistungen	12,34	12,62	12,97	13,43	13,90
Sonstige laufende Transfers	6,06	6,55	6,61	6,87	7,20
Summe Transfers an priv. Haushalte	62,82	64,76	66,68	68,99	71,28
Subventionen	7,23	7,42	7,47	7,87	8,17
Vermögenstransfers	6,65	6,36	6,30	6,25	6,25
Summe Transfers an Unternehmen	13,88	13,77	13,77	14,12	14,42
Zinsen für die Staatsschuld	6,98	7,09	7,18	7,35	7,47
Bruttoinvestitionen	2,57	2,69	2,85	2,94	3,09
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern	-0,23	-0,23	-0,05	-0,05	-0,17
Summe Ausgaben	118,68	122,28	125,92	130,08	134,18
Finanzierungssaldo - VGR	-3,15	-3,97	-3,11	-2,75	-2,33
SWAP, netto	0,28	0,26	0,30	0,30	0,30
Finanzierungssaldo - Maastricht	-2,87	-3,71	-2,81	-2,45	-2,03
in % des BIP	-1,2	-1,5	-1,1	-0,9	-0,7

¹⁾ Nach VGR / ESGV'95

Quelle: Statistik Österreich (bis 2005, Stand Oktober 2006), Bundesministerium für Finanzen

Tabelle 21 Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo des Bundessektors ¹⁾

in Mrd. €

	2004	2005	2006	2007	2008
Einnahmen					
Produktionserlöse	1,05	1,12	1,13	1,14	1,17
Produktions- und Importabgaben	25,16	25,15	25,94	26,87	27,73
Einkommen- und Vermögensteuern	23,43	23,89	25,22	26,36	27,57
Sozialbeiträge (inkl. unterstellte Sozialbeiträge)	7,50	7,62	7,65	7,80	7,95
Vermögenseinkommen	1,62	1,64	1,70	1,65	1,65
Intragovernmentale Transfers	4,09	4,20	4,35	4,50	4,65
Sonstige Transfers	4,38	4,52	4,67	4,80	4,95
Summe Einnahmen	67,22	68,15	70,66	73,12	75,67
Ausgaben					
Vorleistungen	4,46	4,68	4,95	5,25	5,70
Arbeitnehmerentgelt	10,25	10,77	11,15	11,43	11,66
gezahlte Steuern	0,14	0,15	0,17	0,18	0,17
Summe Sach- und Personalaufwand	14,85	15,60	16,27	16,86	17,53
Monetäre Sozialleistungen	14,04	14,22	14,65	15,16	15,46
Soziale Sachleistungen	0,41	0,38	0,40	0,42	0,44
Sonstige laufende Transfers	5,02	5,28	5,40	5,54	5,70
Summe Transfers an priv. Haushalte	19,46	19,88	20,45	21,12	21,61
Subventionen	4,34	4,07	4,00	4,05	4,20
Vermögenstransfers	2,39	2,35	2,40	2,50	2,58
Summe Transfers an Unternehmen	6,73	6,42	6,40	6,55	6,78
Intragovernmentale Transfers	22,45	23,48	24,00	24,64	25,38
Zinsen für die Staatsschuld	6,85	6,95	7,02	7,17	7,27
Bruttoinvestitionen	0,52	0,60	0,65	0,65	0,70
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern	-0,07	-0,05	0,00	0,00	0,00
Summe Ausgaben	70,81	72,88	74,78	76,99	79,26
Finanzierungssaldo - VGR	-3,58	-4,73	-4,12	-3,87	-3,59
SWAP, netto	0,28	0,26	0,30	0,30	0,30
Finanzierungssaldo - Maastricht	-3,30	-4,47	-3,82	-3,57	-3,29
in % des BIP	-1,4	-1,8	-1,5	-1,3	-1,2

¹⁾ Nach VGR / ESVG'95

Quelle: Statistik Österreich (bis 2005, Stand Oktober 2006), Bundesministerium für Finanzen (ab 2006)

9. Außerbudgetäre Finanzierungen

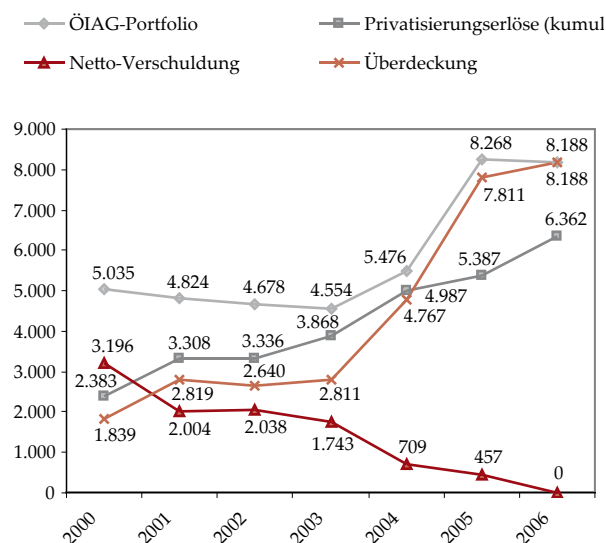
ÖIAG

Nach dem ÖIAG-Gesetz 2000, BGBl. I Nr. 24/2000, ist der Bund verpflichtet, der ÖIAG die Ausgaben für Zinsen und Tilgungen von Anleihen, Darlehen und Krediten, die die ÖIAG mit Bundeshaftung aufgenommen hat und für die eine Refundierungsverpflichtung besteht, zu ersetzen; dies gilt auch für Anleihen, Darlehen und Kredite, welche die ÖIAG im Wege der Umschuldung oder zum Zweck der Umschuldungen beim Bund, vertreten durch die Österreichische Bundesfinanzierungsagentur, aufgenommen hat. Die Verbindlichkeiten der ÖIAG mit Refundierungsverpflichtung des Bundes betragen zum 31.12.2000 rund 2,9 Mrd. €.

Gemäß dem ÖIAG-Gesetz 2000 sollen die derzeit bestehenden Verbindlichkeiten der ÖIAG (einschließlich jener der früheren PTBG) und das Gesellschafterdarlehen des Bundes durch Privatisierungserlöse getilgt werden.

Die Tilgungen der ÖIAG-Verbindlichkeiten mit Refundierungsregelung betragen in den Jahren 2000 bis 2006 insgesamt 3,1 Mrd. €. Die Ende 2006 noch ausstehenden Verbindlichkeiten von rund 0,2 Mrd. € sollen aus bestehender Liquidität der ÖIAG getilgt werden.

ÖIAG-Wertentwicklung 31.12. 2000 bis 31.12.2006 in Mio. €



Die Zinszahlungen für diese Verbindlichkeiten beliefen sich in den Jahren 2000 bis 2006 insgesamt 659 Mio. €.

Von dem Ende 2000 noch mit 289,9 Mio. € ausstehenden Gesellschafterdarlehen sind in den Jahren 2001 bis 2004 insgesamt 289,9 Mio. €, d.h. die gesamte Schuld, getilgt worden. Die Zinsen für dieses Darlehen beliefen sich in den Jahren 2001 bis 2004 auf insgesamt 12,1 Mio. €.

Gemäß Poststrukturgesetz BGBl. Nr. 201/1996 i.d.G.F. haftet der Bund für Verbindlichkeiten der PTBG bis zu einem Höchstausmaß von rd. 3,6 Mrd. € (ohne Refundierungsverpflichtung des Bundes). Die Schulden der PTBG betragen zum 31.12.2000 rund 0,7 Mrd. €. Durch die Verwendung von Privatisierungserlösen konnten diese aus der PTBG durch Fusion in die ÖIAG übertragenen Schulden bis zum 31.12.2005 abgebaut werden.

Österreichische Bundesbahnen

Auf Grundlage des Ende 2003 beschlossenen Bundesbahnstrukturgesetzes 2003 wurde die damit bewirkte Strukturreform der ÖBB im Jahr 2005 mit Leben erfüllt und operativ umgesetzt. Mit Spaltungsstichtag 1. Jänner 2005 wurden die ÖBB gesellschaftsrechtlich umstrukturiert, wobei die Mitarbeiter, Vermögensgegenstände und Schulden sowie die Aufgaben den operativen Gesellschaften übertragen wurden. Der ÖBB-Konzern präsentiert sich nun in der neuen Struktur mit der ÖBB-Holding AG als strategischer Leitgesellschaft, den vier operativen Aktiengesellschaften (ÖBB-Personenverkehr AG, Rail Cargo Austria AG, ÖBB-Infrastruktur Betrieb AG, ÖBB-Infrastruktur Bau AG), der ÖBB-Dienstleistungs GmbH sowie weiteren operativen GmbHs.

Im Geschäftsjahr 2005 stiegen die Gesamterträge um 14,2 % auf 5.034 Mio. €. Den größten Anteil daran hatte der Teilkonzern Rail Cargo Austria mit 2.012 Mio. €, gefolgt vom Teilkonzern ÖBB-Infrastruktur Betrieb mit 1.902 Mio. € und dem Teilkonzern ÖBB-Personenverkehr mit 1.845 Mio. €. Der Teilkonzern ÖBB-Infrastruktur Bau AG trug mit 1.118 Mio. € und schließlich

die ÖBB-Holding AG mit Einzelfirmen mit 167 Mio. € dazu bei. Die Produktivität des Konzerns stieg um über 21,5 % bei einer Reduktion des Mitarbeiterstands um 6,0 %. Für 2006 wird mit einer weiteren Produktivitätssteigerung um rund 12 % gerechnet. Die Eigenkapitalquote lag bei soliden 47 %.

Im Jahr 2006 verbesserte sich das vorläufige Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit gegenüber dem Vorjahr von 13 auf über 30 Mio. €. Die vorläufigen Gesamterträge stiegen 2006 im Vorjahresvergleich um 6 % auf mehr als 5,3 Mrd. €. Die vorläufigen Umsätze erhöhten sich 2006 im Personentransport bei 443 Mio. Fahrgästen (+ 6 Mio.) von 1,85 auf 1,9 Mrd. €. Der vorläufige Umsatz im Güterverkehr stieg 2006 um 10 % auf 2,2 Mrd. € (93 Mio. Tonnen).

Im Zuge der Umsetzung der Strukturreform hat die Einleitung einer grundlegenden Restrukturierung im Personalbereich eine zentrale Bedeutung. Größtmögliche Effizienz und Flexibilität sind die Schlüsselfaktoren, aber auch die Reduktion der Krankenstandstage zählt zu den Kernanliegen im Personalmanagement. Mit einem Rückgang von 5,5 % oder 1,2 Tagen pro Mitarbeiter konnte auch in diesem sensiblen Bereich ein Erfolg verzeichnet werden. Im Jahr 2005 hat sich der Personalstand im Konzern um 2.668 auf 46.059 Mitarbeiter reduziert, 1.262 davon über den „Golden Handshake“, der Rest über natürlichen Abgang und Alterspensionierungen. Ende 2006 waren rund 43.000 Mitarbeiter bei den ÖBB beschäftigt. Bis zum Ende des Jahres 2008 ist eine Absenkung der Mitarbeiterzahl im Gesamtkonzern auf rund 42.600 Mitarbeiter geplant.

Laut den derzeitigen Prognosewerten sollen die Erträge im Gesamtkonzern bis 2008 auf rund 5,6 Mrd. € steigen. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit soll im Jahr 2007 auf 78,2 Mio. € steigen. Auch die Anzahl der beförderten Passagiere auf Schiene und Bus soll in den kommenden beiden Jahren ansteigen. Der Zielwert 2008 beträgt 456 Mio. Passagiere. Ebenso soll die Anzahl der von der Rail Cargo Austria AG im Güterverkehr beförderten Tonnen bis zum Jahr 2008 auf 97 Mio. ansteigen.

ASFINAG

Die ASFINAG ist mit der Finanzierung, der Planung, dem Bau und der Erhaltung der Bundesstraßen betraut, für die Durchführung dieser Tätigkeiten erhält

Tabelle 22 Finanzverbindlichkeiten außerbudgetärer Einrichtungen

in Mrd. €, per Jahresende

	2004	2005	2006 vorläufig
ÖBB inkl. SCHIG	5,7	6,5	7,9
ASFINAG	8,4	9,3	9,7
BIG	3,5	3,3	3,4
ÖIAG	0,7	0,5	0,0
Summe	18,3	19,6	21,0

Quelle: BMF

sie das Fruchtgenussrecht an den Bundesstraßen.

Der Jahresüberschuss der ASFINAG betrug für das Jahr 2005 EURO 355,8 Mio., insgesamt wurden in diesem Jahr EURO 715,7 Mio. in das hochrangige Straßennetz investiert. Die Einnahmen aus der LkW Maut und den Pkw Mauten (fahrleistungsunabhängig wie zeitabhängig) entwickeln sich sehr positiv. Im Jahr 2005 wurden durch die LkW Maut EURO 775 Mio. lukriert, was eine Steigerung von 3,33% gegenüber dem Vorjahr bedeutet, bei den Pkw Mauten waren es EURO 416 Mio. bzw. 1,7%. Die Sondermaturen erwirtschafteten EURO 16 Mio. was eine Steigerung um 33,33% bedeutet.

Das Jahr 2005 markiert einen Meilenstein in punkto Verkehrssicherheit. Im Vergleich zum Vorjahr konnte die Zahl der bei Unfällen Getöteten um über 20 Prozent gesenkt werden.

Eine Reihe von unternehmensinternen Weichenstellungen machen 2005 aber auch in Hinblick auf die Gesamtentwicklung des Konzerns zu einem Meilenstein für die ASFINAG.

Durch den Kauf des Lkw-Mautbetreibers EUROPASS wurde 2005 eine zentrale Unternehmensaufgabe in die direkte Steuerungsverantwortung der ASFINAG übernommen. Nach der 2004 eingeleiteten Übernahme des Autobahnbetriebs von den Ländern war dies ein weiterer entscheidender Schritt hin zu einer Bündelung aller Kernkompetenzen.

Auch in finanzieller Hinsicht konnten 2005 wesentliche Weichenstellungen getroffen werden. Seit der Gründung des Unternehmens enthielt das ASFINAG Portfolio einen relativ hohen Anteil an Fremdwährungsverbindlichkeiten. Deren Auflösung war immer strategisches Unternehmensziel und konnte Ende 2005 in einem günstigen Marktumfeld realisiert werden.

Ein Ausblick auf die Kennzahlen der ASFINAG für das Jahr 2006 lassen eine Fortsetzung der positiven Entwicklung erwarten. Für das Jahr 2006 wird ein Jahresüberschuss von ca. 260 Mio. € erwartet, die Einnahmen aus der LkW Maut werden mit 822,6 Mio. € prognostiziert, die Pkw Mauten mit 426,9 Mio. €. Der positive Trend würde damit bestätigt werden. Im Rahmen des Bauprogrammes der ASFINAG wurden im Jahr 2006 1.130 Mio. € in den Ausbau und die Erhaltung des österreichischen Bundesstraßennetzes investiert.

Ein Schwerpunkt der Konzerntätigkeit im Jahr 2006 waren die Vorbereitungsarbeiten zur Umstellung der Konzernbilanzierung von HGB auf IFRS. Durch die von der EU geforderte Umstellung auf die kapitalmarktnäheren Bilanzierungsregeln nach IFRS wird die ASFINAG 2008 erstmals nach IFRS bilanzieren.

Die bestmögliche Implementierung und rasche Umstellung der neuen IFRS Regeln wird ein wesentliches Konzernziel der ASFINAG für die kommenden Jahre darstellen. Ein weiteres Ziel ist die Beibehaltung des hohen Investitionsniveaus in den Ausbau- und die Erhaltung des österreichischen Straßennetzes im Rahmen des Bauprogrammes der ASFINAG. Abseits dieser externen Zielvorgaben arbeitet die ASFINAG intensiv

an der Restrukturierung und Effizienzsteigerung der unternehmensinternen Bereiche.

Bundesimmobiliengesellschaft (BIG)

Die Aufgaben der BIG mit ihren Tochtergesellschaften liegen hauptsächlich in der Bewirtschaftung der ehemaligen Bundesliegenschaften, der Planung, Errichtung und Instandhaltung von Baulichkeiten für Bundeszwecke sowie in der Entwicklung und Verwertung von nicht für öffentliche Zwecke erforderlichen Liegenschaften. Die Gesellschaft verwaltet per Jahresende 2006 einen mietenrelevanten Gebäudeflächenbestand von rd. 6,6 Mio. m².

Die Mieteinnahmen als wesentlichste Umsatzkomponente (597,5 Mio. €) entfallen zu 96 % auf Bundesmieter.

In Anlagen im Bau und Bauten auf fremden Grund wurden im Jahr 2006 rd. 205,8 Mio. € investiert, wobei der Schwerpunkt der diesbezüglichen Investitionen bei Objekten lag, die dem Bildungsbereich dienen. Für Instandhaltungsmaßnahmen hat die Gesellschaft rd. 123 Mio. € aufgewendet.

Das voraussichtliche Betriebsergebnis des Jahres 2006 (227,3 Mio. €) wird im Vergleich zum Vorjahr annähernd gleich bleiben. Die BIG wird im Jahr 2006 voraussichtlich einen Gewinn von 58 Mio. € erwirtschaften.

Zur Finanzierung der Investitionen ist die BIG, die auch im vergangenen Jahr von Moody's mit einem „Aaa“ ausgezeichnet wurde, selbst als Emittent aufgetreten. Dabei konnte die BIG eine öffentliche Anleihe

Tabelle 23 Investitionen ausgegliederter Gesellschaften in die Infrastruktur
in Mrd. €

	2003	2004	2005	2006 Erwartung	2007 Plan	2008 Schätzung
SCHIENE	1,2	1,2	1,3	1,4	1,5	1,5
ASFINAG	0,9	1,0	1,0	1,1	1,2	1,2
BIG	0,4	0,3	0,3	0,3	0,4	0,4
Summe	2,5	2,5	2,6	2,7	3,1	3,1

Quelle: BMF

in Summe in Höhe von 150 Mio. € CHF (Gegenwert 95 Mio. €) mit einer Laufzeit von 25 Jahren emittieren. Zusätzlich wurde eine Privatplacierung in Höhe von 6 Mrd. JPY (Gegenwert 42,3 Mio. €) begeben.

Im Jahr 2007 werden von der BIG in Angelegenheit der Planung und Vorbereitung 144 Objekte und der Bauausführung 61 Objekte betreut. Weiters ist die Fertigstellung von 31 Neubau- und Sanierungsvorhaben mit Gesamtkosten von 230,7 Mio. € und der Baubeginn von 20 Neubau- und Generalsanierungsvorhaben mit Gesamtkosten von 142,6 Mio. € vorgesehen.

Neben ihrem Kerngeschäft, nämlich den Immobilienbedarf des Bundes nach marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen bereit zu stellen, setzt die BIG auch verstärkt auf die Entwicklung und Verwertung von Projekten mit privatwirtschaftlicher Nutzung bzw. Beteiligung.

Die Neustrukturierung des Konzern hat sich insbesondere an den Zielen orientiert, die Abläufe im Unternehmen durch klare Kompetenzverteilung zu optimieren, Instrumente für eine betriebswirtschaftliche Steuerung der Investitionstätigkeit zu entwickeln sowie den Kundennutzen sowohl bei den Nutzern vor Ort als auch bei zentralen Entscheidungsträgern zu optimieren.

Anhang: Übersichten

1. Weltwirtschaft und internationale Vergleiche

Übersicht 1: Entwicklung der Weltwirtschaft

Übersicht 2: Wirtschaftswachstum im internationalen Vergleich

Übersicht 3: Arbeitslosenrate im internationalen Vergleich

Übersicht 4: Inflationsentwicklung im internationalen Vergleich

Übersicht 5: Konvergenzkriterien

Übersicht 6: Nettodefizite (-überschüsse) der öffentlichen Haushalte im internationalen Vergleich

2. Entwicklung des Bundeshaushaltes

Allgemeine Hinweise:

1. Durch verschiedene Ausgliederungen (wie zB. der Post- und Telegrafverwaltung ab 1. Mai 1996; der Österreichischen Bundesforste, des Bundesrechenamtes und der ASFINAG ab 1. Jänner 1997; der Auflassung der Verwertungsstelle des Österreichischen Alkoholmonopols mit Ablauf des 31. Dezember 1996; der Bundessportheime und Sporteinrichtungen, des Umweltbundesamtes und der Museen beginnend ab 1. Jänner 1999; der Bundestheater ab 1. September 1999; des Österreichischen Statistischen Zentralamtes ab 1. Jänner 2000; des Bundesgestütetes Piber-Spanische Hofreitschule ab 1. Jänner 2001; des Österreichischen Bibliothekenverbundes ab 1. Jänner 2002; der Finanzmarktaufsichtsbehörde ab 1. April 2002; der Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit ab 1. Juni 2002; der Universitäten, der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (jetzt: Austrian Development Agency - ADA) ab 1. Jänner 2004 und der Buchhaltungsagentur ab 1. Juli 2004) sowie durch die Auswirkungen des Infrastrukturfinanzierungsgesetzes 1997, des Bundesimmobilienengesetzes 2000 und des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 50/2002 (Übertragung der Bundesstraßen an die Länder) ist ein Vergleich mit den Vorjahren nur bedingt möglich.

2. Die Werte für das Bruttoinlandsprodukt (BIP) für die Jahre bis 2006 stammen von Statistik Austria, die BIP-Werte für die

Jahre 2007 und 2008 wurden mit der WIFO-Prognose vom Dezember 2006 fortgeschrieben.

3. Die ausgewiesenen Daten bis zum Jahr 2005 sind den jeweiligen Bundesrechnungsabschlüssen zu entnehmen, die Daten für das Jahr 2006 entsprechen dem vorläufigen Erfolg 2006 (Stand: 31.1.2007), die Daten der Jahre 2007 und 2008 stellen den Entwurf des Bundesvoranschlages (BVA-E) für 2007 und 2008 dar.

4. Bei Betragsangaben wurde bis einschließlich 4 ab- und ab 5 aufgerundet. Es kann daher bei Summen- bzw. Saldenbildungen zu Rundungsdifferenzen kommen.

Übersicht 7: Ausgaben, Einnahmen und Nettobudgetabgang

Übersicht 8: Kennzahlen der Budgetentwicklung

2.1 Entwicklung der Einnahmen

Übersicht 9: Struktur der Gesamteinnahmen des Bundes

Übersicht 10: Öffentliche Abgaben des Bundes

Übersicht 11: Aufteilung der öffentlichen Abgaben des Bundes

Übersicht 12: Einnahmen des Bundes nach ökonomischen Kriterien

2.2 Entwicklung der Ausgaben

Übersicht 13: Gesamtausgaben des Bundes, finanzwirtschaftliche Gliederung

Übersicht 14: Gesamtausgaben des Bundes, Ressortgliederung

Übersicht 15: Gesamtausgaben des Bundes, funktionelle Gliederung,

Übersicht 16: Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Kriterien

Übersicht 17: Ausgaben des Bundes für Soziale Wohlfahrt, Gesundheit und Wohnungsbau

Übersicht 18: Familienlastenausgleich

Übersicht 19: Pensionsversicherung, Finanzierung und Leistungen

Übersicht 20: Ausgaben des Bundes für Wirtschaftsförderung

Übersicht 21: Investitionen in die Infrastruktur

Übersicht 22: Ausgaben des Bundes für Bildung

Übersicht 23: Haftungsübernahmen des Bundes

Übersicht 1 Entwicklung der Weltwirtschaft

jährliche Veränderung in %

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006 ¹⁾	2007 ¹⁾	2008 ¹⁾
Weltproduktion ²⁾	3,8	4,7	2,7	3,2	4,1	5,3	4,9	5,1	4,6	4,7
Exporte (Güter und Dienstleistungen) ²⁾	5,4	13,3	-0,1	4,2	5,1	10,9	7,6	9,1	7,4	7,1
Importe (Güter und Dienstleistungen) ²⁾	6,6	13,5	-0,2	4,0	5,7	11,2	6,7	9,0	7,4	7,0
Rohstoffpreise	4,8	23,5	-7,5	0,7	9,4	23,4	27,8	21,0	1,1	0,1
Ölpreise (Brent in US-\$/Barrel)	17,9	28,5	25,0	25,0	28,8	37,8	54,1	65,6	66,3	68,0

¹⁾ Prognose

²⁾ Real

Quelle: EK-Herbstprognose 2006

Übersicht 2 Wirtschaftswachstum im internationalen Vergleich

jährliche reale Veränderung in %

Land/Region	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006 ¹⁾	2007 ¹⁾	2008 ¹⁾
Belgien	1,7	3,4	3,7	0,8	1,5	1,0	3,0	1,1	2,7	2,3	2,2
Deutschland	2,0	2,0	3,2	1,2	0,0	-0,2	1,2	0,9	2,4	1,2	2,0
Griechenland	3,4	3,4	4,5	5,1	3,8	4,8	4,7	3,7	3,8	3,7	3,7
Spanien	4,5	4,7	5,0	3,6	2,7	3,0	3,2	3,5	3,8	3,4	3,3
Frankreich	3,5	3,2	4,0	1,9	1,0	1,1	2,3	1,2	2,2	2,3	2,1
Irland	8,5	10,7	9,4	5,8	6,0	4,3	4,3	5,5	5,3	5,3	4,3
Italien	1,4	1,9	3,6	1,8	0,3	0,0	1,1	0,0	1,7	1,4	1,4
Luxemburg	6,5	8,4	8,4	2,5	3,8	1,3	3,6	4,0	5,5	4,5	4,2
Niederlande	3,9	4,7	3,9	1,9	0,1	0,3	2,0	1,5	3,0	2,9	2,6
Österreich	3,6	3,3	3,4	0,8	0,9	1,1	2,4	2,0	3,1	2,6	2,1
Österreich nationale Angaben ²⁾	3,6	3,3	3,4	0,8	0,9	1,1	2,4	2,0	3,1	2,7	2,3
Portugal	4,8	3,9	3,9	2,0	0,8	-1,1	1,2	0,4	1,2	1,5	1,7
Finnland	5,2	3,9	5,0	2,6	1,6	1,8	3,5	2,9	4,9	3,0	2,6
Eurozone	2,8	3,0	3,8	1,9	0,9	0,8	2,0	1,4	2,6	2,1	2,2
Dänemark	2,2	2,6	3,5	0,7	0,5	0,7	1,9	3,0	3,0	2,3	2,2
Schweden	3,7	4,5	4,3	1,1	2,0	1,7	3,7	2,7	4,0	3,3	3,1
Vereinigtes Königreich	3,3	3,0	3,8	2,4	2,1	2,7	3,3	1,9	2,7	2,6	2,4
Zypern	5,0	4,8	5,0	4,0	2,0	1,9	3,9	3,8	3,8	3,8	3,9
Tschechien	-0,8	1,3	3,6	2,5	1,9	3,6	4,2	6,1	6,0	5,1	4,7
Estland	4,4	0,3	10,8	7,7	8,0	7,1	8,1	10,5	10,9	9,5	8,4
Ungarn	4,9	4,2	5,2	4,1	4,3	4,1	4,9	4,2	4,0	2,4	2,7
Lettland	4,7	3,3	6,9	8,0	6,5	7,2	8,6	10,2	11,0	8,9	8,0
Litauen	7,5	-1,5	4,1	6,6	6,9	10,3	7,3	7,6	7,8	7,0	6,5
Malta	3,4	4,1	5,7	-1,1	1,9	-2,4	0,0	2,2	2,3	2,1	2,2
Polen	5,0	4,5	4,2	1,1	1,4	3,8	5,3	3,2	5,2	4,7	4,8
Slowakei	3,7	0,3	0,7	3,2	4,1	4,2	5,4	6,0	6,7	7,2	5,7
Slowenien	3,9	5,4	4,1	2,7	3,5	2,7	4,4	4,0	4,8	4,2	4,5
EU-25	2,9	3,0	3,9	2,0	1,2	1,3	2,4	1,7	2,8	2,4	2,4
Bulgarien	3,9	2,3	5,4	4,1	4,9	4,5	5,7	5,5	6,0	6,0	6,2
Rumänien		-1,2	2,1	5,7	5,1	5,2	8,4	4,1	7,2	5,8	5,6
USA	4,2	4,4	3,7	0,8	1,6	2,5	3,9	3,2	3,4	2,3	2,8
Japan	2,0	-0,1	2,9	0,2	0,3	1,8	2,3	2,6	2,7	2,3	2,1

¹⁾ Prognose²⁾ WIFO-Prognose Dezember 2006

Quelle: Eurostat (1998 - 2002), EK-Herbstprognose 2006 (2003 - 2008)

Übersicht 3 Arbeitslosenrate im internationalen Vergleich ¹⁾

in %

Land/Region	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006 ²⁾	2007 ²⁾	2008 ²⁾
Belgien	9,3	8,5	6,9	6,6	7,5	8,2	8,4	8,4	8,6	8,5	8,4
Deutschland	8,8	7,9	7,2	7,4	8,2	9,0	9,5	9,5	8,9	8,4	7,8
Griechenland	10,9	12,0	11,3	10,8	10,3	9,7	10,5	9,8	9,3	8,9	8,6
Spanien	15,0	12,5	11,1	10,3	11,1	11,1	10,7	9,2	8,1	7,9	7,4
Frankreich	11,1	10,5	9,1	8,4	8,9	9,5	9,6	9,7	9,3	9,0	8,7
Irland	7,5	5,7	4,3	4,0	4,5	4,7	4,5	4,3	4,3	4,5	4,8
Italien	11,3	10,9	10,1	9,1	8,6	8,4	8,0	7,7	7,1	7,0	7,0
Luxemburg	2,7	2,4	2,3	2,1	2,8	3,7	5,1	4,5	4,6	4,4	4,1
Niederlande	3,8	3,2	2,8	2,2	2,8	3,7	4,6	4,7	3,9	3,0	2,7
Österreich	4,5	3,9	3,6	3,6	4,2	4,3	4,8	5,2	5,1	5,1	5,1
Österreich nationale Angaben ³⁾	4,5	3,9	3,6	3,6	4,2	4,3	4,8	5,2	4,8	4,6	4,5
Portugal	5,1	4,5	4,0	4,0	5,0	6,3	6,7	7,6	7,6	7,7	7,7
Finnland	11,4	10,2	9,8	9,1	9,1	9,0	8,8	8,4	7,7	7,4	7,3
Eurozone	10,1	9,2	8,2	7,9	8,3	8,7	8,9	8,6	8,0	7,7	7,4
Dänemark	4,9	5,2	4,3	4,5	4,6	5,4	5,5	4,8	3,8	3,5	3,5
Schweden	8,2	6,7	5,6	4,9	4,9	5,6	6,3	7,8	7,3	7,4	7,1
Vereinigtes Königreich	6,1	5,9	5,4	5,0	5,1	4,9	4,7	4,7	5,3	5,0	4,8
Zypern	3,6	3,7	4,9	3,8	3,6	4,1	4,6	5,3	5,4	5,5	5,6
Tschechien	6,4	8,6	8,7	8,0	7,3	7,8	8,3	7,9	7,4	7,1	6,9
Estland	9,2	11,3	12,8	12,4	10,3	10,0	9,7	7,9	5,4	3,8	3,1
Ungarn	8,4	7,0	6,4	5,7	5,8	5,9	6,1	7,2	7,3	7,7	7,7
Lettland	14,3	14,0	13,7	12,9	12,2	10,5	10,4	8,9	7,4	7,2	7,0
Litauen	13,2	13,7	16,4	16,5	13,5	12,7	11,4	8,3	5,9	5,2	5,2
Malta	6,6	7,1	6,7	7,6	7,5	7,6	7,4	7,3	7,0	7,0	6,9
Polen	10,2	13,4	16,1	18,2	19,9	19,6	19,0	17,7	13,9	12,2	11,6
Slowakei	12,6	16,4	18,8	19,3	18,7	17,6	18,2	16,3	14,3	13,3	12,9
Slowenien	7,4	7,3	6,7	6,2	6,3	6,7	6,3	6,5	6,1	6,1	6,0
EU-25	9,4	9,1	8,6	8,4	8,8	9,0	9,1	8,8	8,0	7,6	7,3
Bulgarien	10,6	12,2	16,4	19,5	18,1	13,7	12,0	10,1	8,9	7,7	7,0
Rumänien	5,4	6,2	6,8	6,6	7,5	6,8	7,6	7,7	7,6	7,5	7,6
USA	4,5	4,2	4,0	4,8	5,8	6,0	5,5	5,1	4,7	5,1	5,4
Japan	4,1	4,7	4,7	5,0	5,4	5,3	4,7	4,4	4,3	4,3	4,3

¹⁾ in % der Erwerbsspersonen (EUROSTAT Definiton)²⁾ Prognose³⁾ WIFO-Prognose Dezember 2006

Quelle: AMECO Datenbank (1998 - 2002), EK-Herbstprognose 2006 (2003 - 2008)

Übersicht 4 Inflationsentwicklung im internationalen Vergleich ¹⁾ jährliche Veränderung in %

Land/Region	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006 ²⁾	2007 ²⁾	2008 ²⁾
Belgien	0,9	1,1	2,7	2,4	1,6	1,5	1,9	2,5	2,4	1,8	1,7
Deutschland	0,6	0,6	1,4	1,9	1,4	1,0	1,8	1,9	1,8	2,2	1,2
Griechenland	4,5	2,1	2,9	3,7	3,9	3,4	3,0	3,5	3,3	3,3	3,3
Spanien	1,8	2,2	3,5	2,8	3,6	3,1	3,1	3,4	3,6	2,8	2,7
Frankreich	0,7	0,6	1,8	1,8	1,9	2,2	2,3	1,9	2,0	1,8	1,9
Irland	2,1	2,5	5,3	4,0	4,7	4,0	2,3	2,2	2,9	2,7	2,2
Italien	2,0	1,7	2,6	2,3	2,6	2,8	2,3	2,2	2,3	2,0	1,9
Luxemburg	1,0	1,0	3,8	2,4	2,1	2,5	3,2	3,8	3,2	2,2	1,8
Niederlande	1,8	2,0	2,3	5,1	3,9	2,2	1,4	1,5	1,6	1,8	2,3
Österreich	0,8	0,5	2,0	2,3	1,7	1,3	2,0	2,1	1,8	1,8	1,7
Österreich nationale Angaben ³⁾	0,8	0,5	2,0	2,3	1,7	1,3	2,1	2,3	1,4	1,6	1,7
Portugal	2,2	2,2	2,8	4,4	3,7	3,3	2,5	2,1	2,9	2,2	2,1
Finnland	1,3	1,3	2,9	2,7	2,0	1,3	0,1	0,8	1,3	1,5	1,6
Eurozone	1,1	1,1	2,1	2,3	2,2	2,1	2,1	2,2	2,2	2,1	1,9
Dänemark	1,3	2,1	2,7	2,3	2,4	2,0	0,9	1,7	2,0	2,0	1,9
Schweden	1,0	0,5	1,3	2,7	1,9	2,3	1,0	0,8	1,5	1,6	1,8
Vereinigtes Königreich	1,6	1,3	0,8	1,2	1,3	1,4	1,3	2,1	2,4	2,2	2,0
Zypern	2,3	1,1	4,9	2,0	2,8	4,0	1,9	2,0	2,4	2,0	2,4
Tschechien	9,7	1,8	3,9	4,5	1,4	-0,1	2,6	1,6	2,5	2,7	2,9
Estland	8,8	3,1	3,9	5,6	3,6	1,4	3,0	4,1	4,4	4,2	4,6
Ungarn	14,2	10,0	10,0	9,1	5,2	4,7	6,8	3,5	3,9	6,8	3,9
Lettland	4,3	2,1	2,6	2,5	2,0	2,9	6,2	6,9	6,7	5,8	5,4
Litauen	5,4	1,5	1,1	1,6	0,3	-1,1	1,2	2,7	3,8	4,6	3,3
Malta	3,7	2,3	3,0	2,5	2,6	1,9	2,7	2,5	3,0	2,6	2,4
Polen	11,8	7,2	10,1	5,3	1,9	0,7	3,6	2,2	1,4	2,5	2,8
Slowakei	6,7	10,4	12,2	7,2	3,5	8,4	7,5	2,8	4,5	3,4	2,5
Slowenien	7,9	6,1	8,9	8,6	7,5	5,7	3,7	2,5	2,5	2,5	2,6
EU-25	1,3	1,2	1,9	2,2	2,1	1,9	2,1	2,2	2,3	2,3	2,0
Bulgarien	18,7	2,6	10,3	7,4	5,8	2,3	6,1	5,0	7,0	3,5	3,8
Rumänien	59,1	45,8	45,7	34,5	22,5	15,3	11,9	9,1	6,8	5,1	4,6
USA	1,6	2,2	3,4	2,8	1,6	2,3	2,7	3,4	3,4	2,5	1,9
Japan	0,6	-0,3	-0,7	-0,7	-0,9	-0,3	0,0	-0,3	0,3	0,4	0,7

¹⁾ Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI)

²⁾ Prognose

³⁾ WIFO-Prognose Dezember 2006 (VPI)

Quelle: Eurostat (1998 - 2002), EK-Herbstprognose 2006 (2002 - 2008)

Übersicht 5 Konvergenzindikatoren

	Währungsunion ¹⁾ Stand:	Preisanstieg ²⁾	Langfristige	Budgetsaldo ⁴⁾	Schuldenquote ⁴⁾
		2006	Zinsen ³⁾	2006	2006
		in %	2006	in % des BIP	in % des BIP
			in %		
Belgien	Euro	2,4	3,8	-0,2	89,4
Deutschland	Euro	1,8	3,8	-2,3	67,8
Griechenland	Euro	3,3	4,1	-2,6	104,8
Spanien	Euro	3,6	3,8	1,5	39,7
Frankreich	Euro	2,0	3,8	-2,7	64,7
Irland	Euro	2,9	3,8	1,2	25,8
Italien	Euro	2,3	4,1	-4,7	107,2
Luxemburg	Euro	3,2	3,9	-1,5	7,4
Niederlande	Euro	1,6	3,8	0,0	50,5
Österreich	Euro	1,8	3,8	-1,3	62,1
Österreich nationale Angaben ⁵⁾	Euro	1,4	3,8	-1,1	62,2
Portugal	Euro	2,9	3,9	-4,6	67,4
Slowenien	Euro	2,5	3,9	-1,6	28,4
Finnland	Euro	1,3	3,8	2,9	38,8
Dänemark	WKM II	2,0	3,8	4,0	28,5
Zypern	WKM II	2,4	4,1	-1,9	64,8
Estland	WKM II	4,4	x	2,5	4,0
Lettland	WKM II	6,7	4,1	-1,0	11,1
Litauen	WKM II	3,8	4,1	-1,0	18,9
Malta	WKM II	3,0	4,3	-2,9	69,6
Slowakische Republik	WKM II	4,5	4,4	-3,4	33,0
Schweden	kein Euro	1,5	3,7	2,8	46,7
Vereinigtes Königreich	kein Euro	2,4	4,4	-2,9	43,2
Tschechische Republik	kein Euro	2,5	3,8	-3,5	30,9
Ungarn	kein Euro	3,9	7,1	-10,1	67,6
Polen	kein Euro	1,4	5,2	-2,2	42,4
Bulgarien	kein Euro	7,0	4,2	3,3	25,8
Rumänien	kein Euro	6,8	x	-1,4	13,7

¹⁾ Stand: Februar 2007²⁾ HVPI, Quelle: EK Herbstprognose 2006³⁾ Renditen langfristiger staatlicher Schuldverschreibungen, Quelle OeNB⁴⁾ laut EK Herbstprognose 2006⁵⁾ Wifo-Prognose Dezember 2006

Quelle: EK Herbstprognose 2006, OeNB

Übersicht 6 Nettodefizite (-überschüsse) der öffentlichen Haushalte im internationalen Vergleich ¹⁾ in % des BIP

Land/Region	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006 ²⁾	2007 ²⁾	2008 ²⁾
Belgien	-0,8	-0,5	0,1	0,6	0,0	0,0	0,0	-2,3	-0,2	-0,5	-0,5
Deutschland	-2,2	-1,5	1,3	-2,8	-3,7	-4,0	-3,7	-3,2	-2,3	-1,6	-1,2
Griechenland	-4,3	-3,4	-4,0	-4,9	-5,2	-6,1	-7,8	-5,2	-2,6	-2,6	-2,4
Spanien	-3,1	-1,3	-0,9	-0,5	-0,3	0,0	-0,2	1,1	1,5	1,1	0,9
Frankreich	-2,6	-1,7	-1,5	-1,5	-3,2	-4,1	-3,7	-2,9	-2,7	-2,6	-2,2
Irland	2,4	2,7	4,6	0,8	-0,4	0,3	1,5	1,1	1,2	0,9	0,4
Italien	-2,8	-1,7	-0,8	-3,1	-2,9	-3,5	-3,4	-4,1	-4,7	-2,9	-3,1
Luxemburg	3,4	3,4	6,0	6,1	2,1	0,3	-1,1	-1,0	-1,5	-0,5	-0,3
Niederlande	-0,9	0,4	2,0	-0,2	-2,0	-3,1	-1,8	-0,3	0,0	0,1	0,3
Österreich	-2,3	-2,2	-1,5	0,0	-0,5	-1,6	-1,2	-1,5	-1,3	-1,2	-1,0
Österreich nationale Angaben ³⁾	-2,3	-2,2	-1,5	0,0	-0,5	-1,6	-1,2	-1,5	-1,1	-0,9	-0,7
Portugal	-3,0	-2,7	-2,9	-4,3	-2,9	-2,9	-3,2	-6,0	-4,6	-4,0	-3,9
Finnland	1,7	1,6	6,9	5,0	4,1	2,5	2,3	2,7	2,9	2,9	2,9
Eurozone		-1,3	0,0	-1,8	-2,5	-3,1	-2,8	-2,4	-2,0	-1,5	-1,3
Dänemark	1,0	2,2	3,2	2,4	1,2	1,1	2,7	4,9	4,0	4,3	4,2
Schweden	1,8	2,5	5,0	2,6	-0,2	0,1	1,8	3,0	2,8	2,4	2,5
Vereinigtes Königreich	0,1	1,1	3,9	0,9	-1,7	-3,3	-3,2	-3,3	-2,9	-2,8	-2,5
Zypern	-4,2	-4,4	-2,3	-2,3	-4,4	-6,3	-4,1	-2,3	-1,9	-1,7	-1,7
Tschechien	-5,0	-3,7	-3,7	-5,7	-6,8	-6,6	-2,9	-3,6	-3,5	-3,6	-3,2
Estland	-0,3	-3,6	-0,2	-0,3	0,4	2,0	2,3	2,3	2,5	1,6	1,3
Ungarn	-7,8	-5,3	-2,3	-4,1	-9,0	-7,2	-6,5	-7,8	-10,1	-7,4	-5,6
Lettland	-0,6	-5,3	-2,8	-2,1	-2,3	-1,2	-0,9	0,1	-1,0	-1,2	-1,2
Litauen	-3,1	-2,8	-3,2	-2,1	-1,5	-1,3	-1,5	-0,5	-1,0	-1,2	-1,3
Malta	-9,7	-7,6	-6,1	-6,4	-5,5	-10,0	-5,0	-3,2	-2,9	-2,7	-2,9
Polen	-4,3	-1,8	-1,5	-3,7	-3,2	-4,7	-3,9	-2,5	-2,2	-2,0	-1,8
Slowakei	-4,8	-6,4	-11,8	-6,5	-7,7	-3,7	-3,0	-3,1	-3,4	-3,0	-2,9
Slowenien		-2,0	-3,9	-4,3	-2,5	-2,8	-2,3	-1,4	-1,6	-1,6	-1,5
EU-25		-0,8	0,8	-1,3	-2,3	-3,0	-2,7	-2,3	-2,0	-1,6	-1,4
Bulgarien					-0,4	0,3	2,7	2,4	3,3	1,8	1,7
Rumänien	-1,2	0,7	2,1	-2,1	-2,0	-1,5	-1,5	-1,5	-1,4	-2,6	-2,6
USA	0,4	0,9	1,6	-0,4	-3,8	-4,9	-4,6	-3,7	-2,2	-2,4	-2,8
Japan	-11,2	-7,5	-7,7	-6,4	-8,2	-8,0	-6,3	-6,5	-5,6	-5,1	-4,7

¹⁾ EU-Mitgliedstaaten ESVG 1995 in Maastricht-Abgrenzung

²⁾ Prognose

³⁾ Bis 2005 Statistik Austria (Stand: Okt. 2006), ab 2006 BMF

Quelle: AMECO Datenbank (1998 - 2002), EK Herbstprognose 2006 (2003 - 2008)

Übersicht 7 Ausgaben, Einnahmen und Nettobudgetabgang, Administrative Darstellung in Mio. €

	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
										BVA-E	BVA-E
Allgemeiner Haushalt ¹⁾											
Ausgaben	56.510	57.249	58.247	60.409	61.818	61.387	64.977	66.041	70.519	69.574	69.869
Einnahmen	51.712	52.293	55.393	58.994	59.428	57.890	60.347	61.493	66.103	65.712	66.909
Abgang	4.798	4.956	2.854	1.415	2.390	3.498	4.630	4.548	4.416	3.862	2.960
Ausgleichshaushalt											
Ausgaben	24.887	30.655	63.418	37.114	34.697	51.623	30.226	32.271	39.090	87.530	77.813
Einnahmen	29.685	35.611	66.272	38.529	37.087	55.121	34.856	36.819	43.506	91.392	80.773
Überschuss	4.798	4.956	2.854	1.415	2.390	3.498	4.630	4.548	4.416	3.862	2.960
Veränderung gegenüber Vorjahr in %											
Allgemeiner Haushalt											
Ausgaben	-6,6%	1,3%	1,7%	3,7%	2,3%	-0,7%	5,8%	1,6%	6,8%	-1,3%	0,4%
Einnahmen	-7,1%	1,1%	5,9%	6,5%	0,7%	-2,6%	4,2%	1,9%	7,5%	-0,6%	1,8%
Abgang	-1,8%	3,3%	-42,4%	-50,4%	68,9%	46,3%	32,4%	-1,8%	-2,9%	-12,6%	-23,4%

¹⁾ Ein Vergleich mit den Vorjahren ist vor allem durch die erfolgten Ausgliederungen, wie zB. der Post- und Telegraphenverwaltung (ab 1. Mai 1996), der Österreichischen Bundesforste, der ASFINAG und des Bundesrechenamtes (ab 1. Jänner 1997), der Auflassung der Verwertungsstelle des Österreichischen Alkoholmonopols (mit Ablauf des 31. Dezember 1996), der Ausgliederung der Bundesmuseen (beginnend ab 1. Jänner 1999); der Bundestheater (ab 1. September 1999), des Österreichischen Statistischen Zentralamtes (ab 1. Jänner 2000), der Bundesimmobilien (ab 1. Jänner 2001), der Finanzmarktaufsichtsbehörde - FMA (ab 1. April 2002), der Universitäten und der ADA (ab 1. Jänner 2004), der Buchhaltungsagentur (ab 1. Juli 2004) nur bedingt möglich.
Quelle: BMF

Übersicht 8 Kennzahlen der Budgetentwicklung, Administrative Darstellung in % des BIP

	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
										BVA-E	BVA-E
Allgemeiner Haushalt											
Ausgaben	29,37	28,62	27,68	27,98	27,99	27,13	27,55	26,94	27,50	25,99	25,10
Zinsen für Finanzschuld ¹⁾	3,40	3,32	3,21	3,04	2,98	2,79	2,70	2,77	2,70	2,50	2,37
Einnahmen	26,88	26,14	26,33	27,33	26,91	25,59	25,59	25,09	25,78	24,55	24,04
Steuereinnahmen des Bundes ²⁾	17,38	16,34	15,70	17,57	16,60	15,68	15,97	15,52	15,78	15,77	15,82
Steuerähnliche Einnahmen	3,36	3,42	3,28	3,35	3,33	3,30	3,22	3,19	3,17	3,16	3,22
Abgang	2,49	2,48	1,36	0,66	1,08	1,55	1,96	1,86	1,72	1,44	1,06
Finanzschulden des Bundes	58,01	58,98	57,37	56,24	56,13	56,08	57,48	57,66	56,66	55,83	54,89
in Milliarden €											
Bruttoinlandsprodukt ³⁾	192,4	200,0	210,4	215,9	220,8	226,2	235,8	245,1	256,4	267,7	278,4

¹⁾ Aufwand für Verzinsung bei Nettodarstellung der SWAPS

²⁾ Nettoeinnahmen des Bundes laut Kapitel 52 Bundeshaushalt

³⁾ Bruttoinlandsprodukt: bis 2006 lt. Statistik Austria, 2007 und 2008 Fortschreibung mit der WIFO-Prognose Dez. 2006
Quelle: BMF, WIFO

Übersicht 9 Struktur der Gesamteinnahmen des Bundes in Mio. €

	1998	1999 ²⁾	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
										BVA-E	BVA-E
Steuern											
Kapitel 52 (netto)	33.446	32.678	33.041	37.933	36.666	35.468	37.660	38.038	40.454	42.205	44.039
Überweisungen aus Steueranteilen ¹⁾	1.423	1.437	1.531	1.504	1.494	1.497	1.663	1.608	1.704	1.885	1.642
Steuerähnliche Einnahmen	6.472	6.836	6.903	7.224	7.345	7.473	7.591	7.830	8.140	8.445	8.975
Betriebseinnahmen	55	36									
Sonstige Einnahmen	10.317	11.306	13.919	12.333	13.924	13.452	13.433	14.018	15.804	13.178	12.253
Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushaltes	51.712	52.293	55.393	58.994	59.428	57.890	60.347	61.493	66.103	65.712	66.909
Anteil an den Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushaltes in %											
Steuern											
Kapitel 52 (netto)	64,7	62,5	59,6	64,3	61,7	61,3	62,4	61,9	61,2	64,2	65,8
Überweisungen aus Steueranteilen	2,8	2,7	2,8	2,5	2,5	2,6	2,8	2,6	2,6	2,9	2,5
Steuerähnliche Einnahmen	12,5	13,1	12,5	12,2	12,4	12,9	12,6	12,7	12,3	12,9	13,4
Betriebseinnahmen	0,1	0,1									
Sonstige Einnahmen	20,0	21,6	25,1	20,9	23,4	23,2	22,3	22,8	23,9	20,1	18,3
Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushaltes	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

¹⁾ Überweisungen an Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen, Katastrophenfonds, für Krankenanstaltenfinanzierung und Siedlungswasserwirtschaft, Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds, Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds

²⁾ Die gegenüber den Vorjahren wesentlich geringeren Betriebseinnahmen stehen im Zusammenhang mit der Ausgliederung der Post- und Telegraphenverwaltung (ab 1. Mai 1996) bzw. der Bundestheater (ab 1. September 1999)

Quelle: BMF

Übersicht 10 Öffentliche Abgaben des Bundes

in Mio. € (Rundungsdifferenzen möglich)

	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
										BVA-E	BVA-E
Veranlagte Einkommensteuer	3.014	2.896	2.818	3.987	3.126	2.677	2.819	2.539	2.525	2.700	2.850
Lohnsteuer	14.073	14.753	14.468	15.672	16.219	16.944	17.119	16.930	18.092	19.000	20.000
Kapitalertragsteuer auf Zinsen	1.549	1.388	1.473	1.616	1.663	1.410	1.318	1.280	1.376	1.500	1.550
Körperschaftsteuer	3.787	3.247	3.865	6.235	4.559	4.332	4.470	4.418	4.833	5.500	5.900
Umsatzsteuer	15.715	16.493	17.056	17.354	17.639	16.472	18.155	19.442	20.171	20.900	21.700
Zölle	240	244	261	225	219	208	221	227	256	260	270
Tabaksteuer	1.096	1.157	1.197	1.234	1.297	1.329	1.318	1.340	1.408	1.400	1.350
Mineralölsteuer	2.591	2.695	2.726	2.880	3.109	3.310	3.594	3.565	3.553	3.650	3.800
Stempel- und Rechtsgebühren	861	747	791	798	766	781	790	798	806	830	850
Energieabgabe	397	405	562	754	692	699	736	785	669	730	750
Normverbrauchsabgabe	391	439	433	423	415	450	477	486	490	520	530
Versicherungssteuer	726	728	745	814	826	888	954	946	980	1.030	1.070
Motorbezogene Versicherungssteuer	710	719	975	1.117	1.185	1.217	1.251	1.325	1.376	1.400	1.420
Kraftfahrzeugsteuer	125	129	132	166	201	207	166	143	141	120	90
Sonstige Abgaben	3.434	2.634	2.884	2.934	3.037	2.574	2.818	2.929	3.722	3.643	3.750
Bruttoeinnahmen	48.709	48.675	50.387	56.210	54.951	53.498	56.207	57.156	60.398	63.183	65.880
Überweisung an Länder, Gemeinden, Fonds u.a.	13.357	13.878	15.257	16.285	16.176	16.077	16.397	16.805	17.473	18.578	19.341
Überweisung an die Europäische Union	1.906	2.119	2.088	1.992	2.108	1.952	2.150	2.314	2.470	2.400	2.500
Nettoeinnahmen	33.445	32.678	33.041	37.933	36.666	35.468	37.660	38.038	40.454	42.205	44.039

Quelle: BMF

Übersicht 11 Aufteilung der öffentlichen Abgaben des Bundes in Mio. €

	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
										BVA-E	BVA-E
Gesamtabgaben (brutto)	48.709	48.675	50.387	56.210	54.951	53.498	56.207	57.156	60.398	63.183	65.880
Aufteilung in %											
Bund	68,66	67,14	65,58	67,48	66,73	66,30	67,00	66,55	66,98	66,80	66,85
Länder	13,59	14,11	13,92	12,96	13,13	13,40	12,75	12,94	12,64	12,81	12,83
Gemeinden ¹⁾	10,98	11,21	11,32	11,24	11,46	11,44	11,13	11,26	11,09	11,22	11,18
Sonstige ²⁾	6,76	7,55	9,18	8,32	8,69	8,86	9,12	9,24	9,29	9,17	9,13

¹⁾ Ertragsanteile und Gewerbesteuer

²⁾ Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen, Katastrophenhilfen, EU-Beitrag, Gesundheitsförderung (ab 1998), Stedlungswasserwirtschaft (ab 1999), Gesundheits- u. Sozialbereichs-Beihilfengesetz (ab 2000), EU-

Quellensteuer-Ablieferung

Quelle: BMF

Übersicht 12 Einnahmen des Bundes nach ökonomischen Kriterien

in Mio. €

	2004	2005	2006	2007 BVA-E	2008 BVA-E
Öffentliche Abgaben					
Kapitel 52					
Einkommen- und Vermögenssteuern	18.869,2	18.700,3	20.821,4	21.842,7	23.041,5
Übrige öffentliche Abgaben	20.922,0	21.636,9	22.087,0	22.741,9	23.477,3
Sonstige Einnahmen	18,6	14,2	15,8	20,6	20,6
Summe öffentliche Abgaben	39.809,7	40.351,4	42.924,3	44.605,2	46.539,4
abzüglich					
Beitrag zur Europäischen Union	-2.149,5	-2.313,7	-2.470,0	-2.400,0	-2.500,0
Kapitel 52 (netto)	37.660,2	38.037,7	40.454,2	42.205,2	44.039,4
Überweisungen (Abgabenanteile)					
Direkte Abgaben	1.364,0	1.375,2	1.404,1	1.471,6	1.517,2
Indirekte Abgaben	298,8	232,5	299,6	405,7	417,9
Summe Abgaben des Bundes	39.323,1	39.645,3	42.158,0	44.082,5	45.974,4
Abgabenähnliche Einnahmen					
Direkte Abgaben	7.574,1	7.803,7	8.135,3	8.444,5	8.674,7
Hievon:					
Arbeitslosenversicherungsbeiträge	4.105,6	4.239,5	4.396,6	4.567,4	4.662,1
Dienstgeberbeiträge zum FLAF	3.445,5	3.538,7	3.713,1	3.850,5	3.985,3
Indirekte Abgaben	17,2	25,8	4,9	7,3	7,3
Summe abgabenähnliche Einnahmen	7.591,2	7.829,5	8.140,2	8.451,8	8.682,0
sonstige Einnahmen	13.432,9	14.018,0	15.804,3	13.177,7	12.252,8
Summe	60.347,2	61.492,9	66.102,5	65.712,0	66.909,2

Quelle: BMF

Übersicht 13 Gesamtausgaben des Bundes, finanzwirtschaftliche Gliederung¹⁾
in Mio. € (Rundungsdifferenzen möglich)

	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
										BVA-E	BVA-E
Kapitel lt. BVA 2006											
01 Präsidentschaftskanzlei	4	5	5	6	6	5	6	6	7	6	6
02 Bundesgesetzgebung	139	109	105	270	119	113	115	185	121	122	117
03 Verfassungsgerichtshof	5	5	5	5	6	7	7	8	8	8	8
04 Verwaltungsgerichtshof	10	11	11	11	11	12	12	12	13	13	13
05 Volksanwaltschaft	4	4	4	4	4	4	5	5	5	5	5
06 Rechnungshof	20	22	22	22	23	23	23	23	23	26	27
10 Bundeskanzleramt	430	430	316	567	309	396	434	426	440	442	429
11 Inneres	1.626	1.717	1.669	1.671	1.696	1.728	1.831	1.985	2.132	2.152	2.143
12 Unterricht und Kultur	5.161	5.409	5.533	5.733	5.769	5.870	5.902	6.187	6.401	6.634	6.730
13 Kunst	85	140	216	246	218	217	218	225	227	228	232
14 Wissenschaft und Forschung	2.002	2.093	2.244	2.387	2.529	2.506	3.228	3.259	3.325	3.502	3.539
15 Soziales und Konsumentenschutz	6.324	6.444	2.823	1.853	1.881	1.872	1.840	1.900	1.941	2.007	2.061
16 Sozialversicherung	5.258	5.479	4.997	5.399	5.944	6.978	6.718	6.937	7.354	7.450	7.670
17 Gesundheit	822	856	627	507	520	572	602	620	636	665	679
18 Umwelt	257	292	26	-	-	-	-	-	-	-	-
19 Familie und Jugend	4.117	4.210	4.322	4.494	4.532	4.960	5.477	6.100	5.892	5.961	6.024
20 Äußeres	320	298	327	329	314	308	343	379	398	388	388
30 Justiz	761	794	803	860	873	909	922	989	999	1.041	1.053
40 Militärische Angelegenheiten	1.552	1.603	1.734	1.666	1.664	1.760	1.803	1.797	1.733	2.250	2.037
50 Finanzverwaltung	3.302	3.354	2.214	2.291	2.157	2.221	1.853	1.797	1.809	1.870	1.872
51 Kassenverwaltung ²⁾	1.130	881	1.578	2.074	1.948	921	1.130	1.195	1.378	789	1.121
52 Öffentliche Abgaben	11	10	7	7	5	5	2	2	3	3	3
53 Finanzausgleich	3.173	3.192	3.280	3.452	4.588	4.251	4.000	4.351	4.555	4.647	4.855
54 Bundesvermögen	712	776	775	822	730	639	643	625	1.282	1.047	1.026
55 Pensionen	5.349	5.509	5.740	5.992	6.205	6.535	6.797	6.871	7.039	7.187	7.337
56 Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen	100	254	562	-	-	-	-	-	-	-	-
58 Finanzierungen, Währungstauschverträge	7.659	8.027	8.678	8.195	8.486	8.344	8.677	9.609	11.609	10.250	9.803
60 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	1.828	1.749	1.952	1.924	1.994	2.024	2.075	2.294	2.319	2.256	2.258
61 Umwelt	-	-	289	370	409	508	504	493	475	574	602
63 Wirtschaft und Arbeit	271	281	3.991	5.292	6.008	5.348	5.846	5.527	5.968	5.538	5.238
64 Bauten und Technik	1.295	1.234	601	174	203	-	-	-	-	-	-
65 Verkehr, Innovation und Technologie	2.557	1.905	2.733	3.706	2.589	2.330	3.964	2.235	2.429	2.512	2.593
70 Öffentliche Leistung und Sport	-	-	59	79	78	21	-	-	-	-	-
S u m m e	56.286	57.093	58.247	60.409	61.818	61.387	64.977	66.041	70.519	69.574	69.869

¹⁾ Allgemeiner Haushalt sowie bis einschließlich 1999 exklusive Ausgaben für Bundesbetriebe

²⁾ Hievon Rücklagenzuführungen in Millionen EURO: 1.087 (1998), 671 (1999), 1.207 (2000), 1.762 (2001), 1.662 (2002), 621 (2003), 893 (2004), 972 (2005) und 1.078 (2006)

Quelle: BMF

Übersicht 14 Gesamtausgaben des Bundes, Ressortgliederung ¹⁾

in Mio. €

Ressort/Kapitel	2007 BVA-E	2008 BVA-E
01 Präsidentschaftskanzlei	6	6
02 Bundesgesetzgebung	122	117
03 Verfassungsgerichtshof	8	8
04 Verwaltungsgerichtshof	13	13
05 Volksanwaltschaft	5	5
06 Rechnungshof	26	27
Bundeskanzleramt		
10 Bundeskanzleramt	442	429
BM für Inneres		
11 Inneres	2.152	2.143
BM für Unterricht, Kunst und Kultur		
12 Unterricht und Kultur	6.634	6.730
13 Kunst	228	232
Unterricht, Kunst und Kultur	6.863	6.961
BM für Wissenschaft und Forschung		
14 Wissenschaft und Forschung	3.502	3.539
BM für Soziales und Konsumentenschutz		
15 Soziales und Konsumentenschutz	2.007	2.061
16 Sozialversicherung	7.450	7.670
Soziales und Konsumentenschutz	9.457	9.731
BM für Gesundheit, Familie und Jugend		
17 Gesundheit	665	679
19 Familie und Jugend	5.961	6.024
Gesundheit, Familie und Jugend	6.627	6.703
BM für europäische und internationale Angelegenheiten		
20 Äußeres	388	388
BM für Justiz		
30 Justiz	1.041	1.053
BM für Landesverteidigung		
40 Militärische Angelegenheiten	2.250	2.037
BM für Finanzen		
50 Finanzverwaltung	1.870	1.872
51 Kassenverwaltung	789	1.121
52 Öffentliche Abgaben	3	3
53 Finanzausgleich	4.647	4.855
54 Bundesvermögen	1.047	1.026
55 Pensionen	7.187	7.337
58 Finanzierungen, Währungstauschverträge	10.250	9.803
Finanzen	25.792	26.017

BM für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft		
60 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	2.256	2.258
61 Umwelt	574	602
Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft	2.830	2.859
BM für Wirtschaft und Arbeit		
63 Wirtschaft und Arbeit	5.538	5.238
BM für Verkehr, Innovation und Technologie:		
65 Verkehr, Innovation und Technologie	2.512	2.593

¹⁾ Da ab dem Jahre 2007 aufgrund der durch die Novelle zum Bundesministeriengesetz erfolgten Kompetenzänderungen die nunmehrigen Ressortzuständigkeiten mit den Vorjahren nur sehr bedingt vergleichbar sind, wurde von Vorjahresvergleichen Abstand genommen.
Quelle: BMF

Übersicht 15 Gesamtausgaben des Bundes, funktionelle Gliederung
in Mio. €

	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
										BVA-E	BVA-E
A) Allgemeiner Haushalt:											
Erziehung und Unterricht	5.233	5.460	5.563	5.650	5.657	5.745	5.767	6.070	6.287	6.515	6.604
hievon:											
Allgemeinbildende Pflichtschulen	2.458	2.579	2.668	2.690	2.673	2.676	2.681	2.814	2.845	2.969	3.031
Allgemeinbildende höhere Schulen u. höhere Internatsschulen des Bundes	928	970	988	999	1.005	1.034	1.038	1.085	1.152	1.198	1.219
Technische und gewerbliche Lehranstalten	392	410	414	416	425	437	441	463	482	495	497
Handelsakademien und Handelsschulen	273	288	290	292	298	308	311	324	339	350	350
Sozialakademien, Lehranstalten für Tourismus-, Sozial- und wirtschaftliche Berufe	263	281	289	297	303	317	321	342	364	380	385
Berufsbildende Pflichtschulen	91	99	100	102	105	106	106	111	119	123	123
Land- und forstwirtschaftliche Berufs- und landwirtschaftliche Fachschulen, Internate sowie land- und forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten	71	73	75	81	82	81	82	96	98	98	100
Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung	169	174	177	180	184	183	184	193	203	207	206
Forschung und Wissenschaft	2.268	2.387	2.387	2.484	2.566	2.581	3.458	3.583	3.668	3.965	4.039
hievon:											
Universitäten und wissenschaftliche Einrichtungen	1.223	1.278	1.556	1.656	1.737	1.699	2.032	2.097	2.091	2.263	2.288
Ämter der Universitäten							672	628	619	609	591
Hochschulische Einrichtungen	199	196	189	179	207	213	219	229	231	236	240
Fachhochschulen	44	52	65	78	92	109	119	153	162	164	170
Wissenschaftliche Forschung, Technologie- und Forschungsförderung sowie Forschungs- und Technologietransfer	55	62	70	92	75	97	78	100	103	93	109
Forschungseinrichtungen, Öst. Akademie d. Wissenschaften u. Forschungsinstitute, Forschungsvorhaben in internationaler Kooperation	82	87	67	79	99	92	90	82	110	116	116

Anwendungsorientierte Forschung, Forschungs- technologien einschl. ITF	37	44	76	84	81	85	64	60	57	67	64
Innovationsförderung u. Forschungsförderung GmbH	-	-	-	-	-	16	25	156	174	196	182
Kunst, Kultus	679	676	608	653	689	660	499	517	509	519	523
hievon:											
Bundestheater / Bundestheatergesellschaften	225	204	134	134	134	134	134	134	134	134	139
Amt der Bundestheater		1	3	4	4	4	4	3	4	4	4
Universitäten der Künste	125	136	139	143	153	150	-	-	-	-	-
Ständige Leistungen an Religionsgemeinschaften	43	44	44	45	45	46	47	48	49	49	49
Museen (inkl. Basisabgeltung)	83	76	93	98	120	122	119	127	127	129	128
Zuschüsse zur Theaterführung an Länder u. Gemeinden	23	23	22	22	22	22	22	22	22	22	22
Kulturbauten	49	43	49	57	86	64	52	54	45	49	45
Gesundheit	1.835	1.860	839	748	792	871	830	834	821	871	889
hievon:											
Krankenanstaltenfinanzierung	543	553	576	455	499	507	500	527	549	556	571
Zahlungen gem. Gesundheits- u. Sozialbereichs-Beihilfengesetz ¹⁾	1.063	1.080	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Soziale Wohlfahrt	15.768	16.187	15.764	16.890	18.206	18.882	19.624	20.309	20.961	20.814	20.926
hievon:											
Arbeitsmarktpolitik	4.355	4.435	4.391	4.771	4.961	4.619	4.865	4.743	5.034	4.891	4.770
Kriegsopfer- und Heeresversorgung	448	431	408	392	381	362	342	324	312	309	299
Sozialversicherung	5.258	5.479	4.997	5.399	5.944	6.978	6.718	6.937	7.354	7.450	7.670
Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen ²⁾	4.104	4.199	4.312	4.481	4.519	4.944	5.460	6.082	5.873	5.949	6.012
Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz	1.174	1.224	1.264	1.290	1.294	1.333	1.350	1.421	1.474	1.533	1.595
Wohnungsbau	1.826	1.823	1.819	1.812	1.807	1.805	1.803	1.804	1.801	1.803	1.803
hievon:											
Zuschüsse nach § 1 und § 5 des Wohnbauförderungs-Zweckzuschußgesetzes	1.780	1.780	1.780	1.780	1.781	1.781	1.781	1.781	1.781	1.781	1.781
Zuschüsse nach § 3 des Wohnbauförderungs-Zweckzuschußgesetzes sowie nach dem Bundes-Sonderwohnbaugesetz	33	29	28	27	22	21	19	20	18	19	19

Straßen	551	534	495	551	571	575	601	655	644	585	583
hievon:											
Bundesstraßen ³⁾	544	530	492	542	125	29	38	87	77	4	4
Zuschüsse - ZG 2001 (Übertragung der Bundesstraßen) ³⁾	-	-	-	-	436	542	556	562	563	576	574
Straßengesellschaften	-	-	0	5	2	1	0	0	0	0	0
Sonstiger Verkehr	6.367	5.817	6.006	6.808	6.155	6.005	7.550	5.732	6.049	6.300	6.502
hievon:											
Abgeltungen an die Postgesellschaften für Pensionen und Pflegegeld	836	848	872	922	1.003	1.093	1.159	1.160	1.167	1.172	1.181
Abgeltungen an die Postgesellschaften für gemeinwirtschaftliche Leistungen	102	102	127	101	39	42	40	47	40	46	46
Ämter gemäss Poststrukturgesetz	1.261	1.263	1.225	1.156	1.073	961	841	823	843	844	833
Abgeltungen an die Österreichischen Bundesbahnen für Pensionen (einschließlich Pflegegeld)	1.638	1.667	1.695	1.728	1.746	1.767	1.742	1.762	1.853	1.914	1.977
Sonstige Abgeltungen an die Österreichischen Bundesbahnen gemäss Bundesbahngesetz 1992	1.537	1.361	1.343	1.949	1.828	1.635	1.827	1.413	1.606	1.688	1.759
Bundesbeitrag für U-Bahnanteil (Schienenverbund)	109	109	109	109	109	109	109	109	109	109	109
Finanzzuweisungen in Nahverkehrsangelegenheiten (einschließlich Investitionszuschüsse für Straßenbahnen und Obuslinien)	147	154	155	178	187	196	208	216	224	236	247
Land- und Forstwirtschaft	1.693	1.603	1.771	1.729	1.798	1.835	1.875	2.093	2.108	2.043	2.041
hievon:											
Marktordnungsmaßnahmen	951	948	1.214	1.269	1.399	1.441	1.529	1.731	1.694	1.697	1.698
Agrarische Strukturförderung	276	262	201	81	2	24	27	32	37	5	3
Schutzwasserbau und Lawinenverbauung	126	138	137	129	154	144	124	145	188	162	162
Energiewirtschaft	3	2	2	1	2	2	2	0	0	0	0
Industrie und Gewerbe (einschließlich Bergbau)	892	833	920	917	872	759	756	601	1.207	973	970
hievon:											
Bergbau und Grundstoffe - Förderung	13	12	10	5	-	-	-	-	-	-	-
Sonstige Wirtschaft einschließlich Energiewesen	54	54	46	33	60	-	-	-	-	-	-
Wirtschaftsförderungen	-	-	-	-	-	68	81	84	103	63	73

Haftungsübernahmen des Bundes (Ausfuhr- förderungsgesetz)	502	547	599	534	533	380	322	314	853	648	658
Technologie- und Forschungsförderung (ge- werblich)	64	67	63	75	83	72	51	0	0	0	0
Öffentliche Dienstleistungen	315	340	312	330	346	357	388	425	442	532	546
hievon:											
Internationales Amtssitz- und Konferenzen- trum Wien	13	12	11	18	13	9	10	37	40	50	37
Siedlungswasserwirtschaft	134	165	185	215	241	259	286	290	291	313	324
Sonstige Umweltmaßnahmen	-	-	15	36	37	47	50	49	57	78	84
JI/CDM Programm (Joint Implementation / Clean Development Mechanism)	-	-	-	-	-	1	1	8	10	46	56
Private Dienstleistungen	226	259	446	275	179	232	257	262	311	290	314
hievon:											
Internationale Finanzinstitutionen	67	103	80	79	67	119	127	143	163	179	204
Tourismus	55	52	55	50	51	56	78	73	68	63	63
Landesverteidigung	1.575	1.622	1.691	1.627	1.624	1.721	1.766	1.761	1.699	2.216	2.002
hievon:											
Heer und Heeresverwaltung	1.440	1.493	1.608	1.549	1.545	1.650	1.697	1.685	1.629	2.143	1.929
Staats- und Rechtssicherheit	2.103	2.194	2.166	2.231	2.253	2.344	2.419	2.543	2.661	2.667	2.677
hievon:											
Justiz	723	753	761	816	828	865	880	937	946	979	986
Sicherheitsaufgaben	1.308	1.363	1.341	1.333	1.343	1.380	1.434	1.492	1.599	1.567	1.573
Übrige Hoheitsverwaltung	15.175	15.653	17.459	17.703	18.298	17.013	17.382	18.851	21.351	19.481	19.448
hievon:											
Finanzierungen, Währungstauschverträge, sonstige Finanzierungen und Veranlagungen	7.758	8.280	9.240	8.195	8.486	8.344	8.677	9.609	11.609	10.250	9.803
Personalausgaben	3.188	3.329	3.458	3.587	3.688	3.802	3.918	3.971	4.073	4.184	4.260
Leistungen im Rahmen des Finanzausgleichs an Länder (Ertrags-anteilequoten-Aus- gleich) und an Bundesbahnbetriebsstätten-Ge- meinden (einschließlich Bedarfszuweisungen und Finanz-kraftstärkung sowie Polizeiko- stentersätze an Städte mit eigenem Statut) sowie Finanzausweisungen für umweltscho- nende und energiesparende Maßnahmen	784	829	844	1.052	1.073	990	1.036	1.315	1.402	1.567	1.744

Katastrophenfonds	245	254	277	254	939	571	250	266	267	302	319
Erhaltung der durch die Burghauptmannschaft Österreich betreuten Gebäude der übri- gen Hoheitsverwaltung	158	129	114	4	5	4	7	9	5	4	4
Effekten- und Geldverkehr des Bundes	38	163	185	216	224	254	237	223	300	278	289
Zuführung an Rücklagen	1.087	671	1.207	1.762	1.662	621	893	972	1.078	13	9
Sonstige Kassenverwaltungsausgaben ⁴⁾	6	48	186	97	62	-	-	-	-	-	-
Summe A (Allgemeiner Haushalt)	56.510	57.249	58.247	60.409	61.818	61.387	64.977	66.041	70.519	69.574	69.869
B) Ausgleichshaushalt:											
Übrige Hoheitsverwaltung	24.887	30.655	63.418	37.114	34.697	51.623	30.226	32.271	39.090	87.530	77.813
hievon:											
Finanzierungen, Währungstauschverträge, sonstige Finanzierungen und Veranlagungen	21.173	19.577	24.184	14.450	20.369	51.623	30.226	32.271	39.090	87.530	77.813
Sonstige Kassenverwaltungsausgaben ⁴⁾	3.713	11.078	39.234	22.664	14.328	-	-	-	-	-	-
Summe B (Ausgleichshaushalt)	24.887	30.655	63.418	37.114	34.697	51.623	30.226	32.271	39.090	87.530	77.813
Gesamtausgaben	81.397	87.904	121.665	97.523	96.515	113.010	95.203	98.312	109.609	157.104	147.682

¹⁾ Ab 2000 sind diese Zahlungen zufolge geänderter gesetzlicher Bestimmungen bei den Einnahmen als Überweisung beim Kapitel 52 „Öffentliche Abgaben“ vorgesehen.

²⁾ Einschließlich Reservefonds für Familienbeihilfen

³⁾ Gemäß den Bestimmungen im Finanzausgleichsgesetz 2001, BGBl. I Nr. 3/2001 idF. BGBl. I Nr. 50/2002, wurde den Ländern ab 1. April 2002 die Projektierungs-, Bauaufsichts-, Bauoberleitungs-, Bauführungs- und Verwaltungsaufgaben der Bundesstrassen übertragen.

⁴⁾ Ab BYA 2003 bei „Finanzierungen, Währungstauschverträge“ mitveranschlagt

Quelle: BMF

Übersicht 16 Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Kriterien

in Mio. €

	2004	2005	2006	2007 BVA-E	2008 BVA-E
Personalausgaben	16.820,5	17.237,3	17.626,1	18.137,6	18.352,6
aktives Personal	10.114,1	10.464,2	10.795,8	11.129,0	11.209,2
Bund	7.306,2	7.516,5	7.810,2	8.015,1	8.033,3
Landeslehrerkostenersätze	2.807,9	2.947,6	2.985,6	3.113,9	3.175,9
Pensionen	6.706,4	6.773,1	6.830,3	7.008,6	7.143,4
Bund	2.927,2	2.956,3	3.008,1	3.078,0	3.136,5
Landeslehrerkostenersätze	914,0	931,0	949,3	958,5	970,7
Postgesellschaften	1.123,4	1.124,2	1.130,7	1.135,3	1.143,8
Österr. Bundesbahnen	1.741,7	1.761,6	1.742,2	1.836,9	1.892,4
Laufende (Verwaltungs-)Sachausgaben	4.490,8	4.220,3	4.488,5	5.294,1	5.491,6
Bruttoinvestitionen	186,7	182,0	143,7	201,9	175,3
Leistungen/Transferzahlungen	31.096,9	32.544,3	33.503,4	34.240,7	34.743,9
für familienpolitische Maßnahmen	5.070,6	5.459,7	5.484,2	5.617,3	5.735,3
im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik	3.391,9	3.610,6	3.646,7	3.484,4	3.349,6
im Rahmen der ges. Sozialversicherung	8.545,9	8.475,9	8.939,4	9.132,5	9.416,5
an Unternehmen	2.303,5	2.266,3	2.497,3	2.652,5	2.712,4
1.004,6	894,5	984,9	1.065,1	1.072,1	
Sonstige Transferleistungen	11.784,9	12.731,8	12.935,8	13.353,9	13.530,2
davon					
Transferz. an Länder	4.469,9	4.525,1	4.745,9	4.703,0	4.907,0
Transferz. an Gemeinden	518,4	555,0	386,5	2.528,5	2.558,8
Zinsen und Spesen i.R. der Finanzschuldgebarung	8.677,3	9.608,9	11.608,8	10.250,1	9.802,5
Sonstige Ausgaben des allg. Haushaltes	3.705,2	2.248,5	3.148,5	1.449,6	1.302,8
Gesamtausgaben	64.977,4	66.041,2	70.519,0	69.573,8	69.868,9

Quelle: BMF

Übersicht 17 Ausgaben des Bundes für Soziale Wohlfahrt, Gesundheit und Wohnungsbau in Mio. €

	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
										BVA-E	BVA-E
1. Soziale Wohlfahrt											
1.1 Sozialversicherung:											
Pensionsversicherung (inkl. Ausgleichszulagen)	5.165	5.383	4.893	5.338	5.881	6.929	6.675	6.542	6.967	7.068	7.280
hievon:											
für Arbeiter und Angestellte (inkl. Bergbau u. Eisenbahnen)	3.063	3.208	2.661	3.218	3.497	4.470	4.198	3.910	4.003	4.221	4.361
die gewerbliche Wirtschaft (Selbständige)	1.018	1.058	1.081	861	1.133	1.156	1.126	1.258	1.465	1.333	1.370
die Landwirtschaft (Selbständige)	1.084	1.117	1.151	1.259	1.250	1.303	1.351	1.373	1.499	1.514	1.548
Krankenversicherung	46	47	50	1	1	17	31	31	32	33	33
hievon:											
Bauern-Krankenversicherung	45	45	48	0	0	0	0	0	0	0	0
Sonstige Zahlungen an Krankenversicherungsträger	1	1	2	1	1	17	31	31	32	33	33
Leistungen nach dem Nachtschwerarbeitsschutz	22	23	27	31	34	36	33	39	40	43	45
Sonstige Leistungen	25	26	27	28	28	13	10	356	347	339	345
Summe 1.1	5.258	5.479	4.997	5.399	5.944	6.996	6.749	6.968	7.387	7.483	7.703
1.2 Arbeitsmarktpolitik:											
Ämter des AMS	53	53	53	53	52	51	49	50	51	52	52
Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß AMFG ¹⁾ und AMSC ²⁾ einschließlich EU-Mittel u. arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß § 39a AMFG ¹⁾ (Schulungsmaßnahmen, Beschäftigungsprogramm, Zinsenzuschüsse, Beihilfen, Darlehen u.ä.)	528	631	606	675	657	765	754	723	939	934	934
Arbeitslosenunterstützung ³⁾⁵⁾	1.414	1.426	1.359	1.521	1.972	2.214	2.389	2.355	2.331	2.203	2.104
Notstandshilfe und Sondernotstandshilfe ³⁾	946	922	846	789	808	884	954	1.124	1.151	1.128	1.094
Karenzurlaubsgeld ³⁾⁴⁾	590	508	499	559	-2	0	0	0	0	0	0
Leistungen gemäß EU/EWR-Vertrag	0	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Schlechtwetterentschädigung im Baugewerbe	0	5	2	0	4	0	0	7	3	4	3
Sonderunterstützung ³⁾	97	78	60	55	53	50	48	46	40	36	35
Überweisung an das AMS	189	193	323	216	222	250	268	275	288	299	308

Sonstige Ausgaben	538	619	642	901	1.195	403	403	164	230	234	239
Summe 1.2	4.355	4.435	4.391	4.771	4.961	4.865	4.619	4.743	5.034	4.891	4.770
1.3 Kriessopfer- und Heeresversorgung: Bundessozialamt	43	45	44	44	42	42	42	40	42	42	42
Versorgungsgebühren (vor allem Rentenge- bühren für Beschädigte, Witwen, Eltern, Wai- sen u.ä.)	384	364	343	322	308	267	286	250	238	235	226
Sonstige Ausgaben	21	22	21	27	32	32	35	33	31	31	31
Summe 1.3	448	431	408	392	381	342	362	324	312	309	299
1.4 Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (inkl. Bundesbeitrag)	4.104	4.199	4.312	4.481	4.519	5.460	4.944	6.082	5.873	5.949	6.012
1.5 Leistungen nach dem Bundespflegegeld- gesetz	1.174	1.224	1.264	1.290	1.294	1.350	1.333	1.421	1.474	1.533	1.595
1.6 Übrige Ausgaben	428	420	391	556	1.106	858	628	771	882	649	548
Summe 1	15.768	16.187	15.764	16.890	18.206	19.624	18.882	20.309	20.961	20.814	20.926
2. Gesundheit											
2.1 Krankenanstaltenfinanzierung	543	553	576	485	499	500	507	527	549	556	571
2.2 Zahlungen gemäß Gesundheits- und Sozi- albereichs-Beihilfengesetz ⁶⁾	1.063	1.080	0	0	0	0	0	0	0	0	0
2.3 Übrige Ausgaben	230	227	263	263	294	331	364	307	272	315	319
Summe 2	1.836	1.860	839	748	792	830	871	834	821	871	889
3. Wohnungsbau											
3.1 Zuschüsse nach § 1 und § 5 des Zweckzu- schußgesetzes 2001	1.780	1.780	1.780	1.780	1.781	1.781	1.781	1.781	1.781	1.781	1.781
3.2 Zuschüsse nach § 3 des Zweckzuschuß- gesetzes 2001 und nach dem Bundes-Sonder- wohnbaugesetz	33	29	28	27	22	19	21	20	18	19	19
3.3 Übrige Ausgaben	13	13	11	5	4	4	4	4	3	4	4
Summe 3	1.826	1.823	1.819	1.812	1.807	1.803	1.805	1.804	1.801	1.803	1.803
Gesamtsumme	19.429	19.870	18.422	19.450	20.806	22.257	21.559	22.947	23.583	23.488	23.619

¹⁾ Arbeitsmarktförderungsgesetz

²⁾ Arbeitsmarktservicegesetz

³⁾ Einschließlich Sozialversicherungsbeiträge

⁴⁾ Einschließlich Teilzeithilfe, aufgrund der Neuordnung wird für diese Zahlungen ab dem BFG 2002 beim Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen vorgesorgt.

⁵⁾ Einschließlich Weiterbildungsgeld, Solidaritätsprämie und Altersteilzeitgeld

⁶⁾ Ab 2000 sind diese Zahlungen zufolge geänderter gesetzlicher Bestimmungen bei den Einnahmen als Überweisung beim Kapitel 52 „Öffentliche Abgaben“ vorgesehen.

Übersicht 18 Familienlastenausgleich in Mio. €

	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
a) Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen											
Familienbeihilfen	2.306	2.516	2.711	2.718	2.738	2.887	2.909	2.946	2.954	2.968	3.003
Kinderbetreuungsgeld/Kleinkindbeihilfen/ Mutter-Kind-Pass-Bonus	7	9	9	9	877	1.126	1.260	1.074	1.078	1.086	1.146
Schüler- und Lehrlingsfreifahrten sowie so- wie Schul- und Lehrlingsfreifahrtbeihilfen	288	297	301	304	324	336	344	347	376	379	374
Schulbücher	88	95	92	90	95	96	100	98	100	103	105
Sonstige Leistungen ¹⁾	989	827	1.095	1.299	452	425	440	943	899	994	1.015
Ausgabensumme	3.678	3.745	4.208	4.419	4.486	4.869	5.053	5.409	5.407	5.530	5.643
Dienstgeberbeiträge und sonstige Beiträge	4.104	4.199	4.312	4.481	4.519	4.575	4.646	4.735	4.941	5.111	5.274
Abgang/Überschuss	426	454	105	62	33	-295	-407	-674	-466	-419	-369
Anzahl der Kinder, für die Familienbeihilfen gezahlt werden	1.710.000	1.704.600	1.702.500	1.698.400	1.702.200	1.709.000	1.711.400	1.718.400	1.718.100	1.718.000	1.718.000
b) Bundeshaushalt (ohne Fonds)											
Familienbeihilfen	70	67	76	75	72	73	70	67	64	65	66
Kinderbetreuungsgeld/Kleinkindbeihilfen/ Mutter-Kind-Pass-Bonus	0	0	0	0	5	4	1	0	0	1	0
Anzahl der Kinder, für die Familienbeihilfen gezahlt werden	45.190	39.800	39.800	39.800	39.300	39.300	39.300	37.700	35.800	36.000	36.000

¹⁾ Vor allem Teilkostensatz für Untersuchungen nach dem Mutter-Kind-Paß, Unterhaltsvorschüsse, Familienberatungsstellen, Beiträge zur Schülerunfallversicherung, Teilersatz der Aufwendungen für das Wochengeld und Ersatz der halben Aufwendungen für die Betriebshilfe, Beitrag zum In-vitro-Fertilisations-Fonds
Quelle: BMS/SGK, BMF

Übersicht 19 Pensionsversicherung, Finanzierung und Leistungen

	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Finanzierung in Mrd. €											
Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge ¹⁾	15,4	15,9	17,2	17,8	18,0	17,8	18,4	19,3	19,9	20,9	21,5
Bundeszuschüsse	4,1	4,5	4,2	4,1	4,8	5,6	5,9	5,7	6,3	6,5	6,7
Sonstige	0,2	0,2	0,2	0,5	0,2	0,2	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3
Insgesamt	19,7	20,6	21,6	22,4	23,0	23,6	24,5	25,3	26,5	27,7	28,5
Leistungen 2) in € bzw. Veränderung gegenüber Vorjahr in %											
Alterspension	838	861	884	901	917	929	947	961	991	1.010	1.027
	2,2%	2,7%	2,7%	1,9%	1,8%	1,3%	1,9%	1,5%	3,1%	1,9%	1,7%
Pension wegen geminderter Arbeitsfähigkeit	677	695	711	732	753	768	792	810	835	855	876
	2,4%	2,7%	2,3%	3,0%	2,9%	2,0%	3,1%	2,3%	3,1%	2,4%	2,5%
Witwenpension	468	481	493	502	512	520	533	544	561	574	589
	2,4%	2,8%	2,5%	1,8%	2,0%	1,6%	2,5%	2,1%	3,1%	2,3%	2,6%
Witwerpension	243	249	254	255	255	254	262	266	272	279	286
	2,1%	2,5%	2,0%	0,4%	0,0%	-0,4%	3,1%	1,5%	2,3%	2,6%	2,5%
Waisenpension	176	182	188	191	197	200	205	210	216	222	228
	2,9%	3,4%	3,3%	1,6%	3,1%	1,5%	2,5%	2,4%	2,9%	2,8%	2,7%
Pensionsleistungen der PV-Träger insgesamt 3) in Mrd. € bzw. Veränderung gegenüber Vorjahr in %											
Pensionsaufwand	17,9	18,8	19,7	20,4	21,0	21,5	22,3	23,0	24,0	25,0	25,8
	3,5%	5,0%	4,8%	3,6%	2,9%	2,4%	3,7%	3,1%	4,3%	4,2%	3,2%

¹⁾ Einschl. Überweisungen aus dem Ausgleichsfonds (ab 2005 einschl. Ersatzzeitenfinanzierung aus Mitteln von AMS und FLAF)

²⁾ Durchschnittspension nach dem ASVG (14 mal jährlich)

³⁾ Ohne Ausgleichszulagen, Rehabilitation, Beitrag zur Krankenversicherung der Pensionisten, Verwaltungskosten, Versicherungsanstalt des österreichischen Notariates
Quelle: BM für Soziales und Konsumentenschutz

Übersicht 20 Ausgaben des Bundes für Wirtschaftsförderung¹⁾ in Mio. €

	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
										BVA-E	BVA-E
Förderungsmaßnahmen für Industrie und Gewerbe	435	398	430	471	438	531	549	502	578	709	732
Förderungen an kleine und mittlere Unternehmen ²⁾	75	79	70	69	49	50	62	57	66	73	69
Regionalförderung	63	42	96	101	78	147	149	120	117	145	134
Forschungs- und Technologieförderung ^{2),3)}	180	181	165	215	224	240	240	221	262	347	387
Förderung von Umweltschutzmaßnahmen	45	43	43	43	46	60	64	68	78	105	102
Förderung von Rettungs- und Umstrukturierungsmaßnahmen	26	23	16	8	4	0	0	5	20	0	0
Infrastrukturförderung ⁵⁾	38	20	30	27	28	29	29	26	31	33	35
Sonstige Förderungen ²⁾	10	10	10	9	10	5	5	5	5	6	5
Förderungsmaßnahmen im Bereich aktiver Arbeitsmarktpolitik⁴⁾	533	641	630	667	666	767	793	785	927	930	930
Förderungsmaßnahmen für die Landwirtschaft	0	0	1.566	1.524	1.566	1.605	1.668	1.857	1.830	1.787	1.787
Agrarische Strukturförderungen ohne EU-Kofinanzierung	0	0	114	128	118	105	83	59	80	56	57
Agrarische Strukturförderungen mit EU-Kofinanzierung	0	0	819	796	775	803	836	859	928	893	897
Marktordnungsmaßnahmen von EU refinanziert	0	0	628	596	668	692	743	933	815	833	828
Nationale Marktordnungsmaßnahmen	0	0	4	3	5	5	5	6	6	6	6
Übergangsregelungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Insgesamt	969	1.039	2.626	2.662	2.671	2.903	3.009	3.144	3.335	3.426	3.450

¹⁾ Hierin sind auch die im Wege des Bundeshaushalts weitergeleiteten Förderungsmittel der EU enthalten; die Daten dieser Übersicht sind daher nur mehr eingeschränkt mit jenen vor dem EU-Beitritt Österreichs vergleichbar.

²⁾ Hierin sind aus Mitteln für die Technologie- und Exportoffensive (Technologiemilliarden) in den Jahren 1998: 48 und 1999: 66 Mio. EURO enthalten.

³⁾ Zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft Österreichs war im Bundesvoranschlag 2001 für die nächsten Jahre aus dem Offensivprogramm ein Betrag in Höhe von 509 Mill. Euro vorgesehen; durch die Rücklagefähigkeit wurden die nicht in Anspruch genommenen Teilbeträge auf die Folgejahre übertragen. Darüberhinaus ist im Bundesvoranschlag das sich über die Jahre 2004 bis 2006 erstreckende Forschungs-Offensivprogramm (Gesamtrahmen 600 Mio. Euro) in Höhe von 180 Mio. Euro im BVA 2004, 200 Mio. Euro im BVA 2005 und 220 Mio. Euro im BVA 2006 sowie die Sonderdotierung für Forschung in Höhe von 50 Mio. Euro im BVA 2005 und 75 Mio. Euro im BVA 2006 enthalten. Im BVA 2007 sind 60 Mio. Euro und im BVA 2008 sind 100 Mio. Euro für die Forschungsinitiative enthalten.

⁴⁾ ab 2001 geänderte Zahlenreihe auf Grund Neudefinition der aktiven Arbeitsmarktpolitik

⁵⁾ inkl. Förderungen an Privatbahnen

Quelle: BMF

Übersicht 21 Investitionen in die Infrastruktur ¹⁾ in Mio. €

	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
a) Bundesbudget ²⁾											
Straßen und Brücken	342	327	395	430	92	4	3	4	4	2	2
Gebäude	589	538	462	220	261	253	233	274	231	213	205
Inventar	262	276	231	200	246	218	284	109	93	128	97
Maschinen und Fahrzeuge ³⁾	269	262	216	220	231	208	144	168	103	625	442
Übrige ⁴⁾	182	189	168	150	106	93	83	61	99	97	101
Summe Bundesbudget ⁵⁾	1.642	1.592	1.471	1.220	936	776	747	614	530	1.066	847
b) Ausgliederte Gesellschaften											
Hochbau	588	551	514	489	556	539	462	473	462	497	488
Schiene	918	1.046	1.099	1.050	1.217	1.186	1.200	1.250	1.373	1.500	1.500
Straßen	847	860	889	1.047	1.216	1.419	1.567	1.512	1.641	1.765	1.785
Summe ausgegliederte Gesellschaften	2.352	2.457	2.502	2.586	2.989	3.144	3.230	3.235	3.476	3.762	3.773
abzügl. Bundesmittel, die in b) enthalten sind ⁶⁾	-798	-732	-625	-418	-215	-152	-132	-133	-134	-121	-112
Gesamtsumme	3.197	3.317	3.348	3.388	3.711	3.768	3.845	3.716	3.871	4.706	4.508

¹⁾ Daten Bund: 2006 vorl. Erfolg, 2007 u. 2008 BVA-E; Daten Ausgliederte: 2006 vorläufige Werte, 2007 u. 2008 Planwerte

²⁾ einschließlich Instandhaltungsausgaben

³⁾ Im Jahr 2007 sind 4 Raten, im Jahr 2008 sind 2 Raten für den Eurofighterankauf enthalten

⁴⁾ Sonderanlagen, sonstige Grundstückseinrichtungen, Wasser- und Kanalisationsbauten, Grund und Boden, geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens (einschließlich geringwertige Ersatzteile) sowie der gemäß § 1 (2) des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) bis zum Jahr 2002 den Ländern als Abgeltung für Projektierungs-, Bauaufsichts-, Bauoberleitungs-, Bauführungsaufgaben zustehenden Überweisungsbeträge.

⁵⁾ Die Verminderung des Investitionsvolumens ist vor allem auf die Ausgliederungen der Bundesbetriebe (ua. Post- und Telegraphenverwaltung ab 1. Mai 1996), auf die Auswirkungen des Infrastrukturfinanzierungsgesetzes 1997/und auf die Folgen des Bundesimmobiliengesetzes (BGBl. I Nr. 141/2000) sowie des Bundesstraßen-Übertragungsgesetzes (BGBl. I Nr. 50/2002) zurückzuführen.

⁶⁾ Mittel des Bundes (Bundeshochbau, Bundesstraßenverwaltung), die auch in den Investitionen der ausgegliederten Gesellschaften enthalten sind.

Quelle: BMF

Übersicht 22 Ausgaben des Bundes für Bildung in Mio. €

	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
										BVA-E	BVA-E
Schulen											
Allgemein bildende Schulen	3.401	3.564	3.671	3.704	3.694	3.727	3.736	3.916	4.015	4.184	4.268
Berufsbildende Schulen	1.027	1.086	1.100	1.114	1.138	1.175	1.186	1.247	1.312	1.356	1.363
Anstalten der Lehrer und Erzieherbildung	169	174	177	180	184	183	184	193	203	207	206
Universitäten und universitäre Einrichtungen hievon Globalbudgets ¹⁾	1.223	1.278	1.556	1.656	1.738	1.699	2.084	2.128	2.162	2.315	2.355
Hochschulraumbeschaffung					58		58	50	47	46	46
Generalisierung							136	213	180	4	11
Lfd. klimischer Mehraufwand ¹⁾											0
Vorziehprofessuren, Uni-Infrastruktur, F&E-Anleihe					60		60	41	40	26	26
Klinikaufwendungen					52		52	31	71	52	67
Bibliotheken, Wissenschaftl. Anstalten, Angelegenheiten d. Studierenden							42	42	44	44	44
Universitäten der Künste	125	136	139	143	153	150					
Ämter der Universitäten							672	628	619	609	591
Hochschulische Einrichtungen	199	196	189	179	207	213	219	229	231	236	240
Fachhochschulen	44	52	65	78	92	109	119	153	162	164	170
sonstige	974	1.017	881	1.066	1.093	1.120	931	952	1.022	1.066	1.076
Summe	7.163	7.502	7.778	8.120	8.299	8.376	9.130	9.446	9.725	10.136	10.268

¹⁾ ab 2004 Globalbetrag gem. § 141 UG 2002 an die Universitäten, ab 2007 Globalbudgets gem. § 12 UG 2002 (inkl. lfd. klimischer Mehraufwand)

Quelle: BMF

Übersicht 23 Haftungsübernahmen des Bundes in Mio. €

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006 ⁵⁾
Ausfuhrförderungen ¹⁾	35.961	38.469	40.858	44.526	48.364	50.423	47.603	46.711	48.391	50.951	54.021
Elektrizitätswirtschaft	798	388	283	234	224	220	215	198	132	45	36
Agrarinvestitionen	28	22	17	13	9	6	5	3	2	1	1
Verstaatlichte Unternehmen (ohne E-Wirtschaft)	3.421	3.357	2.667	1.885	1.398	1.061	926	736	675	467	243
Bausektor im Bereich des Bundes											
Straßenbau											
ASFINAG	5.271	5.546	5.141	4.932	4.429	3.542	2.709	3.533	4.379	5.950	5.994
Sonstige	65	3	2	2	2	1	1	1	1	1	1
Wohnbaufonds	194	165	153	100	83	67	51	35	20	6	0
Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds	983	1.020	1.011	974	1.006	780	786	561	359	14	0
Übrige (BIG u. SCHIG) ²⁾	1.793	2.393	2.512	2.701	306	301	288	768	1.989	1.916	1.728
Sonstige ³⁾	1.120	1.039	987	1.177	1.399	4.606	2.060	2.760	3.219	5.017	7.037
Zukunftssicherung BAWAG P.S.K.											900
Insgesamt⁴⁾	49.634	52.403	53.629	56.541	57.220	61.007	54.644	55.306	59.167	64.368	69.961

¹⁾ Aufgrund des Ausfuhrförderungsgesetzes und des Ausfuhrfinanzierungsförderungsgesetzes

²⁾ Bundeshochbauten (nummehr BIG) und Schieneninfrastrukturfinanzierung

³⁾ z.B.: Haftungen im Rahmen der Austria Wirtschaftsservice GmbH, ÖHT, FFG, ÖBB, Erdölbevorratung, ab 2004 für Leihgaben an Bundesmuseen und nur 2001 f. Österr. Luftfahrtunternehmen

⁴⁾ Für Kapitalbeträge am Jahresende. In der Regel wird die Bundeshaftung auch für die Zinsen und Kosten übernommen; das tatsächliche Haftungsobligo erhöht sich daher um diese nur schwer abschätzbaren jeweiligen Nebenkosten. Neben diesen vom Bundesminister für Finanzen aufgrund gesetzlicher Ermächtigungen übernommenen Haftungen haftet der Bund gemäß § 1 Abs. 2 des Postsparkassengesetzes 1969, BGBI.Nr. 458, für die Verbindlichkeiten der Österreichischen Postsparkasse.

⁵⁾ Vorläufiger Stand: 31. Dezember 2006

Quelle: BMF

